

Integriertes Sozialprogramm (ISP)

Jahresbericht 2013



VORBEMERKUNGEN	3
EINLEITUNG	3
ALLGEMEINE ENTWICKLUNGEN	3
VERBESSERUNG DER BARRIEREFREIHEIT DER GEFÖRDERTEN PROJEKTE.	4
KOOPERATIONSGREMIUM	4
LENKUNGSREMIUM	6
ÜBERSICHT DER ANGEBOTSBEREICHE	6
GEFÖRDERTE ANGEBOTE	6
FINANZIERUNGSRAHMEN	8
AUSWERTUNGSGRUNDLAGE	9
ANGEBOTSBEREICH 1 - ALTENHILFE	10
1.1.1 – MOBILITÄTSHILFEDIENSTE	10
1.1.2 – PSYCHOGERIATRISCHE PROJEKTE	15
1.1.3 – LANDESSEITIGE PFLEGESTÜTZPUNKTE	22
1.1.4 – BERATUNGSSTELLE DER JÜDISCHEN GEMEINDE FÜR ÄLTERE UND MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN	30
1.1.5 – FACHBERATUNGSSTELLEN ALTENHILFE - KOMPETENZZENTRUM INTERKULTURELLE ÖFFNUNG DER ALTENHILFE (KOMZEN)	32
1.2.1 – HOSPIZE	34
ANGEBOTSBEREICH 2 – EHRENAMT UND SELBSTHILFE	39
2.1 – SELBSTHILFEPROJEKTE	39
2.2 – EHRENAMTLICHE BESUCHSDIENSTE UND ALLGEMEINE EHRENAMTLICHE TÄTIGKEITEN	41
ANGEBOTSBEREICH 3 BEHINDERTENHILFE	44
3.1 – ÜBERGREIFENDE BERATUNGSANGEBOTE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG	44
3.2. - BERATUNGSANGEBOTE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG	46
3.3.1 – FREIZEITANGEBOTE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG	51
ANGEBOTSBEREICH 4 – WOHNUNGSLOSEN- UND STRAFFÄLLIGENHILFE	53
4.1 – WOHNUNGSLOSENHILFE	53
4.2 - STRAFFÄLLIGE, HAFTENTLASSENE	65
4.3.3 - ÜBERGREIFENDE BELANGE DER SCHULDNER- UND INSOLVENZBERATUNG	75
ANGEBOTSBEREICH 5 - MIGRANTENSOZIALDIENSTE	78
ANGEBOTSBEREICH SPITZENVERBANDSFÖRDERUNG (ZENTRALE AUFGABEN)	84
ANLAGE: FÖRDERUNG ISP 2013 – PROJEKTÜBERSICHT MIT BEWILLIGUNGSSUMMEN	102

Vorbemerkungen

Einleitung

Für das Jahr 2013 wird durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales der dritte Jahresbericht zu den im Integrierten Sozialprogramm (ISP) geförderten Angebotsbereichen vorgelegt.

Es ist es als Erfolg zu werten, dass die im Integrierten Sozialprogramm gesamtstädtisch finanzierte soziale Infrastruktur gemeinsam mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege im Land Berlin in den vertraglich vereinbarten Angebotsbereichen auf einem weiterhin hohen Niveau erhalten und weiterentwickelt werden konnte. Insofern wurde das mit dem Rahmenfördervertrag verbundene Leitziel erreicht.¹

Allgemeine Entwicklungen

In weiten Teilen des ISP war eine steigende Nachfrage der Angebote zu verzeichnen, wodurch sich die Anforderungen an die geförderten Projekte aufgrund der insgesamt im ISP gedeckelten Zuwendungsmittel weiter erhöht haben. Dies lässt sich anhand der nachfolgenden Beispiele verdeutlichen:

Bei den Mobilitätshilfediensten konnte zwar durch die Schließung von 2 Diensten die finanzielle Ausstattung der verbleibenden 13 Dienste verbessert werden, allerdings konnte der Bedarf in geringerem Umfang als 2012 gedeckt werden, da die Probleme bei der Personalakquise aus arbeitspolitischen Maßnahmen größer geworden sind. Wegen der unverändert hohen Nachfrage existierten teilweise Wartelisten. Aufgrund der absehbaren demografischen Entwicklung wird es vorrangiges Ziel sein, das Angebot zu stabilisieren und auszubauen. Dafür sind verlässliche und ausreichende Mitarbeiterstrukturen unerlässlich.

Bei den Pflegestützpunkten waren steigende Klientinnen- und Klientenzahlen zu verzeichnen. Dabei fiel auch die Zunahme von hochaltrigen Klientinnen und Klienten gegenüber dem Vorjahr auf, was der demographischen Entwicklung entspricht. Das Projekt „Pflege in Not“ konnte aus Restmitteln einmalig verstärkt werden, um zur Bewältigung der hohen Nachfrage neue Arbeitsansätze zu erproben.

Im Bereich der Behindertenhilfe wurde die Entwicklung einer detaillierten externen Dokumentation der Projekte fortgesetzt. Eine steigende Nachfrage der Angebote war hier insbesondere im Bereich schriftlicher und telefonischer Beratungen und Informationsvermittlungen zu verzeichnen.

Das Leistungsgeschehen im Angebotsbereich 4 ist für die Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe erneut im Rahmen externer Dokumentationen detailliert aufbereitet worden. Im Bereich der Wohnungslosenhilfe war bei den meisten Angeboten gegenüber 2012 eine verstärkte Inanspruchnahme von mehr Klientinnen und Klienten zu verzeichnen. Dabei ist der Anteil der Klientinnen und Klienten ohne deutsche Staatsangehörigkeit leicht gestiegen. Erschwerend kam hinzu, dass zur Aufrechterhaltung der Angebote zwei Trägerwechsel bewältigt werden mussten. Bei

¹ S. Präambel des Rahmenfördervertrages zwischen der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales und den Wohlfahrtsverbänden: „Die unterzeichnenden Parteien stimmen im Ziel überein, die soziale und gesundheitliche Infrastruktur im Land Berlin im Bereich der bislang durch drei Treuhandverträge geregelten Projektförderungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Stadtteilzentren und die Spitzenverbandsförderung auf dem erreichten Niveau zu sichern und weiterzuentwickeln.“

weiteren Projekten mussten im Laufe des Bewilligungsjahres aufgrund wegbrechender Eigenmittel Finanzierungsdefizite aus nicht abgeforderten Mitteln gedeckt werden.

Bei den Migrantensozialdiensten stiegen die Klientenzahlen ebenfalls, sie waren voll ausgelastet. Dabei war eine Zunahme von Hilfesuchenden aus der Europäischen Union zu verzeichnen.

Der Trend schwieriger werdender Rahmenbedingungen wird auch von den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege im Land Berlin unterstrichen, die in Ihrer Berichterstattung die verschiedensten Betätigungsfelder und Problemlagen darstellen. Mehrheitlich wird das Problem der Wohnraumverknappung genannt, die einerseits aufgrund steigender Mieten verstärkt Personengruppen mit niedrigem Einkommen betrifft, aber auch zunehmend die Träger sozialer Projekte vor Probleme stellt. Aufgrund der zunehmenden Binnenwanderung innerhalb der EU haben sich zudem die Problemlagen in Bereichen wie Wohnraum, Gesundheit und Arbeit verschärft.

Verbesserung der Barrierefreiheit der geförderten Projekte.

Der Rahmenfördervertrag (RFV) für die drei Förderprogramme einschließlich der Spitzenverbandsfinanzierung beinhaltet in seiner Anlage übergreifende politische Ziele von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Im Bereich der Spitzenverbandsförderung wurde hierzu 2012 diskutiert, exemplarisch ausgewählte Schwerpunkte zu operationalisieren. Für das Ziel „Umsetzung der Forderung nach Inklusion aufgrund der UN-Behindertenrechtskonvention“ wurde daher unter Bezugnahme auf die Nr. 2 der „10 Behindertenpolitischen Leitlinien“² zur nachhaltigen Umsetzung der UN-BRK im Land Berlin das Thema Barrierefreiheit in Angriff genommen.

Die Barrierefreiheit ist ein zentrales Anliegen, da der Zugang zu Angeboten und deren Nutzbarkeit am Anfang eines jeden Hilfeprozesses bzw. jeder Inanspruchnahme eines Angebotes steht. Übertragen auf das ISP ergibt sich die Zielstellung, die geförderten Angebote perspektivisch barrierefrei zu gestalten, um Menschen mit Behinderung einen gleichberechtigten Zugang ohne Hindernisse und Barrieren zu ermöglichen. Hierzu wurde in einem ersten Schritt die IST-Situation bei den geförderten Projekten erhoben, um auf dieser Grundlage den Handlungsbedarf zu ermitteln (einschl. Prioritätensetzungen und Machbarkeit). Die Umfrage umfasste den Bereich der baulichen Barrierefreiheit der geförderten Projekte und die Barrierefreiheit ihrer Internetauftritte.

Die Ergebnisse der Umfrage sollen zunächst 2014 für den Bereich der baulichen Barrierefreiheit ausgewertet werden und in Abstimmung mit der LIGA zu ersten Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit führen.

Kooperationsgremium

Aufgaben

Das Kooperationsgremium ist das zentrale Gremium der Programmumsetzung zwischen den Verbänden und der Senatsverwaltung. Es wird von den Unterzeichnern des Rahmenfördervertrages gem. der Kooperationsvereinbarung zum ISP paritätisch besetzt und dient im Wesentlichen der Abstimmung von Arbeitsschwerpunkten und der jährlichen Finanzplanung. Darüber hinaus unter-

² Barrierefreiheit im Sinne von: Für Menschen mit Behinderung den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt, zu Verkehrsmitteln, Information und Kommunikation, einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen, im Besonderen zu Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, zu gewährleisten. Das schließt die Feststellung und Beseitigung von Zugangshindernissen und -barrieren ein.“

richten sich die Vereinbarungspartner regelmäßig zum Stand der Umsetzung der Finanz- und Arbeitsplanung (siehe dazu Beiträge zu den einzelnen Angebotsbereichen).

Themen im Berichtsjahr

Das Kooperationsgremium tagte in 2013 viermal. Es befasste sich in diesen vier Sitzungen maßgeblich mit der

- Abstimmung der Arbeitsplanung 2013
- Fortschreibung der Finanzplanung 2013 unter Berücksichtigung übertragener Restmittel aus 2012
- Tarifierpassung in 2013
- Abstimmung zum Jahresbericht 2012
- Vorbereitung auf und Abstimmung der Finanzplanung 2014.

Der thematische Schwerpunkt der Tarifierpassung 2013, die auch förderprogrammübergreifend Thema im Lenkungsgremium war, wird im Folgenden ausführlicher dargestellt:

Tarifierpassungen 2013

Analog zum Vorjahr konnten auf der Grundlage der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses zum Doppelhaushalt 2012/2013 auch im Jahr 2013 zusätzliche Mittel für Vergütungsanpassungen für die Zuwendungsempfänger bereitgestellt werden. Dabei erhöhten sich die dafür vorgesehenen Verstärkungsmittel für die einzelnen Senatsverwaltungen von 1,3 - auf insgesamt 1,8 Mio. €. Für den Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales standen für die Projekte des Integrierten Sozialprogramms in 2013 davon anteilig Mittel bis zur Höhe von 102.767,37 € zur Verfügung (Vorjahr: 49.942,00 €).

Verfahren

Das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) hat die Zuwendungsempfänger im Vorfeld über die Möglichkeiten einer Inanspruchnahme der zusätzlich bereitgestellten Mittel und die damit verbundenen zuwendungsrechtlichen Aspekte informiert. Aufgrund der begrenzten Mittel wurde vorsorglich darauf hingewiesen, dass die Anträge voraussichtlich nicht in voller Höhe bedient werden können und keine Ansprüche auf eine Fortsetzung der Gewährung bestehen.

Orientiert an den Regelungen des Vorjahres konnten Anträge für fehlbedarfsfinanzierte Projekte gestellt werden, sofern die Mittelgewährung in begründeten Fällen der Sicherstellung der Aufgabenerfüllung dient und die Inanspruchnahme ausschließlich zur Vergütungsanpassung der Beschäftigten in gleicher Höhe erfolgt. Im Rahmen eines Antrags war der Mehrbedarf bezogen auf jede Mitarbeiterin und jeden Mitarbeiter zu begründen. Von den Trägern war zudem bei der Anpassung das zuwendungsrechtliche Besserstellungsverbot zu beachten. Obergrenze ist der im Land Berlin geltende Tarifvertrag, so dass die Zuwendungsempfänger grundsätzlich keine höheren als im geltenden Tarifvertrag vorgesehenen Zahlungen leisten dürfen.

Die von den Trägern eingereichten Aufstockungsanträge wurden vom LAGeSo insbesondere auf Einhaltung des Besserstellungsverbotest stellenscharf geprüft und der maximal zuwendungsfähige Aufstockungsbetrag je Projekt ermittelt. Im Ergebnis überstieg dieser Betrag, die für das Jahr 2013 insgesamt zur Verfügung stehenden Verstärkungsmittel, sodass Festlegungen zu einer prozentualen Verteilung getroffen wurden. Letztendlich konnten im Einzelfall jeweils 33 % der zuwendungs-

fähigen Kosten durch zusätzliche Mittel erstattet werden. Für die im integrierten Sozialprogramm geförderten Projekte konnten den Trägern abschließend zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 102.407,35 € in Form einer Einmalzahlung zur Verfügung gestellt werden.

Die LIGA der Wohlfahrtsverbände und die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales sind sich weiterhin einig in der Einschätzung, dass die Tarifierpassung durch zusätzlich vom Abgeordnetenhaus zur Verfügung gestellte Mittel ein Schritt in die richtige Richtung ist. Allerdings konnten damit nach wie vor nicht alle erforderlichen Anpassungen erreicht werden. Wie bereits im Vorjahresbericht dargestellt, stellt die Vergütungsanpassung in der derzeitigen Form für alle Beteiligten einen erheblichen Arbeits- und Prüfungsmehraufwand dar. Insofern bleibt es erklärtes Ziel der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, gemeinsam mit der LIGA der Wohlfahrtsverbände – neben der bereits ins Haushaltsgesetz 2014/15 aufgenommenen Verstärkung der Vergütungsanpassung – ein vereinfachtes Verfahren zu entwickeln.

Lenkungsgremium

Das förderprogrammübergreifende Beratungsgremium (s. § 4 Abs. 1 Rahmenfördervertrag) zur Umsetzung des RFV tagte in 2013 zweimal.

Es befasste sich in seinen beiden Sitzungen mit der

- Tarifierpassung 2013 (s. ausführlicher unter Kooperationsgremium) und
- Umsetzung des Überprüfungsauftrags aus der Koalitionsvereinbarung bzw. den Regierungsrichtlinien des Senats.

Der zuletzt genannte thematische Schwerpunkt beinhaltete eine Verständigung auf eine externe Moderation der auftragsgemäß zu diesem Zweck einzusetzenden Facharbeitsgruppe, über die Organisation und paritätische Besetzung der Facharbeitsgruppe sowie ihrer vier Unterarbeitsgruppen (eine je Förderprogramm und zusätzlich für die Spitzenverbandsförderung) und letztlich auch auf eine inhaltliche Vorgabe für die Arbeit derselben.

Die Facharbeitsgruppe nahm ihre Arbeit ab dem 07.11.2013 auf. Anschließend folgten die Auftaktsitzungen der vier Unterarbeitsgruppen. Die Ergebnisse bilden dann die Basis für eine ggf. bis spätestens 30.04.2014 zu erfolgende Verständigung der Vertragspartner zur Fortsetzung des RFV ab 2016 und damit eine ggf. ab dem 01.05.2014 beginnende Verhandlungsphase.

Übersicht der Angebotsbereiche

Im folgenden wird zunächst ein Überblick über die Gesamtfinanzierung des Programms und die einzelnen Angebotsbereiche gegeben.

Geförderte Angebote

Im Jahr 2013 wurden 111 gesamtstädtische Projekte (ohne den Angebotsbereich Zentrale Aufgaben mit weiteren 7 Projektförderungen vorrangig im Rahmen der Spitzenverbandsfinanzierung) gefördert, die sich wie folgt auf fünf übergeordnete Angebotsbereiche verteilen:

1. Altenhilfe (insgesamt 37 Projekte)

Der Angebotsbereich umfasst die meisten geförderten Projekte und den größten Mittelanteil im ISP. Dabei stellen die Pflegestützpunkte und Mobilitätshilfedienste die beiden prä-

genden Angebotssysteme dar. Mobilitätshilfedienste werden im Vorfeld der Pflege für ältere Menschen aktiv, um die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu fördern und deren Verbleib in der eigenen Häuslichkeit möglichst lange zu ermöglichen. Angeboten werden z.B. Begleitungen zu Terminen, Einkäufen etc..

Die Angebote der Pflegestützpunkte haben vornehmlich zum Ziel, die Versorgung alter und pflegebedürftiger Menschen zu verbessern und u.a. durch Information und Beratung die Inanspruchnahme der gesetzlich vorgesehenen Sozialleistungen von Menschen mit allgemeinem Betreuungs- und/ oder Pflegebedarf zu erleichtern und einzelfallbezogene Hilfen bedarfsgerecht sicherzustellen.

Komplettiert wird der Angebotsbereich durch einzelne Projekte, die Angebote zu speziellen Problemlagen im Bereich der Pflege bereithalten einschließlich der Themen Sterben, Tod und Trauer.

2. **Ehrenamt und Selbsthilfe (insgesamt 21 Projekte)**

Sozialer Isolation alter, kranker und behinderter Menschen wirken die Besuchsdienste entgegen, die in besonderem Maße auf ehrenamtliches Engagement angewiesen sind. Komplettiert wird der Bereich durch Selbsthilfegruppen für Menschen mit gemeinsamen Problemlagen. Der Bereich verbucht den geringsten Finanzierungsanteil im ISP, erreicht dafür jedoch einen vergleichsweise großen Personenkreis.

3. **Behindertenhilfe (insgesamt 31 Projekte)**

Die Angebote dieses Bereiches richten sich an Menschen mit Behinderung sowie, deren Angehörige, Betreuerinnen und Betreuer. Neben diversen Beratungsprojekten, die zu unterschiedlichen Themengebieten spezialisierte Beratungen und Informationen anbieten, halten die sogenannten Freizeitprojekte vielfältige niedrigschwellige sozialintegrative und kulturelle Angebote zur Freizeitgestaltung vor. Die gesamtstädtischen Angebote sind eine wichtige Ergänzung zu den entgeltfinanzierten Diensten und Einrichtungen im Land Berlin.

4. **Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe (insgesamt 18 Projekte einschließlich 1 Projekt Schuldner- und Insolvenzberatung)**

Die Angebote der Wohnungslosenhilfe richten sich vorwiegend an Menschen, die auf der Straße leben, wohnungslos sind oder an Menschen, denen der Verlust des Wohnraums droht. Inhalt der geförderten Projekte sind niedrigschwellige Beratungs- und Versorgungsleistungen mit dem Ziel der Integration der Menschen in die Regelversorgung – z. B. Unterbringung und, Leistungen nach dem SGB II und XII.

Die Vorbereitung von Klientinnen und Klienten auf die Haftentlassung und Wegbereitung ins soziale Hilfesystem sind die wesentlichen Inhalte der Beratungs- und Informationsangebote in der Straffälligenhilfe. Komplettiert wird der Bereich durch die übergreifenden Angebote der Landesarbeitsgemeinschaft Schuldner- und Insolvenzberatung Berlin e.V..

5. **Migrantensozialdienste (insgesamt 4 Projekte)**

Die geförderten Angebote der Migrationssozialarbeit richten sich vorrangig an bereits länger in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund einschließlich der Flüchtlinge und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler um diese in schwierigen Lebenssituationen zu begleiten und Unterstützungsangebote zu organisieren. Dabei steht die Stärkung von individuellen Ressourcen und Kompetenzen von Menschen mit Migrationshintergrund im Umgang mit Integrationsanforderungen im Vordergrund. Weitere Angebote werden zur Entwicklung interkultureller Kompetenz in Einrichtungen der sozialen und gesundheitli-

chen Versorgung vorgehalten.

Verfolllständig wird das Portfolio der geförderten Projekte durch den Bereich der sogenannten Zentralen Aufgaben. Hier erbringen die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege vorrangig Leistungen gegenüber angeschlossenen Organisationen und Projekten vor Ort. Hierbei handelt es sich insbesondere um Steuerungs-, Informations-, Koordinations- und Beratungsdienstleistungen, Erfahrungsaustausch sowie Vertretungsleistungen. Gleichzeitig nehmen die Spitzenverbände die Funktion des Ansprechpartners für Verwaltung und Politik auf der Landesebene wahr.

Eine detaillierte Projektübersicht ist dem Anhang zu entnehmen.

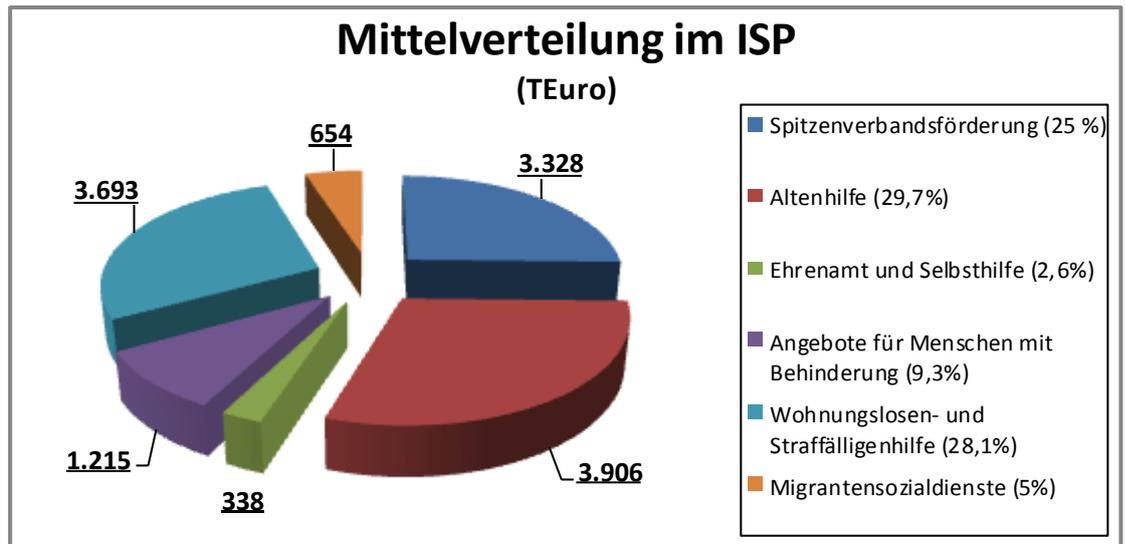
Finanzierungsrahmen

Entsprechend der im Rahmenfördervertrag erfolgten landesseitigen Finanzierungszusage standen im Berichtsjahr insgesamt 12.919.000,-Euro zur Verfügung. Davon waren gem. Festlegung im Rahmenfördervertrag 3.300.000,-Euro für die Spitzenverbandsförderung einzusetzen. Weiterhin standen aus 2012 übertragene Restmittel i.H.v. 116.463,17 Euro zur Verfügung. Darüber hinaus wurden für die Tarifierpassungen zusätzliche Mittel i.H.v. 102.407,35 Euro bewilligt. Insgesamt wurden Bewilligungen in einer Gesamthöhe von 13.133.787,69 Euro ausgesprochen, von denen letztendlich 13.128.893,98 Euro von den Projekten abgerufen wurden, was einer fast 100 prozentigen Mittelausschöpfung in 2013 entspricht.

Die bewilligten Mittel verteilten sich wie folgt auf die o.g. Angebotsbereiche (auf volle Tausend Euro gerundet, in Klammern die Veränderung des Anteils am gesamten Bewilligungsvolumen gegenüber dem Vorjahr):

1. Altenhilfe:	3.906	(+ 0,7%)
2. Ehrenamt und Selbsthilfe:	338	(- 0,4%)
3. Behindertenhilfe:	1.215	(+ 0,3%)
4. Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe : (einschließlich 1 Projekt Schuldner- und Insolvenzberatung)	3.693	(+0,1%)
5. Migrantensozialdienste:	654	(0)

Darüber hinaus wurden im Bereich der Spitzenverbandsförderung insgesamt 3.328 TEuro (-1%) bewilligt.



Mit rund 29,7% und 28,1% sind die größten Anteile der Mittel in die Angebotsbereiche Altenhilfe sowie Wohnungslosen-/ Straffälligenhilfe geflossen. Im Bereich der Spitzenverbandsförderung erhielten die Wohlfahrtsverbände rund 25 % der insgesamt bewilligten Mittel und stellten somit den drittgrößten Block dar. Weitere Mittel flossen in die Bereiche der Angebote für Menschen mit Behinderung (rund 9,3%), Migrantensozialdienste (rund 5%) sowie Ehrenamt/ Selbsthilfe (rund 2,6%).

Auswertungsgrundlage

Eine wichtige Grundlage für die nachfolgenden Ausführungen bilden die Sachberichte der Projekte und die Erkenntnisse aus den laufenden Projektbegleitungen, sowie die Ergebnisse der Projektgruppen, die vom Kooperationsgremium für jeden Angebotsbereich eingesetzt worden sind.

Neben der Auswertung der Sachberichte wurden, wie in den vergangenen Jahren, in einigen Bereichen erneut externe Dienstleister mit der Auswertung von Leistungsdaten beauftragt. Für den Bereich der Mobilitätshilfedienste (Angebotsbereich 1.1.1) basieren die Aussagen auf den Ergebnissen der BBI Gesellschaft für Beratung Bildung Innovation mbH. Die Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste e.V. hat ihre Ergebnisse für die Wohnungslosenhilfe (Angebotsbereich 4.1) und die BBI Gesellschaft für Beratung Bildung Innovation mbH für die Straffälligenhilfe (Angebotsbereich 4.2) in Kurzberichten zusammengefasst, die in den entsprechenden Abschnitten wiedergegeben werden.

Angebotsbereich 1 - Altenhilfe

Der Angebotsbereich umfasst neben den großen Bereichen Mobilitätshilfedienste und Pflegestützpunkte weitere solitäre Projekte, die spezielle Bedarfe schwerstkranker und pflegebedürftiger Menschen sowie deren Angehöriger decken.

1.1.1 - Mobilitätshilfedienste

Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf dem Jahresbericht 2013 der Koordinationsstelle der BBI GmbH von April 2014, ergänzt durch Ausführungen der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung.

Finanzierung

Für die Berliner Mobilitätshilfedienste (Mhd) wurden über das ISP zugewendet:

2013: 1.627.527,47 Euro für 15 Projekte, ab 01.07.2013: 13 Projekte
(zuzüglich 24.368,15 Euro Einmalzahlungen für Tarifierungsanpassungen)

2012: 1.573.654,37 Euro für 16 Projekte, ab 01.07.2012: 15 Projekte

2011: 1.635.332,19 Euro für 16 Projekte

Neben den Eigenmitteln der Träger und Zuwendungen Dritter (z.B. Bundesfreiwilligendienst) flossen in die Projektfinanzierungen auch Einnahmen aus den Eigenbeteiligungen der Klientinnen und Klienten i.H.v. 216.574,25 Euro (2012: 232.077,75 Euro). Für projektübergreifende Maßnahmen (Dokumentation und Koordination) wurden in 2013 Mittel in einer Gesamthöhe von 29.678,-- Euro (2012: 27.554,-- Euro) und für rehathechnische Unterweisungen in 2013 insgesamt 8.584,20 Euro ausgereicht (2012: 6.777,-- Euro).

Allgemeines

Die Mobilitätshilfedienste bieten ein niedrigschwelliges Angebot im Vorfeld der Pflege. Die Leistungen umfassen z.B. die Begleitung zu Spaziergängen, zu Terminen oder zum Einkauf. Geleistet werden auch Treppenhilfen (mit und ohne Hilfsmittel) oder Rollstuhlschiebedienste.

Im Zuge der Umsetzung eines an der Bezirksstruktur ausgerichteten 12-er Modells wurden zum 01.07.2013 zwei Mhd eingestellt: Mhd Lichtenberg (domino) sowie Mhd Marzahn-Hellersdorf (Volkssolidarität). In diese Bezirke rückten zwei Mhd aus bisher doppelt besetzten Bezirken nach: Mhd Neukölln (UHW) nach Lichtenberg sowie Mhd Tempelhof-Schöneberg (Diakonie) nach Marzahn-Hellersdorf. Die Entscheidung, den dritten Dienst (Spandau) zum 01.07.2013 einzustellen, wurde aufgrund der großen Unterstützung, die der seit 1988 in Spandau aktive, vielfältig vernetzte Dienst innerhalb des Bezirkes erfuhr, seitens der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung ausgesetzt. Der Mhd des Förderervereins Heerstraße Nord erhielt bis Ende 2013 die Gelegenheit, insbesondere seine der damaligen Auswahlentscheidung zu Grunde liegenden Leistungsdaten zu optimieren. Für eine zunächst sechsmonatige Weiterfinanzierung bis Ende 2013 wurde im ISP gesorgt.

Zum Jahresende 2013 bestanden 13 Mhd in den Berliner Bezirken, lediglich in einem Bezirk (Reinickendorf) arbeiten noch zwei Mhd.

Zum 01.07.2013 erfolgte auch eine Umstellung der Zuwendungsberechnung. Die Mittel wurden im zweiten Halbjahr entsprechend einem geänderten Verteilungsschlüssel (u.a. Sockelbetrag und Aufstockungsbeitrag nach definierten Kriterien) auf die Mhd verteilt.

Die Einstellung zweier Mhd zur Jahresmitte sowie die gleichzeitig erfolgten Umzüge erforderten aus methodischen Gründen (u.a. unterjähriger Wechsel Datenbankerfassung, Doppelerfassungen durch die Übernahme von Mitarbeitern und Klienten bei fehlender personenbezogener Erfassung) eine Anpassung des Berichtskonzepts für 2013.

Die einzelnen Mhd unterscheiden sich in verschiedenen bezirks- und trägerspezifischen Faktoren, wie z.B. sozialräumlichen Gegebenheiten, finanziellen und personellen Ressourcen (insb. Zuweisungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch die Jobcenter) sowie organisations- und mitarbeiterbezogenen Faktoren.

Ziele und Aufgaben

Die Klientinnen und Klienten sollen möglichst lange in der selbstgenutzten Häuslichkeit verbleiben, und es soll ihnen die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ermöglicht werden. Die Dienste werden im Vorfeld zur Pflege tätig. Das Angebot dient der Vermeidung von Heimaufenthalten.

Zielgruppen

Ältere Menschen, die ihre Häuslichkeit nicht ohne Hilfestellungen verlassen können. Rund vier Fünftel (79,6%) der Klientinnen und Klienten waren im Berichtsjahr über 70 Jahre alt.

Leistungen 2013

Einsätze

2013 wurden 779.270 Einsatzpunkte (EP) erbracht (1 EP entspricht einer Dauer von bis zu 30 Min.). Gegenüber 2012 (902.974 EP) bedeutet das einen Rückgang um 123.704 EP (-13,7%).

Koordinationsstelle

Die Koordinationsstelle hat neben der halbjährlichen und jährlichen Berichterstattung Erhebungen zu Zahlen der in den Diensten tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Klientinnen und Klienten sowie der Einsatzpunkte durchgeführt.

Daneben nahm sie an einschlägigen Fachveranstaltungen teil und organisierte neben den monatlich stattfindenden KonzeptAGs und Koordinationsrunden eine zweitägige Jahrestagung.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

In den Diensten waren 2013 insgesamt 1.216 (2012: 1.473) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Der Großteil (910 Personen = 74,8%) davon stammt aus unterschiedlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (s.u.) (2012: 1.052 Personen = 71,4%). Der Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit nicht-deutscher Muttersprache (221 Personen) lag 2013 bei 18,2% (2012: 266 Personen = 18,1%).

Da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht personenbezogen erfasst werden, sind Doppelbenennungen möglich.

Maßnahme	2013	2013	2012	2012
Anzahl und Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Hauptamtliche Mitarbeiter/-innen	57	4,7%	46	3,1%
Förderung v. Arbeitsverhältnissen (FAV)	33	2,7%	0	0
Arbeitsgelegenheit (Mehraufwand., MAE)	591	48,6%	662	44,9%
Arbeitsgelegenheit (Entgeltvariante)	0	0	64	4,3%
Praktika	11	0,9%	20	1,4%
Bundesfreiwilligendienst (BFD)	28	2,3 %	32	2,2%
ÖBS/ Bürgerarbeit	286	23,5%	326	22,1%
Ehrenamtlich Tätige	183	15,0%	286	19,4%
Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) Europäischer Sozialfonds (ESF) u.a.	27	2,2%	37	2,5%

Übersicht Mitarbeiter/innen 1

Klientinnen und Klienten:

Insgesamt: 4.948 (2012: 4.989)

Weibliche Klientinnen: 3.833 (77,5%), (2012: 3.879 = 77,8%)

Migrationshintergrund (nicht-deutsche Muttersprache): 176 (3,6%), (2012: 193 = 3,9%)

Altersgruppe	2013	2013	2012	2012
Anzahl und Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
unter 71 Jahre	932	18,8%	955	19,1%
71 – 80 Jahre	1.368	27,6%	1.361	27,3%
81 – 90 Jahre	1.908	38,6%	1.902	38,1%
über 90 Jahre	663	13,4%	687	13,8%
ohne Angaben	77	1,6%	84	1,7%

Übersicht Gesamtklientel 1

Besondere Merkmale der Klientinnen und Klienten (Mehrfachnennung möglich):

Merkmale	2013	2013	2012	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Gehbehinderung	3.739	75,6%	3.739	74,9%
Rollstuhl	2.048	41,3%	2.080	41,7%
Sehbehinderung	961	19,4%	971	19,5%
Demenz	583	11,8%	599	12,0%
Pflegestufe	2.759	55,8%	2.820	56,5%

Besondere Merkmale Gesamtklientel 1

Fachliche Bewertung und Ausblick

Zum 01.07.2013 wurde der Umstrukturierungsprozess zur Umsetzung des in 2011 beschlossenen 12-er Modells mit der Schließung zweier Dienste und den daraus resultierenden Umzügen fortgesetzt.

Mit der parallelen Umstellung der Zuwendung wurde die Grundlage für eine ausgewogenere Finanzierung geschaffen. Jeder Dienst erhält seitdem einen Sockelbetrag zzgl. eines variablen Aufstockungsbetrages, der sich an den soziodemografischen Daten der Bezirke orientiert. Da nach der Reduzierung von 15 auf 13 Dienste der Gesamtansatz für den Angebotsbereich der Mhd unverändert geblieben ist, konnte die Mehrzahl der Dienste teilweise erheblich finanziell gestärkt werden. Das ist bei der angespannten finanziellen Situation im ISP durchaus als Erfolg zu werten.

Die Problematik der schwierigen Akquise geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen setzte sich auch in 2013 fort. Deren multiple Vermittlungshemmnisse erforderten ein wachsendes Engagement der in den Diensten hauptamtlich tätigen Personen, um diese in den Arbeitsprozess zu integrieren. Auch das aufwändige Antragsverfahren für Maßnahmen der Jobcenter band in hohem Maß zeitliche Kapazitäten. Leider ist es auch in 2013 nicht gelungen, trotz der in 2012 mit der für Berlin zuständigen Regionaldirektion, den Geschäftsführern der Jobcenter und der für Arbeit zuständigen Senatsverwaltung getroffenen Vereinbarungen, ausreichende Stellen über die Jobcenter bewilligt zu bekommen und diese Plätze mit geeignetem Personal zu besetzen. Das Leistungsangebot musste den personellen Ressourcen angepasst und reduziert werden (s. auch rückläufige Einsatzpunkte).

Die Leistungsfähigkeit und Qualität der Dienste spiegeln sich in den trotz der bestehenden Schwierigkeiten weiterhin hohen Einsatzzahlen wider.

Das Jahr 2013 war geprägt durch die Umstrukturierungsmaßnahmen und damit einhergehenden Veränderungen.

Die abschließende Umsetzung des 12er Modells war für 2014 geplant. Im Kooperationsgremium am 10. Juni 2014 wurde seitens der Verwaltung der 13. Dienst zur Schließung vorgeschlagen. Hierüber

konnte mit den Vertreterinnen und Vertretern der LIGA-Verbände jedoch kein Einvernehmen erzielt werden. Im Ergebnis sprach sich das Kooperationsgremium für eine erneute Aufschiebung der Entscheidung aus. Über Art und Umfang dieses Angebots wird nun im Zuge der Neuverhandlungen zum neuen Rahmenfördervertrag entschieden.

Die durch die Schließung ursprünglich vorgesehene weitere finanzielle Stärkung der 12 verbleibenden Dienste kann durch die oben beschriebene Sachlage in 2015 nicht erfolgen.

Die Nachfragen und teilweise bestehenden Wartelisten zeugen von einem anhaltend hohen Bedarf an dieser niedrigschwelligen Leistung. Die Bedarfe werden perspektivisch mit der Zahl der älter werdenden Menschen noch steigen. Der Erhalt des Angebots ist dringend geboten.

Im Zuge der Neuverhandlungen für die Zeit ab 2016 wird es vorrangiges Ziel der Senatsverwaltung sein, durch geeignete finanzielle und/ oder strukturelle Maßnahmen das Angebot zu stabilisieren und im Hinblick auf die demografische Entwicklung in dieser Stadt perspektivisch auszubauen. Das kann in erster Linie über verlässliche und ausreichende Mitarbeiterstrukturen erreicht werden.

1.1.2 – Psychogeriatrische Projekte

Finanzierung

2013: 240.540,19 Euro für 3 Projekte

2012: 213.325,75 Euro für 3 Projekte

2011: 219.325,75 Euro für 3 Projekte

Projekt „MenschenKind“

Allgemeines

Das Projekt „MenschenKind - Fachstelle für chronisch kranke und pflegebedürftige Kinder“ in Trägerschaft des Humanistischen Verbandes Deutschlands Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. wurde nach Auflösung des Externen Pflegedienstes e.V. 2008 als Nachfolgeprojekt gemeinsam mit dem Trägerverband und Liga-Vertretern konzipiert. Der Auftrag bestand zunächst darin, die bestehende Beratungslücke für Familien mit schwerstkranken Kindern zu schließen, eine Bestandsaufnahme der bestehenden Versorgungsstrukturen vorzunehmen, Fachkräfte und den Sektor des Ehrenamtes für Familien mit schwerkranken und betreuungsintensiven Kindern zu erfassen, ein Netzwerk der an der Versorgung der Zielgruppe beteiligten Dienste, Einrichtungen und Projekte aufzubauen, die Entstehung eines Qualitätsverbunds zu befördern, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben sowie Ressourcen, Lücken und Defizite in der Versorgung aufzuzeigen. Mit Etablierung der Berliner Pflegestützpunkte wurde eine Umsteuerung der Aufgaben vorgenommen, so dass nun die zentrale Beratung der Familien bei den Pflegestützpunkten liegt und MenschenKind sich sukzessive aus der Beratung zurückzieht.

Ziele und Aufgaben

Übergeordnetes Ziel des Projektes ist eine nachhaltige Verbesserung der medizinischen, therapeutischen, pädagogischen, pflegerischen und psychosozialen Versorgung von Familien mit schwerkranken und betreuungsintensiven, d.h. chronisch kranken, pflegebedürftigen, schwerstbehinderten, lebensbedrohlich erkrankten, verhaltens- und/oder entwicklungsauffälligen Kindern.

Das Projekt MenschenKind hat vorrangig folgende Aufgaben:

- Identifizierung, berlinweites Vernetzen und Qualifizierung von Akteuren,
- Bündelung, Aufbereitung und Weitergabe von Informationen,
- Aufarbeitung von strukturellen Versorgungsengpässen, Beteiligung an Präzedenzfällen.

Zielgruppen

Zielgruppen sind Leistungserbringer von Beratungs-, pflegerischen, medizinischen, therapeutischen, psychosozialen, pädagogischen und anderen Angeboten, Träger und Verbände, Gremien und Netzwerke, Politik und Verwaltung auf Landes- und Bezirksebene, die beteiligt sind an der oder (mit-)verantwortlich sind für die Versorgung von Familien mit schwerkranken und betreuungsintensiven Kindern, sowie die Betroffenen selber.

Leistungen 2013

Im Rahmen des Projekts wurden zwei Mitarbeiterinnen mit den Fachaufgaben betraut. Ende 2012/Anfang 2013 gingen fast zeitgleich zwei neue Mitarbeiterinnen mit 68,8 Wochenarbeitsstunden an, die sich im Verlauf des Jahres 2013 sehr gut in die Materie und die Arbeitsabläufe eingearbeitet haben.

In das Jahr 2013 fiel die Überarbeitung und Anpassung der Konzeption von MenschenKind einhergehend mit einer Umbenennung des Untertitels und einer konzeptionellen wie praktischen Schwerpunktverlagerung in Richtung übergeordneter berlinweiter zielgruppenspezifischer Aufgaben.

Identifizierung, berlinweites Vernetzen und Qualifizierung von Akteuren

Dieser Aufgabenschwerpunkt dominierte mit rd. 48 % der Arbeitszeit.

Neben zahlreichen Fachkontakten und der aktiven Beteiligung von MenschenKind an Netzwerken unter Federführung Dritter, z.B. dem AWO Fachforum, UAG Menschen mit Behinderung und ungeklärtem Aufenthaltsstatus und UAG Interkultureller Gesprächskreis, dem Arbeitskreis Kind und Familie, dem Qualitätszirkel chronisch krankes Kind und der die 2. Woche der pflegenden Angehörigen vorbereitenden Arbeitsgruppe, begleitete MenschenKind drei regelmäßige Netzwerke.

Dazu gehört die Arbeitsgruppe der sogenannten Kinderbeauftragten der Pflegestützpunkte. Zur Gruppe gehört jeweils ein Beauftragter je Bezirk aus einem kassenseitigen Pflegestützpunkt. Während die Erstberatung von Familien von allen Berliner Pflegestützpunkten geleistet wird, übernehmen die „Kinderbeauftragten die weiterführenden Beratungen bzw. die Fallkoordination für die hilfesuchenden Familien des jeweiligen Bezirkes. In 2013 fanden acht Sitzungen statt. Die Gruppe der Kinderbeauftragten hat sich gut zusammengefunden und stabilisiert. Hier besteht weiterhin Bedarf an Qualifizierung und an Erhöhung des Bekanntheitsgrades des wohnortnahen Angebotes. Darüber hinaus gibt es nach wie vor auch Aspekte die für eine zentrale Stelle, die eine über die Pflegeberatung hinausgehende umfassendere Beratung und Fallkoordination vornehmen kann, sprechen. Unter Beteiligung von MenschenKind ist dies künftig weiter zu diskutieren.

Der Arbeitskreis Kinderintensivpflege Berlin unter Federführung von MenschenKind vernetzt die in Berlin tätigen Kinderintensivpflegedienste. Es fanden in 2013 insgesamt neun Treffen statt. 2013 war wichtig für den Findungsprozess des Arbeitskreises. Wünschenswert wäre, dass der Arbeitskreis sich als Interessensvertretung der Kinderintensivpflege in Berlin etabliert und als gemeinschaftliches Sprachrohr eine stärkere Lobby bildet.

MenschenKind gründete 2013 eine Unterarbeitsgruppe zum Runden Tisch außerklinische Beatmung für die Kinderversorgung, die sich aus Fachärzten, Kinderintensivpflegediensten, Versorgern, Case Managern und Vertretern der Elternselbsthilfe zusammensetzt. Ziel ist es, strukturelle Probleme, insbesondere die Überleitung von stationär zu ambulant, aufzuarbeiten. Nach und nach sollen alle Themenkomplexe bearbeitet und Lösungsvorschläge entwickelt werden. Nach zwei Sitzungen liegt nun ein auf die Belange der Kinderversorgung spezialisierter Überleitungsbogen vor. In einem nächsten Schritt sollen Qualitätsrichtlinien für die Versorgung von beatmungspflichtigen Kindern in der Häuslichkeit erstellt werden.

Beteiligung an Präzedenzfällen und Aufarbeitung von strukturellen Versorgungsengpässen

Fälle, an denen sich strukturelle Problemlagen herausarbeiten lassen, werden als Präzedenzfälle durch MenschenKind begleitet, analysiert und aufbereitet. Dadurch werden Versorgungsengpässe aufgezeigt und Lösungsansätze zur Diskussion gestellt. Insgesamt hat MenschenKind im Jahr 2013 62 Fälle beraten, von denen 24 Anfragen von Familien direkt erfolgten und 38 von Fachstellen herangetragen wurden.

In 2013 identifizierte MenschenKind folgende strukturellen Problemlagen und Lösungsansätze:

- die Dauerunterbringung von intensivpflichtigen Kindern, für die qualitätssichernde Richtlinien auf Landesebene fehlen;
- Versorgung pflegebedürftiger, nach dem Asylbewerberleistungsgesetz anspruchsberechtigter Kinder, für die es zu verzögerter und uneinheitlicher Leistungsgewährung kommt und nach Ansicht von MenschenKind einerseits eine entsprechenden Verwaltungsvorschrift von Nöten ist und andererseits die Beratungsstelle für Flüchtlinge mit Behinderung personell besser auszustatten ist.

Bündelung, Aufbereitung und Weitergabe von Informationen

Die Internetseite [Dieser Link führt zur Seite des Projekts MenschenKind](#) wird regelmäßig gepflegt und bietet einen breiten Überblick zu Hilfeangeboten für die Zielgruppe. In 2013 wurden zwei anonymisierte Präzedenzfälle (Themen Flüchtlingskinder und Hilfe zur Pflege) aufbereitet, die perspektivisch auf der Internetseite präsentiert werden sollen. Aufgrund von konzeptioneller Neuausrichtung, Umbenennung und Personalwechsel mussten neue Öffentlichkeitsmaterialien erstellt werden. Neben weiteren Aktivitäten übernahm das Expertenteam von MenschenKind viermal Moderatoren- und Referententätigkeiten.

Ausblick

Nach wie vor besteht eine Reihe von Handlungserfordernisse rund um die Unterstützung von Familien mit schwerkranken, behinderten bzw. pflegebedürftigen Kindern in Berlin. So wird unter Beteiligung von MenschenKind in 2014 der Diskurs zur weiteren Optimierung der Beratungsstrukturen und zum Konzept Kurzzeitwohnen zu führen sein.

Projekt „Pflege in Not“

Allgemeines

Der seit Mitte 1999 arbeitende „Pflege ergänzende Spezialberatungsdienst“ Pflege in Not (PIN - P 204) in Trägerschaft des Diakonischen Werkes Stadtmitte e.V. ist ein Solitär mit einem Spezialauftrag im Bereich der Altenhilfe. Das Projekt nimmt im Bereich der Altenhilfe eine Scharnierstelle zwischen Betroffenen, Angehörigen, Leistungsanbietern, Fachkräften und sonstigen Akteuren ein. Das Projekt arbeitet gesamtstädtisch, anbieterneutral, verbands- und konfessionsübergreifend. Um dem gewachsenen Informations- und Beratungsbedarf der Zielgruppen Rechnung zu tragen, engagiert sich das Projekt seit Jahren, über die Landesfinanzierung hinaus erfolgreich, Dritte zur Unterstützung seiner Aktivitäten zu gewinnen. Durch Mittel der AOK Nordost konnte die Finanzierung einer weiteren Mitarbeiterin gesichert werden. Die AOK stockte 2013 ihre Mittel um 8.000 € auf 48.000 € auf. Darüber hinaus gelang es dem Projekt, vier Personen - zwei davon Frauen - zu gewinnen, die es auf ehrenamtlicher Basis mit Fachbeiträgen unterstützen. Trotzdem kann aus Ressourcen Gründen der Nachfrage bzw. dem Bedarf nur teilweise entsprochen werden. Der Projektträger

hat deshalb erneut Personalbedarf angemeldet. In 2013 war eine befristete Unterstützung mit 20 Tsd. € möglich, um den Schnittstellenbereich zu den Pflegestützpunkten zu verbessern und neue Arbeitsansätze in der Krisenbewältigung in der Pflege modellhaft zu erproben („Familienberatung“).

Ziele und Aufgaben

Ziel des Projekts ist es, Betroffenen, die sich im Kontext Pflege mit Gewalt konfrontiert sehen oder diese wahrnehmen, als Anlauf-, Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstelle Möglichkeiten der Entlastung, Konfliktbewältigung und weiterführende Hilfe anzubieten. Dazu wird ein Krisentelefon betrieben.

Mit seinem Leistungsangebot trägt das Projekt dazu bei, Mängel in der pflegerischen Versorgungsstruktur zu identifizieren und zu beseitigen, die Pflegequalität in (familialen) Pflegearrangements zu verbessern, die „Kundenposition“ im Rahmen des Verbraucherschutzes zu stärken sowie die öffentliche und private Aufmerksamkeit für die Problematik von Gewalt im Kontext Pflege zu schärfen. Schwerpunkt der Projektarbeit ist Beratung (in akuten Krisensituationen, in gewaltförmigen und aggressiven Pflegesituationen, zur persönlichen Stabilisierung, über Verbraucherrechte und Beschwerdewege). In Ergänzung hierzu erfolgt Aufklärung über Entlastungsmöglichkeiten und ihre Finanzierung, Kontaktherstellung zu Heimaufsicht oder Medizinischem Dienst der Krankenkassen und Vermittlung zu anderen Beratungs-/ Hilfeeinrichtungen. Vermittlungsgespräche – Mediation – bei Konflikten mit/ in Pflegeeinrichtungen und Informationsveranstaltungen zum Thema „Gewalt in der Pflege“ runden das Leistungsspektrum ab

Zielgruppen

„Pflege in Not“ richtet sich an pflegebedürftige alte Menschen, pflegende Angehörige, Angehörige von Heimbewohnern, andere Bezugspersonen Pflegebedürftiger, Pflegepersonal, Institutionen und Initiativen der Altenhilfe und Medien/ Multiplikatoren.

Leistungen 2013

In der Regel gibt es bei Konflikten und Beschwerden mehrere an dem Pflegeprozess Beteiligte wie Angehörige, Betreuerinnen und Betreuer, Pflegekräfte oder Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Pro Fall ist daher vielfach mehr als ein Kontakt bzw. ein Beratungsgespräch erforderlich. Das Projekt betreute 709 Fälle. Hierbei waren insgesamt 1301 Klientinnen und Klienten telefonisch oder persönlich beteiligt. Bei 1.273 Klientinnen und Klienten erfolgten telefonische Beratungen, bei 28 persönliche bzw. psychologische Beratungen. Dazu kamen 21 Prozesse, in denen Mediationsgespräche, Hausbesuche, Fallbesprechungen oder Familiengespräche stattfanden. Für die insgesamt 1393 Klientinnen und Klienten erfolgten 2.683 Beratungsleistungen. Fachaustausch und Vernetzung sind ein wichtiger weiterer Baustein der Projektarbeit. Den Schwerpunkt bildete hierbei die Teilnahme an diversen Expertentischen. Das Projekt war dort speziell als Experte für Gewalt- und Konfliktsituationen in der häuslichen Pflege gefragt. In diesem Kontext übernahm das Projekt die Federführung von 7 regionalen bzw. länderübergreifenden Gremien und beteiligte sich an 5 weiteren. 8 Fachvorträge, 2 Podiumsdiskussionen, 1 Fachtag, 3 Artikel in Fachzeitschriften, 6 Beiträge im Fernsehen bzw. Rundfunk sowie 3 in Printmedien rundeten 2013 die Projektarbeit ab. Ein wichtiges Ereignis in 2013 war der Fachtag „Eure Sorge fesselt mich...“ am 12.06.2013 anlässlich des Internationalen Tages gegen Misshandlung und Vernachlässigung alter Menschen. Die Resonanz war sehr positiv.

Fachliche Bewertung und Ausblick

PIN kann aufgrund seiner vielfältigen Zugänge zu Pflegebedürftigen, Angehörigen, Pflegekräften, Pflegeanbietern, Beratungsangeboten und Sozialleistungsträgern in besonderem Maße Stärken und Schwächen des bestehenden Systems wahrnehmen und Handlungserfordernisse erkennen. Diese Ressource wurde erstmals für 2013 mit einem handlungsorientierten Jahresbericht zielgerichtet genutzt, der 2014 erarbeitet wird und im Rahmen des 15-jährigen Jubiläums am 17.06.2014 vorgestellt wird. Der handlungsorientierte Jahresbericht dient dazu, eine Aus- und Bewertung der vom Projekt erfassten Daten zum Leistungsgeschehen vorzunehmen und diese um darüber hinausgehende Erfahrungen im Berichtszeitraum zu ergänzen. Ziel ist, auf dieser Grundlage aus Sicht des Projekts Trends und Wirkungen zu skizzieren sowie Handlungsempfehlungen für die Arbeit des Projekts, für Versorgungsangebot bzw. Versorgungsstruktur und für Politik und andere Akteure abzuleiten. Der Jahresbericht soll die fachliche Entwicklung im Arbeitsfeld befördern.

Das Projekt wird 2014 erneut mit Mitteln aus dem Zweckertrag der Lotterie PS-Sparen und Gewinnen der Berliner Sparkasse für die Gestaltung des 15-jährigen Jubiläums sowie den barrierefreien Umbau der Räumlichkeiten unterstützt. Zudem erhält es Zusatzmittel für die Anpassung des Dokumentationssystems (Beschwerdeprogramm) und die Anschaffung von Möbeln im Beratungs- und Wartebereich.

Die quantitativ und qualitativ steigende Inanspruchnahme bei der telefonischen Beratung, die nachfrageindizierte sukzessive Erweiterung des Angebots (psychologische Beratung, Mediationsgespräche, Fortbildungen) in den vergangenen Jahren, erweiterte Aufgaben im Rahmen des Monitoring (Auswertung der Beschwerdedaten; Bewertung von Entwicklungen und Veränderungen im Bereich Gewalt gegen alte Menschen; Erstellung Jahresbericht) sowie Projekte, die sich perspektivisch abzeichnen, machen deutlich, dass der Bedarf mit den bestehenden Mitteln nicht mehr abgedeckt werden kann. Der Projektträger hat deshalb erneut Personalbedarf angemeldet, um z.B. erweiterte Sprechzeiten anbieten und das Leistungsangebot erweitern zu können. Hier besteht Handlungsbedarf.

Projekt „Fachstelle für pflegende Angehörige“

Allgemeines

Bis zur Einrichtung der Fachstelle Mitte 2010 fehlte eine berlinweit agierende Stelle zur Ermittlung und Aufbereitung von Handlungsbedarfen, Entwicklung von Strategien, zur Impulsgabe und Modellbegleitung zu Fragen der Unterstützung pflegender Angehöriger. Durch die mit der Bildung von Pflegestützpunkten einhergehenden Ausweitung des Angebots, insbesondere der Beratung und Information für Pflegebedürftige und deren Angehörige, wurde in 2010 das Projekt "Berliner Service- und Informationszentrum für Angehörigenarbeit" eingestellt.

Ziele und Aufgaben

Ziel des Projekts ist es, die fachliche Weiterentwicklung der Unterstützungs- und Anerkennungsstrukturen für pflegende Angehörige zu befördern.

Die Fachstelle hat folgende Aufgaben:

- Bedarfs- und Angebotsanalyse und Ableitung von Maßnahmen
- Erstellung und Fortschreibung eines „Maßnahmenplan zur Verbesserung der Situation pflegender Angehörige in Berlin“

- Identifizierung und bekannt machen von „Good Practice“- Maßnahmen bzw. Projekten
- Inhaltliche Impulsgebung und Moderation von neuen Ansätzen
- Beförderung von Netzwerkarbeit
- Gezielter Aufbau von Kooperationen mit überregionalen Netzwerken oder Arbeitskreisen regionalen Informations-, Beratungs- und Hilfsangeboten
- Entwicklung von Bausteinen zugehender Arbeit
- Anregung von Forschungsprojekten

Zielgruppen

Die Fachstelle richtet sich nicht direkt an die pflegenden Angehörigen sondern an die professionellen fachlichen Akteure bis hin zu der für Pflege zuständigen Senatsverwaltung.

Leistungen 2013

Schwerpunkte der Arbeit in 2013 waren

- die erneute Durchführung der „Woche für pflegende Angehörige“,
- die Abstimmung des Maßnahmenplans zur Verbesserung der Situation pflegender Angehöriger in Berlin mit den beteiligten Kooperationspartnern,
- Vernetzung des Projekts mit den bestehenden Unterstützungsstrukturen und
- Öffentlichkeitsarbeit

Das Projekt übernahm die Federführung von sechs Gremien und beteiligte sich an drei weiteren Gremien. Zwei Fachvorträge sowie die Beteiligung an drei Podiumsdiskussionen, zwei Workshops und zwei Fachtagen sowie die Veröffentlichung von einem Artikel in Fachzeitschriften, zehn Interviews und fünf Vorträge waren Gegenstand der Projektarbeit in 2013.

Wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit der Fachstelle in 2013 war wiederum die Durchführung der „Woche für pflegende Angehörige“. Mehr noch als 2012 hat das Projekt 2013 dazu beigetragen, Politik, Medien und Gesellschaft die Leistungen pflegender Angehöriger zu verdeutlichen, Selbstwertgefühl und der Selbstwahrnehmung pflegender Angehörigen durch eine wertschätzende Anerkennungskultur zu stärken, Austausch und Wertschätzung zwischen Beratungs- und Entlastungsangeboten und pflegenden Angehörigen zu befördern und das Interesse an einer Kooperation mit der Fachstelle zu verstärken. Damit bestätigte sich, dass die "Woche der pflegenden Angehörigen " sehr gut geeignet ist, Aufgaben und Ziele der Fachstelle für pflegende Angehörige zu befördern. Im Gefolge mussten für die Bereiche Netzwerkarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Organisation/ Dokumentation mehr Ressourcen als ursprünglich geplant eingesetzt werden. Erstmals wurden in diesem Jahr auch pflegende Kinder und Jugendliche geehrt. Aus Sicht der Fachstelle benötigt diese Gruppe weitergehende Unterstützungsangebote.

Die Abstimmung des Maßnahmenplans zur Verbesserung der Situation pflegender Angehöriger in Berlin mit den beteiligten Kooperationspartnern verzögerte sich, u.a. da Schlüsselstellen bei wichtigen Kooperationspartnern 2013 personell neu besetzt wurden und zur Abstimmung von Zielen und Maßnahmen deutlich mehr Zeit und Raum als geplant benötigt wird. Gleichzeitig konnten mit der Beteiligung an dem Innereuropäischen Projekt ToYac - together for young adult carers neue wichtige Impulse für den "Maßnahmenplan" gewonnen werden.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Die Arbeit der Fachstelle konzentriert sich in 2014 auf die Abstimmung des Maßnahmenplanes. Das Forschungsprojekt ToYac soll fortgesetzt und ausgewertet werden.

In 2014 wird die Dokumentation der Woche für pflegende Angehörige 2013 veröffentlicht.

Für die für Mai 2015 geplante dritte Woche für pflegende Angehörige stehen in 2014 eine Reihe vorbereitender Schritte (Intensivierung der Kommunikation mit der Koordinationsgruppe, Erweiterung des Kreises der Mitwirkenden und Unterstützer) an.

Um die Unterstützungsbereitschaft pflegender Angehöriger (und anderer sozialer Unterstützungssysteme) auch weiterhin auf einem hohen Niveau zu erhalten, ist es unumgänglich, die in diesem Rahmen geleistete Arbeit noch stärker gesellschaftlich anzuerkennen und zu stützen.

1.1.3 – Landesseitige Pflegestützpunkte

Finanzierung

2013: 1.661.613, Euro, für 12 Projekte
(zuzüglich 24.199,49 Euro Einmalzahlungen für Tarifierpassungen)

2012: 1.647.857,62 Euro, verteilt auf 12 Projekte

2011: 1.649.845,50 Euro, verteilt auf 12 Projekte

Allgemeines

Der Anfang Mai 2009 zwischen den Landesverbänden der Pflege- und der Krankenkassen und dem Land Berlin geschlossene Landesrahmenvertrag gemäß § 92c Abs. 8 SGB XI zur Arbeit und zur Finanzierung der Pflegestützpunkte regelt für alle Pflegestützpunkte in Berlin die Ausgestaltung der gemeinsamen Trägerschaft durch die Pflege- und Krankenkassen und durch das Land. Er schafft damit die Grundlage für eine Beteiligung des Landes und regelt in diesem Zusammenhang die Integration der ehemaligen 12 Berliner Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“ in die Pflegestützpunkte. Das Land Berlin finanziert diese zwölf Einrichtungen aus Mitteln des Integrierten Sozialprogramms. Die Leistungen der Pflegestützpunkte werden trägerneutral gewährt und sind für die Nutzerinnen und Nutzer unentgeltlich.

Ziele und Aufgaben

Die beratende, koordinierende und vernetzende Tätigkeit der Pflegestützpunkte ist darauf gerichtet, dass ältere und pflegebedürftige Menschen wunschgemäß möglichst in der eigenen Wohnung verbleiben, ein weitgehend selbstbestimmtes Leben führen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Ihre Arbeit zielt vornehmlich darauf ab, die Versorgung alter und pflegebedürftiger Menschen zu verbessern. Unterziele hierzu sind beispielsweise die Erleichterung der Inanspruchnahme der gesetzlich vorgesehenen Sozialleistungen von Menschen mit allgemeinem Betreuungs- und /oder Pflegebedarf und die einzelfallbezogene Sicherstellung eines bedarfsgerechten Hilfemixes. Sie sind Lotsen durch die Vielfalt des Sozial- und Gesundheitswesens für alle Hilfesuchenden.

Pflegestützpunkte fördern darüber hinaus freiwilliges Engagement im Sinne der Einbindung von Mitgliedern von Selbsthilfegruppen, ehrenamtlichen und sonstigen zum bürgerschaftlichen Engagement bereiten Personen und Organisationen in ihre Tätigkeit.

Aufgaben bzw. Leistungsmodule sind:

1. Information/ Auskunft/ Beratung für juristische Personen
2. Information/ Auskunft für natürliche Personen
3. Beratung für natürliche Personen
4. Case Management
5. Vernetzung
6. Förderung von freiwilligem Engagement
7. Datenbank
8. Öffentlichkeitsarbeit
9. Aus- und Fortbildungen

Zielgruppen

Hauptzielgruppen bei den Aufgaben Information, Beratung und Case Management sowie Datenbank und Öffentlichkeitsarbeit sind:

- ältere Menschen und pflegebedürftige Kinder, Jugendliche und Erwachsene sowie
- pflegende Angehörige und sonstige Kontaktpersonen.

Zielgruppen für die Aufgaben Information/ Auskunft/ Beratung für juristische Personen, Datenbank und Vernetzung sind

- Institutionen des Versorgungssystems,
- öffentliche Verwaltung,
- öffentliche, gemeinnützige und private Dienstleister,
- Kostenträger,
- Selbstvertretungsorgane und -initiativen,
- Fachöffentlichkeit.

Neben den genannten gehören im Aufgabenbereich Aus- und Fortbildung auch Ausbildungsstätten und Praktikantinnen und Praktikanten zur Zielgruppe.

Die Förderung von freiwilligem Engagement zielt ab auf:

- an freiwilligem Engagement interessierte Personen,
- Bürger- und Selbsthilfegruppen und -vereinigungen,
- Freiwilligenvermittlungsstellen.

Leistungen 2013

Klientinnen und Klienten, Kontakte und Leistungen im Überblick

22.554 Klientinnen und Klienten erhielten von den zwölf landesseitigen Pflegestützpunkten in 2013 Beratung und Case Management.

Die Zahl der Kontakte belief sich für alle zwölf Pflegestützpunkte auf 35.069.

1.292 Klientinnen und Klienten mehr als im Vorjahr haben die Angebote Informationen, Beratung und Case-Management der zwölf landesseitigen Pflegestützpunkte genutzt. Mit Blick auf die erweiterte Beratungsstruktur im Land Berlin, kann von einem Trend steigender Klientinnen- und Klientenzahlen insgesamt und damit einer wachsenden Nachfrage nach diesem Angebot ausgegangen werden.

Nachfolgende Angaben beziehen sich auf den Durchschnitt (Gesamtsumme aller Pflegestützpunkte / 12 = Durchschnitt):

Der durchschnittliche Pflegestützpunkt hatte für seine gesamte Arbeit 501 Arbeitstage mit 2,45 Personalstellen zur Verfügung und bekam dafür eine Zuwendung in der Höhe von gerundet 137.730 €.

Jeder Pflegestützpunkt hatte durchschnittlich 986 Informationen und Auskünfte. Die Auskunft inklusive der Recherche und Dokumentation dauerte 19 Minuten. Damit wurden ca. 35 Arbeitstage lang Informationen an die Klientinnen und Klienten weitergegeben.

Jeder Pflegestützpunkt hatte durchschnittlich 837 Beratungen, mit 1,7 Kontakten je Beratungsklientin und Beratungsklient. Jeder Beratungsfall dauerte 1,4 Stunden. Insgesamt waren es 150 Arbeitstage Beratung am Stück.

Jeder Pflegestützpunkt hatte durchschnittlich 57 Case Management Fälle, mit 8,7 Kontakten je Klientin und Klient. Jeder Fall dauerte ca. 7,6 Stunden. Ca. 54 Arbeitstage lang wurden Case Management Fälle bearbeitet.

Für die Netzwerkarbeit, die Teilnahme an Verbundtreffen ggf. deren Organisation, den Aufbau und die Pflege von Kooperationen investierte jeder Pflegestützpunkt durchschnittlich ca. 61 Arbeitstage im Jahr. Dazu gehört auch die Vernetzung innerhalb der Berliner Pflegestützpunkte auf Landesebene.

Für die Einbindung von Selbsthilfe und Ehrenamt bzw. Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten und den Aufbau und Unterstützung von Selbsthilfe im Bezirk benötigte ein Pflegestützpunkt jeweils ca. 9 Arbeitstage.

Die Recherche und Pflege der Daten, die regelmäßigen Treffen des Qualitätszirkels und die Weiterentwicklung und ständige Anpassung der Datenbank Hilfelotse Berlin sowie die Schulungen und Weiterentwicklung der Datenbank synCASE investierte ein Pflegestützpunkt ca. 36 Arbeitstage.

In der Bekanntmachung der Beratungsstelle und deren Angebote, die Durchführung von Tagen der offenen Tür, Informationsveranstaltungen und Vorträgen in anderen Einrichtungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit stecken 41 Arbeitstage.

Jeder Pflegestützpunkt hat im Jahr 2013 ca. 11 Arbeitstage lang Praktikantinnen und Praktikanten und/ oder Projekt-Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter ausgebildet.

104 Arbeitstage wurden je Pflegestützpunkt für allgemeine organisatorische Leistungen inkl. Qualitätsentwicklung wie Teambesprechungen, die Qualitätsentwicklung, die Teilnahme an Fort- und Ausbildungen, die konzeptionelle Weiterentwicklung des Pflegestützpunktes und Leitungstätigkeiten aufgewendet.

Es sind dabei erhebliche Unterschiede in der Inanspruchnahme der Pflegestützpunkte in den einzelnen Bezirken zu verzeichnen. Die Spanne der tatsächlichen Inanspruchnahme bei Information/ Auskunft reicht von 528 bis 1.471 Personen, bei Beratung von 497 bis 1.029 Personen und bei Case Management von 6 bis 106 Personen. Ursachen hierfür sind vielfältig.

Es ist zu vermuten, dass einerseits die Pflegestützpunkte aufgrund von Standortfaktoren und andererseits durch verschiedene Schwerpunktsetzungen unterschiedlich in Anspruch genommen werden. Zusätzliche Qualifikationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder aktuelle Bedarfslagen im Bezirk können die Strategieplanung des Pflegestützpunktes und somit die jeweilige Schwerpunktsetzung beeinflussen (interkulturelle Belange, Demenz, Wohnraumanpassungen usw). Bezirkliche Besonderheiten, soziale Struktur und Verankerung der Pflegestützpunkte in der Region und den Verbänden dürften darüber hinaus Auswirkungen haben.

Die Profile der Klientinnen und Klienten bestätigen den Trend aus den Vorjahren, wonach zwei Drittel der Personen weiblich sind.

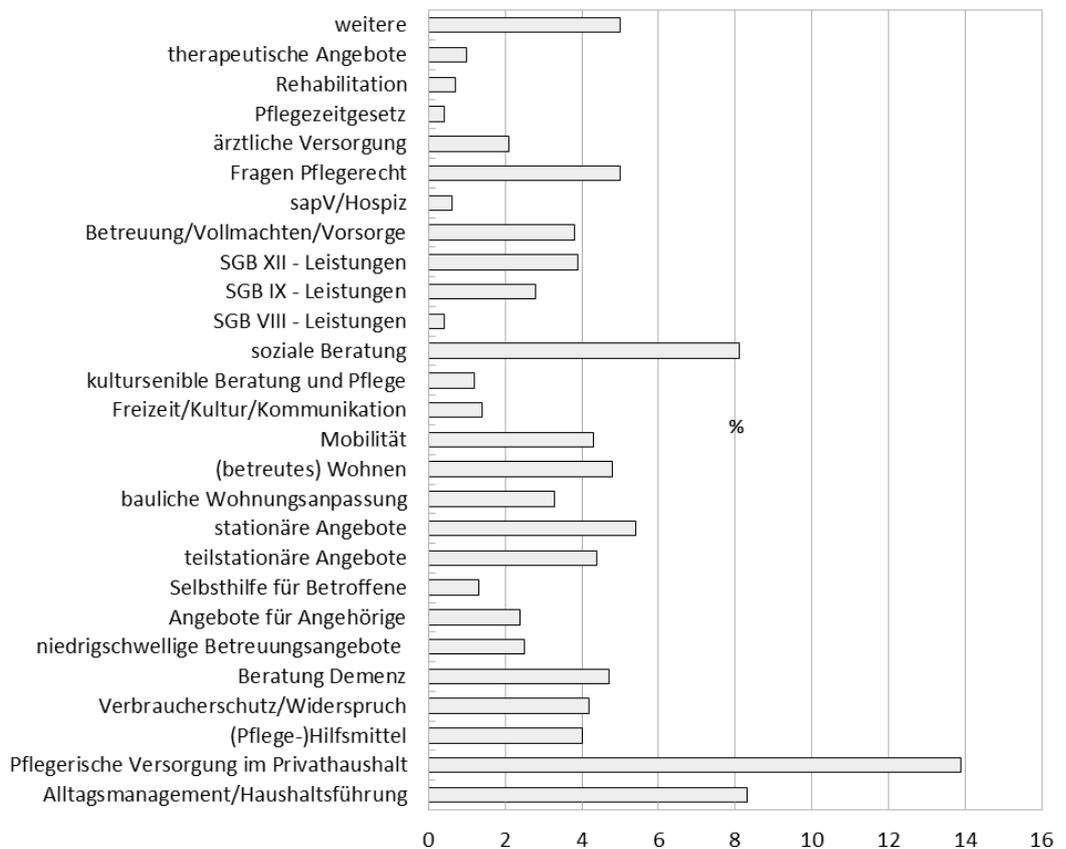
Insgesamt wird deutlich, dass der größte Teil der Klientinnen und Klienten älter als 60 Jahre ist. Der Anteil zwischen 60 und 80 Jahre (33,3%) und die im Vorjahr noch zweitgrößte Gruppe der über 80-jährigen (34,6 %) nehmen nahezu einen gleichen Anteil ein, gefolgt von den 18-60-jährigen (8,5%). Die Beratung von Eltern mit pflegebedürftigen Kindern spielt eine untergeordnete Rolle (0,8%).

Im Längsschnittvergleich ist insgesamt allerdings eine Zunahme der Hochaltrigen, d.h. der Personen, die über 80 Jahre alt sind, gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen. Dies entspricht der demografischen Entwicklung. Die hohe Inanspruchnahme in der Altersgruppe ab 60 Jahren könnte ein Hinweis darauf sein, dass nicht mehr im Schwerpunkt nur Senioreninnen und Senioren dieses Beratungsangebot in Anspruch nehmen, die pflegebedürftig und im Rentenalter sind. Menschen nehmen tendenziell früher die Angebote der Pflegestützpunkte in Anspruch.

Themenspektrum bei Information/Auskunft, Beratung und Case-Management

Die Beratungsthemen werden immer zu den Leistungen Information/Auskunft, Beratung und komplexe Beratung/Case Management erhoben. Die Beratungsthemen geben Hinweis auf die inhaltlichen Schwerpunkte in der Klientinnen- und Klientenarbeit.

Die nachfolgende Abbildung 1 beschreibt die prozentuale Verteilung der Beratungsthemen 2013



Alle 27 statistisch erfassten Themengebiete werden in unterschiedlicher Intensität nachgefragt. Mehrfachnennungen kommen häufig vor, da in der Beratung in der Regel nicht nur ein Thema besprochen wird.

Angeführt wird die Hitliste der nachgefragten Themen in allen Bezirken von Fragen nach pflegerischer Versorgung im Privathaushalt, Alltagsmanagement und Haushaltsführung, Fragen nach sozialer Beratung, stationären Angeboten sowie zum Pflegerecht.

Nimmt man alle Themen rund ums Wohnen inklusive Hilfsmittel (außer stationäre Angebote) zusammen, kommt man auf einen Anteil von 12,1%. Nimmt man die Themen Demenz und niedrigschwellige Angebote zusammen, kommt man auf einen Anteil von 7,2%.

Insgesamt ist an dieser Darstellung zu erkennen, dass die Themen rund um Pflege und Wohnen im ambulanten Bereich den Schwerpunkt der Pflegestützpunktberatung ausmachen. Hinzu kommen die Bereiche der Demenz- und soziale / psychosoziale Beratung, die wichtiger Bestandteil der klientenzentrierten Arbeit sind.

Aus diesen Ergebnissen kann abgeleitet werden, dass die Pflegestützpunkte ihrem Auftrag zur Stärkung der häuslichen Pflege mit einer umfassenden leistungserschließenden Beratung nachkommen.

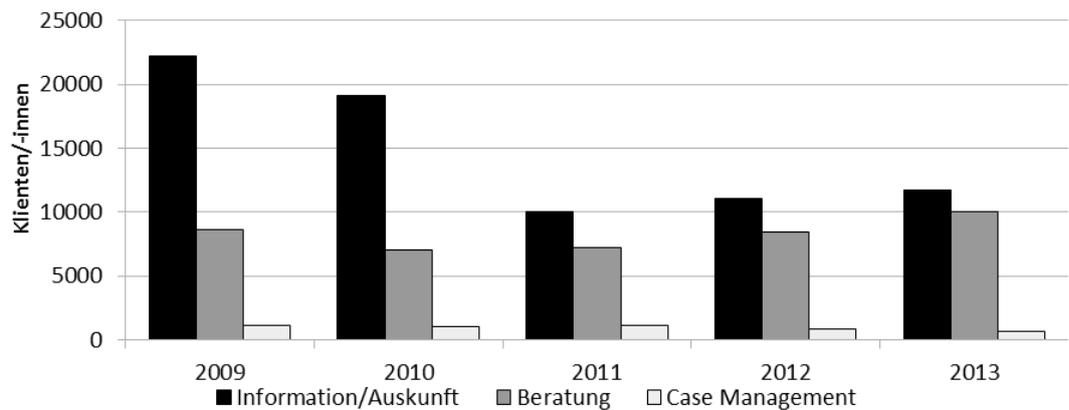
Schwerpunkte 2013 nach Aufgabenbereichen

Aus nachfolgender Grafik ist die Entwicklung der prozentualen Verteilung aller von den Pflegestützpunkten erbrachten Leistungen und deren Zusammenhang gut abzulesen. Es bleibt festzuhalten, dass nach wie vor fast die Hälfte der Arbeitszeit in die direkte Klientinnen- und Klientenarbeit fließt und etwa ein Viertel für sogenanntes „Care Management“ aufgewendet wird. „Care Management“ meint die System- und Versorgungssteuerung, die fallübergreifend und einrichtungsübergreifend bedarfsgerechte Hilfen im Sozial- und Gesundheitswesen koordiniert, organisiert und die strukturellen Voraussetzungen dafür im Gemeinwesen in der Region aufzeigt (Quelle: ÖGCC, Grundlagenpapier, www.oegcc.at). Alle Pflegestützpunkte berichten aus der Arbeitspraxis, dass ohne das Care Management, ohne das Kennen des Bezirkes, seiner Einrichtungen und Besonderheiten keine qualitative und auf die Ratsuchenden zugeschnittene Beratungs- und Fallarbeit geleistet werden kann. Diese Verankerung in den Bezirken zeichnet alle vom Land Berlin geförderten Pflegestützpunkte aus.

Abbildung 2: Prozentuale Verteilung aller Leistungen (aufgegliedert) der Jahre 2009-2013

	1	2	3	4	5	6	7
	Klienten- bezogene Leistungen	Allg. Organi- sation	Vernet- zung	Öffentlich- keitsarbeit	Daten- bank	Aus- und Fortbildung	Förderung EA
2009	51,2	17,6	10,2	8,4	7,1	3,3	2,2
2010	47,2	13,2	13	10,1	9,7	4,1	2,8
2011	39,7	28,9	11,3	7,4	6,5	3,2	3,1
2012	44,2	24,9	12	7,7	6,5	2,5	2,2
2013	47,6	20,9	12,1	8,2	7,1	2,2	1,9

Die nachfolgende Abbildung 3 beschreibt die Anzahl der Klientinnen und Klienten je Leistung der Jahre 2008 - 2013



In der Leistung Information und Auskunft gibt es über die letzten fünf Jahre einen deutlichen Rückgang im Sinne einer Halbierung, wobei es 2013 erneut eine Konsolidierung bzw. leichte Steigerung der Anzahl der Ratsuchenden gegeben hat. Der Rückgang zwischen den Jahren 2009 und 2011 weist darauf hin, dass die erweiterte Beratungsstruktur der Berliner Pflegestützpunkte, von vormals 12 Anlaufstellen im Land auf 28 Pflegestützpunkte bis 2013, eine Verteilung der Klientel zur Folge hatte. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass Ratsuchende auch weitere Informationsquellen, z.B. das Internet, für allgemeine Fragen nutzen. Auch die Umstellung des Erfassungssystems hat vermutlich Auswirkungen auf die Anzahl der Klientinnen und Klienten gehabt.

Im Vergleich der Jahre zeigt sich zudem ein kontinuierlicher leichter Rückgang der Fallzahlen im Case Management/ komplexe Beratung. Demgegenüber steht die kontinuierliche Erhöhung der Zahlen in der Beratung seit 2010 von über 3.000.

Zu berücksichtigen ist, dass seit der Entwicklung der Pflegestützpunkte 2009 in Berlin eine erhebliche Veränderung in der Beratungslandschaft stattgefunden hat. Der Anstieg der Anlaufstellen von 12 auf 28 ist ein Aspekt in dem Zusammenhang. Darüber hinaus hatten das Angebot und der Rechtsanspruch auf Pflegeberatung nach § 7a SGB XI inkl. Versorgungsmanagement durch Pflegeberaterinnen und Pflegeberater der Pflegekassen einen entsprechenden Effekt.

Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass durch die namentliche Änderung kein offen sichtbares Beratungsangebot für Senioreninnen und Senioren im Sinne einer präventiven Seniorenberatung bzw. einer Koordinierungsstelle Rund ums Alter mehr besteht. Dies schlägt sich in Zahl und Struktur der Ratsuchenden nieder. So trägt der Name Pflegestützpunkt nicht zum präventiven Aufsuchen der Beratungsstelle bei.

Die konstante bzw. steigende Klientenzahl im Leistungsmodul Beratung kann darauf hinweisen, dass die Pflegestützpunkte sich über die Jahre etabliert haben und über die Vernetzungsarbeit gut im Versorgungssystem eingebunden sind. Gleichzeitig steigt die Nachfrage entsprechend der Bevölkerungsentwicklung.

Nach wie vor ist ein Vergleich zwischen den einzelnen Pflegestützpunkten und deren Bezirken nur schwer möglich. Die Spannweite der Arbeitszeiten ergibt sich durch Personaleinstellung, Tarifstruktur und Stellenanteile, die verschieden sind. Neben der unterschiedlichen personellen Ausstattung wirken sich vor allem die verschiedenen regionalen Bedingungen auf die Leistungen aus.

In Bezirken mit einer besonderen sozialen Struktur benötigen die Ratsuchenden eine andere Form der Leistungserbringung, beispielsweise in Bezirken mit überdurchschnittlich hohem Anteil an zugewanderten Bewohnerinnen und Bewohnern. Dies kann u.a. zu längeren Beratungszeiten und häufigeren Kontakten als in anderen Bezirken führen.

Für den Leistungsbericht 2013 erfolgten die Auswertung der Zahlen und eine zusammenfassende Darstellung zum zweiten Mal durch einen Pflegestützpunkt für alle vom Land Berlin geförderten Pflegestützpunkte. Alle Pflegestützpunkte wurden in die fachliche Interpretation der Zahlen einbezogen. Dadurch ließen sich einerseits bezirkliche Besonderheiten erklären und andererseits auch Unterschiede in der Erfassung feststellen (z.B. in der Art der Zuordnung von Leistungen und der praktischen Aufgabenwahrnehmung). Durch diese direkte Rückkoppelung ist in der Erstellungsphase des Berichtes eine Qualitätsdiskussion entstanden, aus der sich qualitätsverbessernde Impulse für die Arbeit der Pflegestützpunkte an sich und die Darstellungsmöglichkeit für die kommenden Berichte ergaben.

Grundsätzlich hat sich die beratende, koordinierende und vernetzende Tätigkeit der landesseitigen Pflegestützpunkte an den bestehenden Standorten gut etabliert. Die Arbeit in 2013 wird als erfolgreich bewertet.

Jubiläum 20 Jahre Berliner Seniorentelefon am 28. November 2013

Um im Alter dem Verlust bestehender Netzwerke, dem Rückzug und der Vereinsamung entgegenzuwirken, haben Studenten der Technischen Universität Berlin vor 20 Jahren das Berliner Seniorentelefon ins Leben gerufen und eine „Hotline“ für die ältere und alternde Generation eingerichtet. Im November 2013 beging das Berliner Seniorentelefon sein 20-jähriges Bestehen. Das Projekt Berliner Seniorentelefon unter dem Dach des HVD Berlin-Brandenburg ist organisatorisch an das Beratungsangebot des Pflegestützpunktes in Neukölln angebunden, der ebenfalls vom Humanistischen Verband betrieben wird. Das umfangreiche Angebot beruht seit vielen Jahren auf einer (minimalen) Förderung, die keine Personalkosten enthält, d.h. die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verwalten sich und entwickeln das Projekt selbst. Anliegen des Berliner Seniorentelefons ist es, Menschen vorurteilsfrei zuzuhören und Informationen und Beratungsmöglichkeiten anzubieten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Seniorentelefons geben Hinweise, wo kompetente Beratung, zum Wohnen, zur Rente, zur Pflege, zur Freizeitgestaltung oder zu Rechtsfragen angeboten wird. Auf Wunsch vermitteln sie auch kostenlos Gesprächskontakte zwischen interessierten älteren Menschen. Mehr als 150 freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in den vergangenen 20 Jahren für etwa 10.000 Berliner Seniorinnen und Senioren ein telefonisches Gesprächs- und Informationsangebot zu seniorenrelevanten Themen vorgehalten. Das Team bestand 2013 aus 18 Mitarbeiterinnen und zwei Mitarbeitern vorwiegend im Seniorenalter, die ehrenamtlich arbeiten. Vier Mal wöchentlich – auch an Sonn- und Feiertagen – steht das Telefonangebot für jeweils zwei Stunden zur Verfügung, um bei Sorgen, Konflikten oder Trauer den meist kontaktarmen, immobilen und einsamen alten Berlinerinnen und Berlinern zu helfen.

Das Angebot wird von Frauen und Männern im Alter von Mitte Fünfzig bis über 90 Jahren in Anspruch genommen, dabei sind die weiblichen Anrufenden mit 80% in der Mehrheit. Durchschnittlich wurden in jeder zweistündigen Sprechzeit drei bis fünf Gespräche geführt. Die Dauer eines Gesprächs variiert von 5 Minuten bis zu einer Stunde. In 2013 wurden 264 Telefongespräche zu den Themenschwerpunkten v.a. Wohnen im Alter, Hilfe zur Pflege, Grundsicherung, Haushaltshilfe, Freizeitangebote sowie Probleme in der Familie und der Hausgemeinschaft geführt. Oft handelt es sich aber schlicht um Gesprächs- und Kontaktbedarf einsamer Menschen. Tendenziell geht der Bedarf hin zu tiefgreifenden Gesprächen und weg von der bloßen Information. Dies ist ein Angebot,

dass sich durch seine Niedrigschwelligkeit entscheidend von den professionellen Beratungs- und Informationsangeboten unterscheidet.

Zur Gewinnung von weiteren Ehrenamtlichen für das Seniorentelefon wurden in 2013 neben der regelmäßigen Aktualisierung der Web-Seite, Verteilung von Flyern und Werbung in Broschüren und Zeitungen 100 Telefonate geführt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter treffen sich zwei- bis viermal monatlich zu Teamsitzungen (Gedankenaustausch, Weiterbildung, Team bildende Maßnahmen, Aufgabenverteilung usw.), um die fachlich fundierte Begleitung des freiwilligen Engagements zu gewährleisten. Im Rahmen der internen Weiterbildung wurden Veranstaltungen zu Themen wie neue Dienste in Berlin, Trauer, Wohnen im Alter, Gesprächstechniken, spezifischen Alters-Gesundheitsfragen, Auswertungen aus der Teilnahme an zentralen Veranstaltungen in den Bezirken oder im Land u.v.m. durchgeführt. Weiterhin gab es Computerschulungen und einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besuchten Fachveranstaltungen, Seminare und Kongresse.

Die Ehrenamtlichen am Berliner Seniorentelefon decken seit zwei Jahrzehnten eine große Lücke in der sozialen Daseinsfürsorge Berlins für ältere und alternde Menschen.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Grundsätzlich hat sich die beratende, koordinierende und vernetzende Tätigkeit der landesseitigen Pflegestützpunkte an den bestehenden Standorten gut etabliert. Die Arbeit in 2013 wird als erfolgreich bewertet.

Im Jahr 2014 wird zur Verbesserung der Beratungsqualität weiterhin ein Schwerpunkt auf der interkulturellen Öffnung der Beratungsarbeit sowie der Beratung rund um das Thema Wohnen der Berliner Pflegestützpunkte liegen. Zu diesem Zweck werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Fragen der Wohnraumanpassung geschult. Im Vorfeld der Erarbeitung des Curriculums zur Durchführung der Schulungen wurden die Berliner Pflegestützpunkte befragt/ interviewt, hatten Fragebögen auszufüllen und arbeiten in Projektgruppen zur Entwicklung von Handlungsempfehlungen und Arbeitshilfen zur Wohnraumberatung mit.

Zur Verbesserung der Arbeitsabläufe werden in 2014 voraussichtlich Verfahren und Standards verabschiedet in den Feldern Kooperation in den Bezirken, die sich vor allem durch die Eröffnung von zum Teil drei Pflegestützpunkten in einem Bezirk ändert, und „Gemeinsames Beschwerdemanagement“.

Geplant sind ferner die Einrichtung einer Plattform zur Bearbeitung von gemeinsamen Dokumenten, Arbeitshilfen, Beschlüssen und die Durchführung der erforderlichen Schulungen.

1.1.4 – Beratungsstelle der Jüdischen Gemeinde für Ältere und Menschen mit Behinderungen

Finanzierung

2013: 35.892,69 Euro für ein Projekt

2012: 35.892,69 Euro für ein Projekt

2011: 35.892,69 Euro für ein Projekt

Allgemeines

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin bietet berlinweit Beratung für ältere Menschen aus der jüdischen Gemeinde an, die zu einem Teil Überlebende der Shoa und deren Angehörige sind. Zusätzlich bietet sie ihren behinderten Gemeindemitgliedern Beratungen an.

Ziele

Die älteren und behinderten Mitglieder der Jüdischen Gemeinde sollen möglichst in der eigenen Wohnung verbleiben und weitgehend ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Die Arbeit der Beratungsstelle zielt auf eine entsprechende Beratung in Fragen zum Gesundheits- und Sozialsystem und motiviert und unterstützt die Gemeindemitglieder, die Hilfen und Dienstleistungen bei Bedarf auch in Anspruch zu nehmen.

Zielgruppe

Hauptzielgruppen der Beratungsstelle der Jüdischen Gemeinde sind:

- Gemeindemitglieder über 60 Jahre (ca. 4.592 Personen in 2012 im Verhältnis zu 3.850 Personen in 2011) und ihre Angehörigen
- Überlebende der Shoa und deren Angehörige
- deutschsprachige Eingereiste vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion, Israel, Polen, Rumänien,
- Gemeindemitglieder mit Behinderungen.

Aufgaben

Zu den Aufgaben der Beratungsstelle der Jüdischen Gemeinde gehören:

- Information und Beratung,
- Fallkoordination,
- Gruppenarbeit (für Gemeindemitglieder im Seniorenalter, mit Behinderungen und Ehrenamtliche),
- Vernetzung/ Kooperation mit anderen Abteilungen/ Bereichen/ Projekten der Jüdischen Gemeinde,
- Einbeziehung von Ehrenamt.

Leistungen 2013

Die Beraterinnenstelle wurde erst im Laufe des Februars 2013 neu besetzt. Nach einer angemessenen Einarbeitungszeit konnte damit begonnen werden, die neue Konzeption schrittweise mit Leben zu erfüllen.

Für das Jahr 2013 ist mit 132 Klientinnen und Klienten in der Beratung zwar ein kleiner Rückgang zu erkennen, bei Information/ Auskunft mit 707 Personen allerdings eine deutliche Steigerung gegenüber dem Jahr 2012 (654) zu verzeichnen. Darunter waren 154 Ratsuchende, die über 50 Jahre alt waren. Der Trend hat sich bestätigt, dass eher ältere Menschen die Beratungsstelle aufsuchen. Lediglich 15 Angehörige wurden beraten, meist nehmen die Betroffenen selbst Kontakt mit der Beratungsstelle auf.

In 2013 nutzten 14 Menschen mit Behinderungen das Angebot der Beratungsstelle. Es handelt sich hierbei in erster Linie um Menschen mit einer psychischen Behinderung und deren Mütter.

Die Gruppenarbeit wird gut angenommen.

Die Einbindung von Ehrenamtlichen hat sich deutlich gesteigert. Mit 20 Ehrenamtlichen/ Freiwilligen hat es eine Steigerung von immerhin 150 % gegeben, die für die betroffenen Menschen eine deutlich engmaschigere Begleitung ermöglicht.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Nach wie vor führen die besonderen Problemlagen und Lebenserfahrungen der Überlebenden der Shoa und ihrer Angehörigen zu persönlichen Hemmschwellen bei der Nutzung von Regelangeboten außerhalb der Strukturen der Jüdischen Gemeinde. Mit zunehmendem Alter der Gemeindemitglieder verstärken sich diese Hemmschwellen noch.

Es wird festgestellt, dass zu den Klientinnen und Klienten der Beratungsstelle in erster Linie russische Juden und hier die Betroffenen selbst gehören. Shoa-Überlebende kommen zunehmend weniger. Bei den Menschen mit Behinderungen fragen meist Menschen mit psychischen Behinderungen bzw. deren Mütter das Beratungsangebot nach. Dies ist aufgrund von kultureller Prägung der Mitglieder der jüdischen Gemeinde nicht selbstverständlich, spricht für die entstandene Vertrauensbasis und stellt für die Arbeit auch weiterhin eine besondere Herausforderung dar.

In 2014 soll die Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden. Es ist ein neues Faltblatt geplant. Die Beratungsstelle wird verstärkt versuchen, immer wieder bei Angeboten, Festen etc. der Jüdischen Gemeinde präsent zu sein, um die Inanspruchnahme des Beratungsangebots zu steigern.

1.1.5 – Fachberatungsstellen Altenhilfe - Kompetenzzentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe (komzen)

Finanzierung

2013: 190.626,-- Euro für zwei Projekte

2012: 175.500,-- Euro für zwei Projekte

2011: 180.000,-- Euro für zwei Projekte

Allgemeines

Die für Soziales zuständige Senatsverwaltung fördert seit über 10 Jahren die Arbeit des Kompetenzzentrums „Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe“ zur Gestaltung altersrelevanter Herausforderungen von Zugewanderten und deren Einbindung in die Berliner Altenhilfe und Pflege. Träger der Projekte sind gemeinschaftlich der Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. und der Arbeiterwohlfahrt - Kreisverband Kreuzberg-Friedrichshain e.V..

Ziele

- Beförderung der interkulturellen Öffnung und kultursensiblen Ausrichtung in Bewusstsein, Leitlinien und Konzepten von Einrichtungen, Projekten, Ämtern und Gremien
- Stärkung der politischen Teilhabe über seniorenpolitische Gremien

Zielgruppen

- politisch und administrative Verantwortliche,
- Migrant*innenorganisationen,
- Leitungen von Pflege- und Altenhilfeeinrichtungen,
- seniorenpolitische Gremien,
- Medienvertreterinnen und -vertreter.

Aufgaben

- Sensibilisierung, Multiplizierung, Öffentlichkeitsarbeit, Information und Beratung, Vernetzung
- Erstellung von Arbeitshilfen und Konzeptionen sowie Umsetzung von Handlungsempfehlungen
- „Good Practice“-Beispiele verbreiten und Selbsthilfe strukturell befördern
- Referenzmodelle und Fachveranstaltungen durchführen bzw. sich daran beteiligen

Leistungen 2013

Insgesamt ist eine Verschiebung der Leistungsinhalte mit einer zum Teil ca. hälftigen Abnahme bei persönlichen und telefonischen Kontaktaufnahmen (473 in 2013), bei Präsentationen und bei Veranstaltungen und eine Steigerung bei den persönlichen Beratungen sowie der Informationsvermitt-

lung über das Internet und der Vernetzungsarbeit zu beobachten. Mit 45.528 Zugriffen auf die Homepage ist eine überproportionale Zunahme zu verzeichnen (Verdreifachung). Die Bereithaltung von Informationen auf der Homepage hat den Trend weg von telefonischen Kontakten hin zur persönlichen Beratung weiter verstärkt.

Trotz erheblicher Personalengpässe durch Langzeiterkrankung, Elternzeit und die Neubesetzung der stellvertretenden Leitungsstelle, die nur durch Mehrarbeit aufgefangen werden konnte, wurden die Angebote des Komzentrums im Rahmen der personellen Möglichkeiten erfolgreich fortgeführt.

Dazu zählen Teilnahmen an 76 Fachveranstaltungen (11 in Eigenregie), sowie die Begleitung von bezirklichen IKÖ-Prozessen und weitere im Folgenden angeführte Punkte:

- vernetzende Teilnahme an der AG Altern und Gesundheit (Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.), am Berliner Bündnisses für Fachkräftesicherung in der Altenpflege
- Start eines Modellprojektes mit Bildungsträgern
- Umsetzung der „Handlungsempfehlungen Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe 2011-2014“ und filmische Dokumentationen
- Fachtagung „Fortschreibung der bezirklichen Altenplanung“ des LSSB, Fachtagung „Kultursensible Pflege –(k)ein Thema in der Pflegeausbildung“ des Bildungswerk Kreuzberg, Fachdialog „Vielfalt der Lebensentwürfe im Alter“ von Wert.Arbeit GmbH
- Referenzmodell: Begleitung der Umsetzung eines kultursensiblen Pflegekonzeptes bei Vitana

Das Komzentrums hat im vergangenen Berichtszeitraum eine qualitativ hochwertige und im Land Berlin unverzichtbare Arbeit im Hinblick auf Interkulturelle Öffnung in der Altenhilfe geleistet. Nicht zuletzt ist es der vielseitigen Präsenz des Kompetenzzentrums zu verdanken, dass die Bedeutung der interkulturellen Öffnung als Querschnittsaufgabe stärker ins Bewusstsein der Verantwortlichen und der Handelnden in diesem Feld rückt und in 2014 noch stärker im Fokus der Fachöffentlichkeit stehen wird.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Für das Jahr 2014 stehen u.a. die weitere Umsetzung und Fortentwicklung der Handlungsempfehlungen zusammen mit den Berliner Bezirksämtern an, die Fortführung des Modellprojektes zur kultursensiblen Ausrichtung der Pflegeausbildung mit Bildungsträgern und die Ableitung von Maßnahmen für ältere Zugewanderte aus den Berliner seniorenpolitischen Leitlinien.

1.2.1 – Hospize

Finanzierung

2012: 61.032,-- Euro für zwei Projekte
(zuzüglich 1.730,08 Euro Einmalzahlungen für Tarifierpassungen)

2012: 60.417,-- Euro für zwei Projekte

2011: 60.417,-- Euro für zwei Projekte

Projekt „Zentrale Anlaufstelle Hospiz (ZAH)“

Allgemeines

Die Zentrale Anlaufstelle Hospiz (ZAH) in Trägerschaft der UNIONHILFSWERK Sozialeinrichtungen gemeinnützigen GmbH ist aus dem Bundesmodellprojekt „Hospizbüro“ (1997 - 2000) hervorgegangen und hat sich seitdem als ein gesamtstädtisches Spezialangebot rund um die Themen Sterben, Tod und Trauer etabliert. Für die Fachaufgaben ist in der ZAH eine erfahrene Fachkraft beschäftigt und es kommen ehrenamtliche Mitarbeiterinnen zum Einsatz, die mit hohem Engagement einzelne Aufgabenbereiche weitgehend selbstständig ausführen. 2013 waren beispielsweise neun Ehrenamtliche in der Patientenverfügungsberatung tätig.

Ziele

Ziel des Projektes ist es, als Anlauf, Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstelle zu dienen und bei Fragen im Umgang mit schwerer/ tödlich verlaufender Krankheit, zur pflegerischen, medizinischen und palliativen Versorgung zu helfen, konkrete Unterstützung beim Erstellen von Patientenverfügungen zu leisten und das passende Trauerangebot zu finden. Durch Netzwerkarbeit, Institutionenberatung und Fortbildungen nimmt die ZAH wesentlich Einfluss auf die Verbreitung und Implementierung hospizlichen Handelns in allen Berliner Versorgungsstrukturen.

Zielgruppen

Die ZAH richtet sich in erster Linie an rat- und hilfeschende Betroffene, d.h. schwerstkranke und sterbende Menschen, pflegende Angehörige und andere Bezugspersonen, aber auch an Pflegepersonal, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen und weitere Akteure der Altenhilfe und Pflege sowie an Medien und Multiplikatoren.

Aufgaben

Der Schwerpunkt der Projektarbeit ist Beratung und Vermittlung. Dabei hat sich die Patientenverfügungsberatung zu einem neuen Schwerpunkt entwickelt. Die ZAH beteiligt sich an der berlinweiten Datenbank Hilfelotse. Mediation, Vortragstätigkeit und Gremien-/ Netzwerkarbeit runden das Aufgabenspektrum ab.

Leistungen 2013

Die Beratungen zum den Themenkomplexen Sterben, Tod und Trauer nahmen ebenso wie Aufgaben im Zusammenhang mit den Patientenverfügungsberatungen jeweils 25 % der Arbeitszeit der hauptamtlich Beschäftigten ein. Gremienarbeit beanspruchte 20 %, Öffentlichkeitsarbeit 15 %, organisatorische und koordinierende Aufgaben 10 % ein.

In 2013 fand erstmals eine ganztägige Schulung der Pflegestützpunkte zur Hospiz- und Palliativversorgung sowie das 1. Berliner Hospizforum statt, in deren Vorbereitung und Durchführung die ZAH maßgeblich mit einbezogen war. Hierauf entfielen 5 % der Personalressourcen.

Insgesamt wurden 580 Einzelfallberatungen durchgeführt. Bei insgesamt sinkenden Einzelfallberatungen befand sich wie im Vorjahr wieder nahezu die Hälfte der Beratenen im Alter von 61 bis 80 Jahren (279 Personen). Die Zahl der Personen mit Einzelfallberatungen im Alter von 19 bis 60 Jahren belief sich nunmehr auf 263 und sank damit um 10 % gegenüber dem Vorjahr, bei dem hier allerdings ein Anstieg von ca. 60% zu verzeichnen gewesen war. Wieder ca. 80 % der an den Beratungen teilnehmenden Personen waren weiblich (457 Personen). Das Verhältnis der direkt Betroffenen (370) zu Angehörigen (210) verschob sich weiter in Richtung Angehörige. Nach wie vor dauert ein hoher Anteil der Beratungen (86% im Vergleich zu 90% im Vorjahr) nicht länger als eine halbe Stunde. 62% der Gespräche hatte eine Dauer von unter 10 Minuten, 24% eine Dauer von 10 bis 30 Minuten; 81 Gespräche dauerten länger.

Im Folgenden werden die am häufigsten nachgefragten und besprochenen Themen angegeben, wobei mehrere Themen in einem Gespräch angesprochen worden sein können:

- Patientenverfügung/ Vorsorgevollmacht (257)
- Schmerztherapeutische/ Palliative Versorgung (93)
- Stationäres Hospiz (87)
- Bewältigung eines Todesfalls/ Trauer/ -angebote (60)
- Palliativ-geriatrische Versorgung (59)
- Psychische/ Persönliche Krise/ Seelsorge (54)
- Allg. Infos zu Hospizarbeit/ Palliativversorgung (41)
- Ambulanter Hospizdienst (38)
- Ethische Fragestellung (34)
- Aus- Weiterbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten (28)
- Ehrenamtliche Tätigkeit (24)
- Bewältigung des eigenen Sterbens (14)
- Bestattung (1).

Im Vergleich zum Vorjahr wurden damit die schmerztherapeutische bzw. palliative Versorgung und Fragen rund um die Bewältigung eines Todesfalls und Trauer sowie insbesondere ethische Fragestellungen deutlich mehr angesprochen, während die meisten anderen Themen weniger gefragt waren.

Mit Institutionen wurden wieder um die 100 Beratungsgespräche geführt. Spitzenreiter bei den Themen blieben Auskünfte zu Trauerbegleitung und –angeboten. Stärker rückläufig war die Beratung zu Patientenverfügung/ Vorsorgevollmacht und – im Unterschied zu den Einzelfallberatungen – auch zur schmerztherapeutischen bzw. palliativen Versorgung.

Bei den Patientenverfügungsberatungen setzte sich der Trend des Anstiegs fort. Hier wurden 164 Beratungen abgeschlossen, dabei waren 85% der Personen älter als 61, wobei gegenüber dem Vorjahr die Zahl der ab 81 Jährigen von 12 auf 44 anstieg.

109 Personen waren weiblich. Gegenüber Einzelfallberatungen dauern die Patientenverfügungsberatungen nach wie vor länger und können sich über mehrere Gespräche hinziehen. Knapp 13 % der Beratungen dauerten insgesamt über sechs Stunden.

Im Jahr 2013 hielt die ZAH bei unterschiedlichen Organisationen insgesamt 16 Fachvorträge bzw. gestaltete Fachveranstaltungen für verschiedene Zielgruppen, wie Interessierte, Ehrenamtliche, Betreuer. Eine besonders zeitintensive Wissensvermittlung erfolgte bei Auszubildenden (20 bzw. 7 Stunden) und den Pflegestützpunkten (7 Stunden). Insbesondere bei den kürzeren Vorträgen ging es häufig um Patientenverfügungen, die insgesamt bei der Hälfte der Vorträge thematisiert wurden. Die Anzahl der teilnehmenden Personen schwankte zwischen 6 und 60 und lag durchschnittlich bei rund 20 Personen.

Seit vielen Jahren leitet die ZAH den Arbeitskreis Trauer Berlin. Sie arbeitete darüber hinaus in 2013 in folgenden wichtigen Netzwerken und Zusammenschlüssen mit:

- Arbeitskreis Palliative Pflege, RG Berlin der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin
- Leitung der AG Patientenverfügung des Hospiz- und PalliativVerband Berlin e.V.
- Netzwerk Palliative Geriatrie Berlin
- Und nahm insgesamt an 35 Netzwerktreffen in 2013 teil.

Als weitere ausgewählte Schwerpunkte sind die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen wie Hospizwoche, Infostände, Pflege der Webseite, die Verteilung und Bekanntmachung des Wegweisers „Wenn Ihr Arzt nicht mehr heilen kann ...“, die Anleitung von Praktikanten und die Kooperationen mit zwei Pflegestützpunkten zu nennen.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Es wird perspektivisch die Zusammenführung mit der Geschäftsstelle des Hospiz- und Palliativverbandes Berlin geprüft vor dem Hintergrund möglicher Synergieeffekte. Hierzu wurde bereits unter den Beteiligten ein Zeitplan abgestimmt.

Zu den bereits für 2015 feststehenden fachlichen Maßnahmen gehört zum Beispiel die Vorbereitung der 2. PSP-Fortbildung.

Projekt „Geschäftsstelle des Hospiz- und PalliativVerbandes Berlin e.V. (HPV Berlin)“

Allgemeines

Der HPV Berlin e.V. ist aus der 1999 gegründeten Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz (LAG Berlin) hervorgegangen. 2010 erfolgte die Umbenennung als Antwort auf die gestiegenen Anforderungen, die Mitgliederzusammensetzung sowie als Reaktion auf die Umbenennung der Bundesarbeitsgemeinschaft Hospiz in Deutscher Hospiz- und PalliativVerband, deren Mitglied der HPV Berlin ist. 2012 hatte der HPV Berlin 39 Mitglieder, davon 22 ambulante Hospizdienste, 10 stationäre Hospize, 1 stationäres Kinderhospiz, 2 Hospizdienste in Einrichtungen, 1 Palliativstation, 1 ambulanten Palliativ-Pflegedienst, 1 Dienst zur SAPV-Koordinierung und Beratung sowie die Zentrale Anlaufstelle Hospiz. Um die Verbandsarbeit zu stärken, erfolgt die Förderung einer hauptamtlich besetzten Geschäftsstelle. Das Gros der Projektkosten stellen Personalkosten für die mit 25 h / Woche beschäftigte Geschäftsstellenmitarbeiterin dar. Die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Berliner Hospizwo-

che wird zusätzlich durch Drittmittel (15.000 €) gefördert. Perspektivisch ist deren Integration in die Förderung zu prüfen.

Ziel des Projektes

Der HPV Berlin ist in erster Linie Interessenvertreter seiner Mitglieder, um die umfassenden Ziele der Hospizbewegung und Palliative Care im Land Berlin umzusetzen. In diesem Sinne betreibt der HPV Berlin Öffentlichkeitsarbeit, Gremien- und Netzwerkarbeit und beteiligt sich an der quantitativen und qualitativen Weiterentwicklung der Hospiz- und Palliativstrukturen im Land Berlin. Gegenüber den Krankenkassen nimmt er die Aufgabe einer Verhandlungsgemeinschaft bei Vertragsverhandlungen wahr. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit stellt die jährlich stattfindende Hospizwoche einen besonderen Schwerpunkt dar. Durch die Geschäftsstelle werden die Aktivitäten entsprechend unterstützt und zielen vor allem auf den reibungslosen Ablauf der allgemeinen Verwaltung des Verbandes ab.

Zielgruppen

Die Geschäftsstelle arbeitet nach Weisung des Vorstandsvorsitzenden bzw. des geschäftsführenden Vorstandes bzw. nach Absprache mit dem geschäftsführenden Vorstand auch der Beisitzer des Vorstandes. Je nach übertragener Aufgabe stellen die Zielgruppen der Arbeit der Geschäftsstelle die Zielgruppen des HPV Berlin dar. Dazu gehören die Mitgliedsorganisationen, Politik und Verwaltung, Krankenkassen, andere Träger und Verbände, Gremien und Netzwerke, die schwerstkranken und sterbenden Menschen mit den Angehörige/ Nahestehenden selbst sowie die allgemeine Öffentlichkeit.

Aufgaben

Der Schwerpunkt des vom Land Berlin geförderten Projektes besteht vorrangig in der Unterstützung der grundsätzlich ehrenamtlich betriebenen Verbandsarbeit und seiner Ziele. Die Aufgaben entsprechen der üblichen Geschäftsstellentätigkeit, wie allgemeine Verwaltung (Weitergabe von Informationen, Erstellung und Weitergabe von Protokollen, Schriftverkehr, Terminüberwachung, Aktenablage, Führung der Akten und der Statistik), Buchhaltung und Kassenführung sowie Einarbeitung und Pflege von Informationen auf den Internetseiten des HPV. Im Besonderen gehören auch die Teilnahme an den Sitzungen der AG Öffentlichkeitsarbeit und Übernahme relevanter Aufträge, insbesondere zur Organisation der jährlich stattfindenden Hospizwoche, sowie die Erfassung, Weiterleitung, Bearbeitung und Dokumentation von Beratungsanfragen sowie der Anfragen von HPV Mitgliedern/ Anwärtern zum Aufgabenspektrum.

Leistungen 2013

Die Arbeitsschwerpunkte haben sich gegenüber 2012 nicht verschoben. Nach wie vor werden 40 % der Arbeitszeit der hauptamtlich Beschäftigten für die Beratung und Unterstützung der Mitgliedsorganisationen, 36 % für organisatorische und koordinierende Aufgaben, 15 % für Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere in Verbindung mit der Hospizwoche, 6 % für Anfragenbearbeitung und 3 % für Beratung und Unterstützung von Leistungserbringern eingesetzt.

Die Daten dokumentieren die wichtige Aufgabe der Geschäftsstelle als sog. Schaltzentrale zwischen den einzelnen Zielgruppen. Insgesamt erreichten den HPV in 2013 1.227 Anfragen.

Im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung der Hospizwoche tagte die AG Öffentlichkeitsarbeit 10 Mal. Durch die Geschäftsstelleninhaberin wurden 11 Vorstandssitzungen, 4 Arbeitskreissitzungen, 2 Treffen der Website AG und 1 Mitgliederversammlung vorbereitet, begleitet und nachbereitet.

Die zentrale Koordination, Vorbereitung und Öffentlichkeitsarbeit sowie Unterstützung der Durchführung der 15. Berliner Hospizwoche führten zu einer insgesamt sehr erfolgreichen siebentätigen Gesamtveranstaltung mit berlinweit 25 Einzelveranstaltungen. Davon fanden zehn Tagesveranstaltungen und zehn „Tage der offenen Tür“ in Hospizeinrichtungen mit insgesamt 15 angegliederten Veranstaltungen, zu denen Fachvorträge, Lesungen oder Filmvorführungen mit Diskussionen gehörten, statt. Die Hospizwoche konnte wie im Vorjahr wieder insgesamt über 2.000 Gäste aus einem breiten Spektrum der Berliner Bevölkerung und darüber hinaus verbuchen.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Es wird perspektivisch die Zusammenführung mit der Zentralen Anlaufstelle Hospiz geprüft vor dem Hintergrund möglicher Synergieeffekte. Hierzu wurde bereits unter den Beteiligten ein Zeitplan abgestimmt.

Wie auch schon in den Vorjahren wird die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Berliner Hospizwoche in 2014 und 2015 einen Arbeitsschwerpunkt im Rahmen der geförderten Geschäftsstellentätigkeit darstellen.

Angebotsbereich 2 – Ehrenamt und Selbsthilfe

2.1 – Selbsthilfeprojekte

Finanzierung

2013: 109.892,60 Euro für drei Projekte

2012: 121.469,97 Euro für vier Projekte

2011: 120.830,78 Euro für vier Projekte

Allgemeines

Selbsthilfegruppen und -projekte stellen eine wichtige Ergänzung zum professionellen Versorgungssystem dar. Beide Systeme sind eng aufeinander bezogen und sind gegenseitig komplementär. Zentrale Merkmale der Selbsthilfe sind die gemeinsame Betroffenheit und das Ziel, die aktuellen Probleme selbst in die Hand zu nehmen und im Rahmen der eigenen Möglichkeiten aktiv zu werden. Die Motive für die Gründung von Selbsthilfegruppen und -organisationen waren und sind vielfältig, wie z.B. soziale Probleme oder besondere Lebenssituationen.

Ziele, Aufgaben und Zielgruppen

Der **Berliner Frauenbund 1945 e.V.** ist Träger des Projekts „Großelterndienst“, welches Wunschgroßeltern an die Kinder Alleinerziehender vermittelt und somit sowohl den alleinerziehenden Eltern und deren Kindern als auch den älteren Menschen (Wunschgroßeltern) hilft. Durch den Einsatz der Wunschgroßeltern wird den alleinerziehenden Eltern u.a. der Wiedereinstieg in den Beruf bzw. der Erhalt des Arbeitsplatzes ermöglicht – sie werden entlastet in ihrer Doppelrolle als Mutter/ Vater und in der Erwerbstätigkeit. Durch die Betreuung der Kinder der Alleinerziehenden erleben die älteren Menschen wieder das Gefühl, gebraucht zu werden und für andere Menschen eine Bedeutung zu haben mit positiven Effekten für das Selbstbewusstsein und die psychische Stabilität. Die Kinder profitieren von dem großen Erfahrungsschatz der Seniorinnen und Senioren.

Der **Berliner Frauenbund 1945 e.V.** kümmert sich in verschiedenen Selbsthilfegruppen und durch Hilfe bei Bewerbungen um arbeitslose und langzeitarbeitslose Frauen. Ziel ist der Wiedereinstieg in das Erwerbsleben. Das Angebot richtet sich an Frauen mit dem Ziel, Führungsverantwortung zu übernehmen. Hierzu bietet das Projekt Beratungen und Fortbildungen für Frauen an, um sie für Führungspositionen zu qualifizieren.

Der Träger **Berliner Arbeitslosenzentrum evangelischer Kirchenkreise e.V. (BALZ)** betreibt ein Beratungs- und Begegnungszentrum für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen. Dort erhalten arbeitslose Berlinerinnen und Berliner Unterstützung bei der Arbeitssuche und der Bewältigung ihrer Situation. Sie erhalten nicht nur Informationen zur Wahrung ihrer Rechte, sondern auch Raum für Begegnung und Austausch, um sich gegenseitig unterstützen können.

Leistungen 2013

Die Angebote des Projektes „**Großelterndienst**“ des Berliner Frauenbund 1945 e.V.“ wurden in 2013 von insgesamt 493 Personen (Wunschgroßeltern) genutzt, damit konnte das Projekt seine Nutzerzahlen aus 2012 (490 Personen) beibehalten.

Im Projekt wurden 4.504 Informationen (2012: 5.630) weitergegeben. Ratsuchende wurden 420 Mal beraten, demgegenüber stand 2012 eine Beratungsanzahl von 305. Hausbesuche fanden nicht statt. Somit zeigen auch diese Zahlen, dass das Projekt seine Leistungsdaten weiter gesteigert hat.

Öffentlichkeitsarbeit, in Form von Werbematerialerstellung, Pressearbeit, Medienarbeit, Teilnahme an Fachtagungen, Internetauftritt, ist mit 28 Aktivitäten verzeichnet und damit weiter sehr präsent (2012: 32 Aktivitäten).

Es wurden 39 (2012: 42) Veranstaltungen (Informationsveranstaltungen, Fortbildungen, kulturelle Veranstaltungen, Gesprächsgruppen und Ausflüge) angeboten, die von geschätzt 563 (2012: 669) Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht wurden. Auch hier sind die Daten nahezu konstant geblieben.

In 2013 beschäftigte das Projekt 22 (2012: 18) ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Wunschgroßeltern mit zusätzlichen administrativen Aufgaben), im Berichtszeitraum sind 8 neue Ehrenamtliche hinzugekommen.

Das Projekt **„Mehr Frauen in die öffentliche Verantwortung“** vom „Berliner Frauenbund 1945 e.V.“ wurde in 2013 von insgesamt 67 Personen genutzt, was eine leichte Steigerung der Nutzung gegenüber 2012 (64 Nutzerinnen und Nutzer) bedeutet.

Im Projekt wurden 145 (2012: 139) Informationen weitergegeben, damit konnte eine Steigerung gegenüber 2012 erzielt werden. Beratungen fanden 30 (2012: 15) mal statt. Damit wurden die Werte von 2012 verdoppelt. Hausbesuche und Begleitungen fanden nicht statt.

Öffentlichkeitsarbeit, in Form von Werbematerialerstellung, Pressearbeit, Medienarbeit, Teilnahme an Fachtagungen, Internetauftritt, ist mit 28 (2012: 36) Aktivitäten verzeichnet und damit gegenüber dem Vorjahr unverändert. Es wurden 21 (2012: 19) Veranstaltungen (Informationsveranstaltungen, Fortbildungen, kulturelle Veranstaltungen, Gesprächsgruppe und Ausflüge) angeboten die von geschätzt 310 (2012: 290) Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht wurden. Somit konnten durch die gestiegene Zahl der Veranstaltungen deutlich mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht werden. Es trafen sich 2 (2012: 1) Selbsthilfegruppen.

In 2013 beschäftigte das Projekt 6 (2012: 8) ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Angebote des Trägers **„Berliner Arbeitslosenzentrum evangelischer Kirchenkreise e.V. (BALZ)“** wurden in 2013 von insgesamt 156 Personen genutzt, was einen leichten Rückgang der Nutzung gegenüber 2012 (162 Nutzerinnen und Nutzer) bedeutet.

Im Projekt wurden 128 (2012: 100) Informationen weitergegeben, dies bedeutet gegenüber 2012 eine Steigerung. Beratungen fanden 458 (2012: 220) mal statt. Damit wurden die Werte von 2012 mehr als verdoppelt. Hausbesuche und Begleitungen fanden 16 (2012: 18) mal statt.

Öffentlichkeitsarbeit, in Form von Werbematerialerstellung, Pressearbeit, Medienarbeit, Teilnahme an Fachtagungen, Internetauftritt, ist mit 32 (2012: 18) Aktivitäten verzeichnet und damit gegenüber dem Vorjahr ebenfalls erhöht. Es wurden 3 Veranstaltungen (Informationsveranstaltungen, Fortbildungen, kulturelle Veranstaltungen, Gesprächsgruppe und Ausflüge) angeboten die von geschätzt 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht wurden. Dem gegenüber stand in 2012 eine Veranstaltung mit 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Es trafen sich 7 (2012: 8) Selbsthilfegruppen, damit wurde die Zahl der Selbsthilfegruppen im Vergleich zu 2012 leicht verringert.

In 2013 beschäftigte das Projekt ebenso wie in 2012 vier ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Der **Großelterndienst** erhielt in 2013 eine Mittelaufstockung um die personelle Ausstattung des Projektes zu verbessern, da der Bedarf stetig steigt und nicht gedeckt werden konnte. Immer mehr Alleinerziehende wenden sich an das Projekt, da die Arbeitszeiten nicht mit den Kinderbetreuungszeiten übereinstimmen. Für die gezielte Werbung neuer Wunschgroßeltern war keine freie Kapazität im Projekt vorhanden. Im Rahmen der Projektdurchführung bestätigten die Leistungsdaten den enormen Bedarf den, der Großelterndienst nicht vollständig decken konnte, da nicht genügend Wunschgroßeltern geworben werden konnten.

Das Projekt ist ein wichtiger Bestandteil im Angebotsbereich der Selbsthilfe. Von dem Projekt profitieren gleichzeitig Alleinerziehende, deren Kinder und die ehrenamtlich engagierten Großeltern. Dem Antrag auf erhöhte Förderung in 2013 konnte trotz der engen finanziellen Spielräume im Angebotsbereich teilweise gefolgt werden.

Die Projekte der Träger „**Berliner Arbeitslosenzentrum evangelischer Kirchenkreise e.V. (BALZ)**“ und „**Berliner Frauenbund 1945 e.V. (Lehrgang: Mehr Frauen in die öffentliche Verantwortung)**“ haben weiterhin einen großen Zulauf und konnten ihre Zahlen überwiegend steigern. Auch im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wurden zu den Vorjahren gleichbleibende Zahlen erreicht. Der Rückgang der Nutzerzahlen aus dem Vorjahr konnte abgewendet werden und insbesondere der Träger „Berliner Arbeitslosenzentrum evangelischer Kirchenkreise e.V. (BALZ)“ kann eine erhebliche Steigerung bei den Beratungszahlen verzeichnen.

Die Projekte leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag und sind ein wichtiger Bestandteil im Angebotsbereich der Selbsthilfe.

Die Förderung von Selbsthilfeprojekten unterliegt engen finanziellen Spielräumen. Gerade im Hinblick darauf sollte zukünftig ein stärkeres Gewicht auf die Öffentlichkeitsarbeit gelegt werden, damit die Projekte einen Zulauf bei den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern verzeichnen und damit auch weiterhin gute Leistungen erbringen können.

2.2 – Ehrenamtliche Besuchsdienste und Allgemeine ehrenamtliche Tätigkeiten

Finanzierung

2013: 226.356,99 Euro für 18 Projekte
(zuzüglich 1.559,37 Euro Einmalzahlungen für Tarifierpassungen)

2012: 234.323,32 Euro für 20 Projekte

2011: 239.552,50 Euro für 23 Projekte

Allgemeines

Ehrenamtliche Besuchsdienste haben in Berlin eine lange Tradition und stellen eine wertvolle Ergänzung zum Engagement der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheits-

und Sozialbereich dar. Zielgruppe sind in erster Linie einsame alte, kranke, und behinderte Menschen aber auch schwerstkranke Kinder. Die Besuche werden in Krankenhäusern, Altenpflegeeinrichtungen, Hospizen und zu Hause durchgeführt. Die im ISP geförderten Besuchsdienstprojekte werden im Angebotsbereich 2.2 zusammenfassend dargestellt³.

Der Bedarf für Besuchsdienste steigt, da die Zahl der alleinlebenden älteren Menschen zunimmt. Dem gegenüber sanken die Helferzahlen in den vergangenen Jahren stetig, denn die aktiven Helferinnen und Helfer werden immer älter bzw. scheiden aus, während die nächste Helferinnen und Helfer-Generation nicht in gleicher Anzahl zur Verfügung steht. Darüber hinaus steigt die Alltagsbelastung der arbeitenden Menschen, so dass ein nebenberufliches ehrenamtliches Engagement weniger möglich ist.

Da aufgrund der engen finanziellen Ressourcen die Projekte kaum einen Spielraum haben, jedoch deutlich geworden ist, dass die Gewinnung von Ehrenamtlichen zunehmend schwieriger wird, ist eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Hierfür wurde in 2013 eine Neuauflage der Broschüre „Berlin besucht“ - Freiwillige Besuchsdienste stellen sich vor - in Auftrag gegeben, deren Fertigstellung in 2014 erfolgt. Der zeitliche Zusammenhang zwischen der Broschüren-Erstellung in 2012 und der sich positiv entwickelnden statistischen Daten deutet darauf hin, dass die Nutzung der Broschüre zur Öffentlichkeitsarbeit die Gewinnung von Helferinnen und Helfern in den Besuchsdiensten positiv beeinflusst hat. Es konnten wieder mehr Menschen gewonnen werden, ein Ehrenamt auszuüben.

Ziele, Aufgaben und Zielgruppen

Die Besuchsdienste haben es sich zur Aufgabe gemacht, sozialer Isolation entgegenzuwirken. Hierfür wird der Einsatz von Menschen koordiniert, die ehrenamtlich Menschen besuchen, die von sozialer Isolation bedroht oder betroffen sind (i.d.R. alte, kranke, schwerstkranke und behinderte Menschen). So werden Menschen zusammengeführt, die in einem Ehrenamt eine (neue) Aufgabe für sich suchen und Menschen, die es nicht (mehr) eigenständig schaffen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Zielgruppen sind somit gleichsam alle Menschen, die von sozialer Isolation betroffen oder bedroht sind und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer.

Die Besuche finden in Heimen, Krankenhäusern und häuslicher Umgebung statt, darüber hinaus erfolgt auch die Begleitung der Menschen zu Terminen außerhalb der Wohnumgebung und eben auch die Unterstützung und Begleitung der Zielgruppe bei der Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Eine weitere wichtige Aufgabe der Besuchsdienste ist die Koordinierung der ehrenamtlichen Aktivitäten.

Leistungen 2013

Alle Projekte bieten Besuchsdienste an, die meisten darüber hinaus auch den Besuchsdienst flankierende Tätigkeiten (z.B. Schiebedienste/ Personentransporte, telefonische und persönliche Beratung/ Betreuung, Besuch von Bildungs- und Kulturveranstaltungen u.ä.). Sie stellen alle eine Koordinierung der ehrenamtlichen Tätigkeit sicher (ehrenamtlich oder hauptamtlich). Lediglich die Konzentration eines Besuchsdienstes auf Besuche in Krankenhäusern, Heimen oder Pflegeeinrichtungen könnte fachlich ggf. eine Differenzierung zu einem Besuchsdienst darstellen, der seine Besuche im (privaten) Wohnumfeld anbietet.

³ Dieser Förderbereich umfasst die Untergliederungen 2.2.1 Krankenhausbesuchsdienst (7 Projekte), 2.2.2 Koordinierung ehrenamtlicher Besuchsdienste (8 Projekte), 2.2.4 Besuchsdienst für Hilfebedürftige (1 Projekt) und 2.2.5 Allgemeine ehrenamtliche Tätigkeiten (2 Projekte).

Es bietet sich daher gegenüber dem Vorjahr an, nunmehr alle Besuchsdienste zusammengefasst zu betrachten.

Die Angebote der Besuchsdienste wurden von 17.983 Nutzerinnen und Nutzern (2012: 20.082) genutzt. Somit ergibt sich ein Rückgang um ca. 9%. Dieser Rückgang ist zurückzuführen auf die in 2013 geringere Anzahl von 18 Projekten gegenüber von 20 Projekten in 2012.

In den 18 Projekten waren 1.226 Freiwillige (2012 in 20 Projekten: 1.384) tätig, dies entspricht einem Rückgang im Vergleich zu den Daten von 2012.

Es wurden 17.983 Personen (2012: 19.747) besucht. Insgesamt wurden 51.202 Besuche (2012: 53.791) und 7.221 Begleitungen (2012: 8.021) durchgeführt. Hier kann generell ein Rückgang der Leistungsdaten festgestellt werden. Für die freiwilligen Helferinnen und Helfer wurden insgesamt 1.171 Leistungen (2012: 1.146) erbracht (Danke schön-Veranstaltungen, Beratungen, Qualifizierungen). Die Anzahl der Frauen bei den Freiwilligen lag bei 991 (2012: 1.011).

Fachliche Bewertung und Ausblick

Die Zahlen zeigen, dass die Projekte ihre Arbeit konstant fortgesetzt haben. Aufgrund der unterschiedlichen Anzahl der Projekte ist ein Vergleich der Zahlen von 2012 und 2013 nur bedingt aussagekräftig. Die Projekte leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zur Unterstützung/ Begleitung alleinlebender Menschen. Daher sollten die Projekte auch in den kommenden Jahren weiter gefördert werden.

Es ist aufgefallen, dass die gegenwärtige Systematik das Leistungsgeschehen der Projekte nicht optimal abbildet mit der Folge, dass die Interpretation der Daten teilweise schwierig ist. Dazu sollte die statistische Erfassung der Leistungsdaten weiterentwickelt und in den Netzwerktreffen diskutiert werden. Auch die gemeinsamen Qualitätsgrundsätze der Besuchsdienste sollten ein Thema im Rahmen der Netzwerktreffen und der Projektgruppe Ehrenamt und Selbsthilfe bilden.

Die Förderung der Besuchsdienstprojekte unterliegt engen finanziellen Spielräumen. Gerade im Hinblick darauf, muss weiterhin der Austausch und die Zusammenarbeit der Projekte untereinander gestärkt werden. Die bewährte Praxis der Netzwerktreffen sollte auch in den kommenden Jahren ein starkes Gewicht in der Projektbegleitung haben, da sie eine wichtige Unterstützung der Dienste darstellen.

Die Unterstützung der Projekte bei der Veröffentlichung der Broschüre und der damit verbundenen Werbemaßnahmen hat gute Effekte erzielt (Steigerung der Freiwilligen-Anzahl, der Besuche und Begleitung), insofern wird auch die Auflage 2014 der Broschüre „Berlin besucht“ unterstützt.

In 2014 werden zwei neue Projekte hinzukommen, sodass das Angebot der Besuchsdienste dann wieder von 20 Projekten erbracht wird.

Angebotsbereich 3 Behindertenhilfe

Im Berichtsjahr 2013 fand im Zeitraum vom 01.09. bis 31.12.2013 für sämtlichen Angebotsbereiche der Behindertenhilfe im ISP der Probetrieb für ein neu eingeführtes Statistiktool zur Datenerhebung und Auswertung statt. Das Programm wurde in Zusammenarbeit mit der Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste e. V. (QSD) unter Beteiligung der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales sowie den Trägern der Projekte entwickelt. Für den vorliegenden Jahresbericht konnten die Daten aus dem Probetrieb noch nicht verwendet werden.

3.1 – Übergreifende Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung

Finanzierung

2013: 227.164,14 Euro für 6 Projekte
(zuzüglich 313,28 Euro Einmalzahlungen für Tarifanpassungen)

2012: 266.112,38 Euro für 7 Projekte

2011: 269.322,67 Euro für 7 Projekte

Allgemeines

Die Projekte dieses Angebotsbereiches unterteilen sich in die Gruppe der sogenannten „Lotse“ – Projekte (4) sowie „Mobidat“ und einem Treffpunkt für Menschen mit Behinderung. Die genannten vier unter der Überschrift Lotse zusammengehörigen Projekte haben die gleiche Ausrichtung mit unterschiedlichen Projektträgern. Das bisherige Projekt für die gemeinsame technische Ausstattung wurde aufgelöst und mit einem Lotse Projekt zusammengeführt.

Ziele und Aufgaben

Die Vermittlung von Informationen, die Beantwortung von Fragen zur Vermittlung von Betreuungs- oder Wohnangeboten im Rahmen der Behindertenhilfe, aber auch die Herstellung von Transparenz zur Barrierefreiheit von Gebäuden und öffentlich zugänglichen Institutionen sowie von Gaststätten, Theatern etc. sind die Hauptinhalte der Angebote der Projekte.

Zielgruppen

Die Angebote richten sich vorrangig an Menschen mit Behinderung, sowie deren Angehörige und Betreuerinnen und Betreuer (**Lotse, Treffpunkt**) sowie daneben auch Berlin-Besucherinnen und -Besucher, ältere Menschen und Familien (**Mobidat**).

Leistungen 2013

Beim **Gesamtprojekt Lotse** sind die Nutzerzahlen auf hohem Niveau weiter leicht auf insgesamt 1.184 Nutzende gestiegen, wobei der Anteil junger Nutzerinnen und Nutzer bis 29 Jahren weiterhin knapp über 50% liegt. Insbesondere ist hervorzuheben dass insgesamt über 60 % mehr Menschen mit nicht-deutscher Muttersprache erreicht werden konnten, als im vergangenen Berichtsjahr. Trotzdem ist der Anteil mit knapp über 10% perspektivisch zu vergrößern. Die weitaus meisten Beratungen fanden für Menschen mit mehrfacher Behinderung (48%), gefolgt von Menschen mit ausschließlich geistigen (23%) oder körperlichen Behinderungen (20%), statt. Die Beratungsanfra-

gen stammen weiterhin zum größten Teil aus dem familiären Umfeld (35%), gefolgt von Anfragen von Einrichtungen (21%).

Die Beratungsanzahl hat mit 3.819 Beratungen um mehr als 10% im Vergleich zum Vorjahr zugenommen, wobei der deutlich größte Anteil auf telefonischen Beratungssituationen (67%) beruht.

Im Bereich der Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit zeigt sich eine ähnliche Leistungsstruktur wie im Vorjahr. Es haben jedoch Trägerkontakte sowie Koordinierungstreffen und Fallbesprechungen leicht zugenommen, wohingegen Trägerpräsentationen etwas abgenommen haben.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass das Angebot weiter intensiv nachgefragt wird und über ein hohes Maß an Präsenz und Akzeptanz in der Öffentlichkeit verfügt. Es stellt damit weiterhin ein komplementäres, unverzichtbares Angebot in der Behindertenhilfe dar. Auch der besondere Schwerpunkt der Darstellung von Problemlagen junger Menschen mit zusätzlichen psychosozialen Beeinträchtigungen wird in der Struktur der Nutzenden nachvollziehbar abgebildet.

Die allgemeine Zielstellung des Projekts **Mobidat** ist erhalten geblieben und es steht weiterhin die Schaffung, Pflege und der Ausbau einer strukturellen Grundlage zur Organisation, Vernetzung und Weiterentwicklung von Monitoring- und Beratungsinstrumenten zur Barrierefreiheit in Berlin im Vordergrund. In den vergangenen Jahren hat sich das Projekt stetig in Richtung einer fachlichen Vernetzungs- und Koordinierungsstelle von Themen, Personen, Projekten und Verbänden rund um den Bereich Barrierefreiheit entwickelt. Besondere Aufmerksamkeit kommt allerdings nach wie vor der Pflege der Informationsbasis zur Barrierefreiheit in Berlin zu, die mittels standardisierter Fragebögen systematisch erhoben wird. Daneben haben schriftliche und telefonische Nachfragen zu einem zielgerichteten Ausbau der Internetseite von Mobidat geführt. Das Projekt hat sich zunehmend als Informations- und Beratungsplattform rund um das Thema „Barrierefreiheit“ in Berlin etabliert. Im Jahr 2013 wurde daher die Möglichkeit der direkten Bewertung von Datensätzen durch die Nutzerinnen und Nutzer eingeführt. Die stetig zunehmende Bedeutung des Projekts zeigt sich deutlich an der Entwicklung der Zugriffe auf die Internetseite und den Verlinkungen im Internet, die auf Mobidat verweisen.

Herausragend waren 2013 die internationalen Kontakte und Präsentationsnachfragen, die sich durch die Verleihung des Access City Award 2013 durch die EU Kommission an die Stadt Berlin ergeben haben. So wurde das Projekt Delegationen aus Russland, Schweden und Norwegen vorgestellt, und es wird in der Begleitbroschüre der EU Kommission zum Access City Award 2013 prominent präsentiert und als Richtungsweisend für andere Städte hervorgehoben.

Das ebenfalls in diesem Bereich verortete Angebot des **Treffpunkts Zukunftssicherung** hat sich in 2013 verringert, da das Angebot für Senioren aus der Zuwendung gefallen ist, wodurch die Präsenz der fachlich qualifizierten Mitarbeitenden deutlich abgenommen hat. Das Angebot des Projektes konzentrierte sich daher auf die Bereiche der geschlechtsspezifischen Angebote und Gruppenangebote mit einzelnen thematischen Schwerpunkten und ist auch im reduzierten Umfang als erfolgreich zu bewerten.

Die Überlegungen zur Bildung eines Kompetenz- und Beratungszentrums unter Einbeziehung von Lotse, dem AWO Projekt, ASL und dem Netzwerk behinderter Frauen wurden fortgesetzt.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Der zunehmende Erwartungsdruck, dem alle Projekte aufgrund der Anforderungen der UN – Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) unterworfen sind bleibt übergreifend bestehen.

Lotse wird zur Weiterentwicklung des Projekts einen Konzeptionstag mit dem Schwerpunkt der Überprüfung und Wirksamkeit des eigenen Handels durchführen. Die Anstrengungen hinsichtlich der Schaffung einer strukturierten Kooperation mit anderen zielgruppenspezifischen Beratungsangeboten mit dem möglichen Ziel eines Beratungsnetzwerks sollen intensiviert werden. Darüber hinaus soll der Lotse Erhebungsbogen zur Wohnplatzsuche in Leichte Sprache übersetzt werden.

Mit der verbindlichen Einführung des neuen Statistiktools wird die Dokumentation auf eine personenbezogene Dokumentation im Rahmen einer datenbankgestützten Erfassung umgestellt.

Dies soll die Datenqualität steigern und umfangreichere Auswertungsmöglichkeiten ermöglichen. Seitens der QSD wird ein externer Bericht erstellt und der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales übergeben. Für die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales sind dabei insbesondere Aussagen zu Schnittstellen mit anderen Leistungsformen und Veränderungen von Bedarfslagen von Interesse.

Die technische Weiterentwicklung des Projekts **Mobidat** ist auch in den Folgezeiträumen vorgesehen. Es soll künftig z. B. eine moderierte Kommentarfunktion zu den einzelnen Datensätzen eingefügt werden. Darüber hinaus wird von weiter zunehmenden Nutzerzahlen ausgegangen, insbesondere wegen der weiteren Etablierung von Internetportalen. In das vom Bundesministerium für Forschung und Wissenschaft geförderte Verbundprojekt „WikiNavi“, sollen die Daten von Mobidat perspektivisch als sogenannte „Points of Interest“ (POI) mit den Darstellungen der Zugänglichkeit mit einfließen. Dafür wird bei der Datenerhebung künftig ein besonderes Gewicht auf die Erhebung der Barrierefreiheit von Haltestellen gelegt.

Die Planung sieht für den **Treffpunkt Zukunftssicherung** vor, dass durch den effektiven Einsatz der verminderten Zuwendung ein möglichst vielfältiges Angebot für die Zielgruppen aufrechterhalten wird.

3.2. - Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung

Finanzierung

2013: 524.157,74 Euro für 11 Projekte
(zuzüglich 4.089,94 Euro Einmalzahlungen für Tarifierpassungen)

2012: 483.646,88 Euro für 10 Projekte

2011: 489.481,74 Euro für 10 Projekte

Allgemeines

In dem Angebotsbereich sind insgesamt 11 Beratungsprojekte zusammengefasst, die zu unterschiedlichen Themen spezialisierte Beratungen für die unterschiedlichen Problemlagen der entsprechenden Zielgruppen anbieten. Die Anzahl der Projekte hat sich um eins erhöht, da das Projekt Eltern für Integration e. V. dem Angebotsbereich zugeordnet worden ist.

Auch für die Beratungsprojekte wurde der unter 3.1. angeführte Probetrieb für ein neu eingeführtes Statistiktool zur Datenerhebung und Auswertung durchgeführt.

Ziele und Aufgaben

Die Projekte sind Bestandteil der sozialen Daseinsvorsorge und zielen auf die Befriedigung eines konzeptionell spezifizierten Bedarfs zur Optimierung der sozialen Versorgung von Menschen mit Behinderungen sowie deren Angehörige. Die Projekte richten sich grundsätzlich an Menschen im gesamten Stadtgebiet und sind vor diesem Hintergrund in ihrem Wirken gesamtstädtisch.

Die Projekte, die neben entgeltfinanzierten Diensten und Einrichtungen bestehen, sind als komplementäre Angebote des Landes Berlin ein unverzichtbarer Bestandteil der Versorgungsstruktur.

Die Beratungsprojekte dienen in unterschiedlichsten Lebenslagen auch dazu, frühzeitig Kenntnisse und Kompetenzen zu erreichen, um einen Bedarf an weitergehenden ambulanten oder stationären Hilfen nicht entstehen zu lassen.

Zielgruppen

Die Angebote richten sich sowohl an die primäre Zielgruppe, d. h. an Menschen mit körperlicher und/ oder geistiger Behinderung sowie Menschen mit Sinnesbehinderung, als auch an die sekundäre Zielgruppe, insbesondere an Angehörige sowie Betreuerinnen und Betreuer. Auch Projekte selbst können hinsichtlich Umgangs mit spezifischen Zielgruppen Ziel der Beratungsleistung sein.

Leistungen 2013

Mit den **Projekten zur Förderung Gehörloser (Förderverein der Gehörlosen der neuen Bundesländer e. V., Gesellschaft zur Förderung der Gehörlosen in Berlin e.V. und dem Sozialwerk der Hörgeschädigten Berlin e. V.)** fanden mehrere Treffen mit dem Ziel einer stärkeren Kooperation und Verteilung der finanziellen Mehraufwände wegen gestiegener mietbedingter Kosten statt. Im Ergebnis bleiben die Projekte in ihrer bestehenden Struktur erhalten und es wird eine Aufstockung der Gesamtfördersumme im ISP angestrebt.

Die Zertifizierung der Beratungsstellen des **Sozialwerks der Hörgeschädigten Berlin e. V.** wurde aus finanziellen Gründen erneut zurückgestellt. Der Internetauftritt des Projektes informiert regulär und zeitnah über aktuelle Informationen zu den Themen Hörschädigung und Sozialpolitik. Abruf/ Zugriffe auf die Website wurden regional, überregional und aus dem Ausland verzeichnet. Das Seminarangebot für Ratsuchende wurde weiter ausgebaut z.B. durch die Seminarreihe "Ich bin schwerhörig".

Die **Beratungs- und Koordinierungsstelle für gehörlose und hörgeschädigte Menschen des Fördervereins der Gehörlosen der neuen Bundesländer e. V.** im Wilhelm- Mertens-Haus nahm als Anlaufstelle und Kommunikationszentrum eine bedeutsamen Platz in der Versorgungsstruktur ein und kann aufgrund der künftig aufgestockten Mittel weiterhin erhalten werden.

Die **Beschäftigungswerk GmbH** wechselte mit dem Projekt KIB im Januar 2013 den Standort. Ein Umzug von Berlin-Weißensee nach Berlin-Hohenschönhausen hatte den Vorteil, dass das KIB nun ein eigenes barrierefreies Büro zur Verfügung hat. So können Beratungen jederzeit ohne vorherige Absprache mit Kollegen angeboten werden. Eine Bekanntmachung im dortigen Umfeld ist notwendig und geplant.

Sehr erfolgreich waren die Teilnahmen der **Beratungsstelle des Sozialverbands VdK e. V.** Beratung mit einem eigenen Stand bzw. mit Standbeteiligungen an Großveranstaltungen wie der Eröffnungsveranstaltung der Seniorenwoche, der Eröffnungsveranstaltung der Woche der pflegenden Angehö-

rigen und bei weiteren Veranstaltungen/ Fachtagen. Dieser niedrigschwellige Zugang zur Beratung hat sich erneut bestens bewährt. Zugenommen haben Anfragen nach dem Persönlichen Budget und von bei privaten Kassen Versicherten.

Die erfolgreiche Arbeit der Fachstelle Migration und Behinderung beim **AWO Landesverband Berlin e.V.** wurde fortgesetzt. Die Fachstelle hat sich mit unterschiedlichen Informations- und Beratungsangeboten für Organisationen, Einrichtungen, Diensten, Selbsthilfeorganisationen, etc. an der Schnittstelle Behinderung und Migration weiter etabliert. Einladungen zu Fachvorträgen, Anfragen zur Mitgestaltung von Projekttagen, etc. weisen auf das steigende Interesse am Thema hin. Ein Bedarf an Fachkompetenz im Rahmen einer trägerübergreifenden Fachstelle zeigt sich ebenfalls anhand von Anfragen von Fach- und Führungskräften nach Fachaustausch und Beratung. Das Fach- und Vernetzungsforum "Menschen mit Behinderung und Zuwanderungsgeschichte in Berlin" wurde durch neue Mitgliedsorganisationen weiter gestärkt. Die Teilnahme an den regelmäßig stattfindenden Fachforumsterminen liegt ebenso auf einem hohen Niveau wie die Mitarbeit in Projekt- und Arbeitsgruppen zu bestimmten von den Mitgliedern gewünschten Themenfeldern. Die Arbeitsgruppe „Mütter türkischer Herkunft mit Kindern mit Behinderung – Bedarfe-Angebotsstrukturen-Möglichkeiten“ hat ihre Ergebnisse in einem Focus-Bericht zusammengefasst, der Interessierten auf der Internetseite der Fachstelle Migration und Behinderung zur Verfügung steht. Unter Dieser Link führt zum Fachforum "Menschen mit Behinderung und Zuwanderungsgeschichte in Berlin – Netzwerk für Integration und Inklusion" pflegt die Fachstelle seit September 2012 vielfältige Informationen an der Schnittstelle Migration und Behinderung ein. 1900 Mal wurde die Seite in 2013 angeklickt. Offenbar besteht ein Informationsbedarf über neue Medien, den die Fachstelle mit der Internetseite aufgreifen konnte.

Der Verein **ASL - Arbeitsgemeinschaft für selbstbestimmtes Leben schwerstbehinderter Menschen e.V.** hat begonnen, ein eigenständiges Mandat hinsichtlich Vergütungsverhandlungen zum LK 32 zu etablieren. Diese Gespräche werden in 2014 verstärkt fortgesetzt werden.

Bei dem **Netzwerk behinderter Frauen e. V.** konnte dank einer themenspezifischen Aufstockung von Personalmitteln das Thema „Sexuelle Gewalt“ verstärkt bearbeitet und spezielle Beratungen angeboten werden. Die für das Berichtsjahr geplante Erweiterung des Beratungs- und Gruppenangebots konnte ebenfalls umgesetzt werden. Die neue geplante Gruppe für etwa 20 bis 30jährige Frauen ist gestartet und plant derzeit eine Ausstellung zum Thema „Barrieren“.

Obwohl sich der Fokus der **Vereinsarbeit von Eltern für Integration e. V.** insgesamt von schulischen Fragestellungen auf das Erwachsenenleben verschoben hat, sind die Entwicklungen zur inklusiven Schule weiterhin von starker Bedeutung für viele betroffene Eltern. Darüber hinaus haben Fragestellungen zur Zukunftsplanung und Daseinsorge zugenommen. Im Jahr 2014 sollen verstärkt Angebote zum Thema der Zukunftssorge erfolgen.

Auf Grundlage der vergleichbaren strukturierten Sachberichte von 7 Projekten, lassen sich folgende Aussagen zu den Leistungen im Berichtsjahr treffen:

Die spezifischen vorrangigen Zielgruppen der Projektangebote verteilen sich relativ gleichmäßig auf die o.g. vorgesehenen unterschiedlichen Zielgruppen. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die Mehrzahl der Projekte erreicht dabei weiterhin die primäre Zielgruppe am stärksten. Insgesamt hat sich die Gesamtnutzerzahl um ca. 20% im Vergleich zum Vorjahr erhöht und damit wieder in etwa das Niveau von 2011 erreicht.

Die Altersverteilung bei den Nutzenden konzentriert sich auf die Altersgruppen 28-59 Jahre (47%) und über 60 Jahre (46%). Auffällig ist dabei, dass lediglich 5% der Nutzenden unter 28 Jahre alt ist. Dies spiegelt eine ähnliche Tendenz wie in den Vorjahren wieder.

Es ist zu bemerken, dass die Angabe von Daten zur Muttersprache von Projekten, die vorrangig telefonische Beratungen durchführen häufig nicht ermittelt werden konnten. Bei den Nutzenden, von denen Angaben zur Muttersprache erhoben werden konnten, zeigt sich, dass ca. 28 % nicht-deutsche Muttersprachler sind.

Die Leistungsauswertung ergibt eine drastische Zunahme an Informationsvermittlungen, insbesondere durch telefonische und schriftliche Antworten, die auch Internetkommunikation umfassen können. Auch bei den Beratungsleistungen ist zu erkennen, dass die Gesamtzahl der Leistungen aufgrund von vermehrten telefonischen und schriftlichen Beratungen deutlich gestiegen ist. Die Anzahl der persönlichen Beratungen hat sich dagegen nur leicht erhöht. Insgesamt ist ein deutlicher Trend in Richtung schriftlicher und telefonischer Kommunikation zu erkennen, wobei bei den Projekten für hörgeschädigte Menschen der Anteil an persönlichen Beratungen nachvollziehbar besonders hoch ist.

Darüber hinaus hat die Anzahl der Fachberatungen an die sekundäre Zielgruppe deutlich zugenommen und das Niveau von 2011 wieder überschritten.

Die Vermittlungsleistungen haben deutlich zugenommen, wobei im Vordergrund weiterhin die Vermittlung an andere Fachkräfte bzw. Fachstellen, gefolgt von Vermittlungen an Selbsthilfegruppen und ehrenamtliche Initiativen steht.

Hinsichtlich der Auswertung der Veranstaltungen und Gruppenangebote wird dargestellt, dass Einzelangebote in geringerer Anzahl jedoch mit steigender Dauer und Nutzerzahl durchgeführt wurden.

Auffällig ist darüber hinaus, dass wöchentliche Angebote deutlich stärker angeboten wurden. Dieser statistische Effekt kann jedoch auch mit einer unterschiedlichen Definition bei der Datenerhebung in Verbindung stehen. Insgesamt lassen die Daten jedoch auf eine höhere Anzahl an durchgeführten Veranstaltungen mit einer daraus folgenden höheren Teilnehmerzahl schließen.

In Bezug auf besondere Unterstützungsleistungen ist zu bemerken, dass Haus- und Krankenbesuche wieder vermehrt durchgeführt wurden und dass die Anzahl der Hilfen zur Kommunikation, insbesondere bei den Projekten für hörgeschädigte Menschen, deutlich zugenommen haben. In Bezug auf die einzelnen Projekte lassen sich individuell unterschiedliche Entwicklungen, bzw. Problemlagen zu erkennen.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Insgesamt zeigt sich, dass die Zahl der Nutzenden wie auch die angebotenen Leistungen deutlich zugenommen haben. Da der Umfang der personellen Ressourcen zeitlich nicht gestiegen ist, spiegelt dies die erhöhten Anforderungen an die Projektdurchführenden wieder. Bedingt durch allgemeine Preisentwicklungen, höhere Mieten, bzw. Mietnebenkosten und sich erhöhenden Gehaltsstrukturen, ist festzustellen, dass die Projekte im Angebotsbereich einem starken Druck zur Kostensenkung unterworfen sind. Positiv herauszustellen ist, dass dennoch das insgesamt das inhaltliche Angebot und die Zahl der Nutzenden gestiegen sind.

Auch in diesem Jahr hat dieser Angebotsbereich einen hohen fachlichen Stellenwert abbildet. Dies gilt sowohl für individuelle Beratungsangebote, die einzelnen Betroffenen eine wichtige Unterstützung bieten, als auch den Versorgungsstrukturen insgesamt, in dem öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchgeführt und konkrete fachliche Erfahrungen in unterschiedlichen Gremien eingebracht wurden.

Hervorzuheben ist, dass eine erfolgreiche Beratungsleistung zur Folge haben kann, dass ergänzende Betreuungsleistungen nicht oder nur in einem geringeren Umfang notwendig werden.

Hinsichtlich der parallelen Existenz von Beratungsstrukturen im ISP und Betreuungsleistungen auf Grundlage von Vereinbarungen gemäß § 75 SGB XII soll zukünftig einer genaueren Differenzierung unterliegen. Hierzu ist die ab 2014 verbindlich anzuwendende neue Datenerhebung mit externer Auswertung ein unverzichtbarer Bestandteil. Es wird erwartet, dass sich aus dieser Datenquelle deutliche Erkenntnisgewinne ergeben und mögliche statistische Erhebungsfehler minimiert werden.

Hinsichtlich der Weiterentwicklung der einzelnen Projekte steht im Wesentlichen der Erhalt des bisherigen Niveaus im Vordergrund. Die Projekte sind bemüht, entsprechend der jeweiligen speziellen Zielgruppen einzelne Angebote entsprechend weiter auszudifferenzieren und Schwerpunkte entsprechend der individuellen Anfragen zu setzen.

3.3.1 – Freizeitangebote für Menschen mit Behinderung

Finanzierung

2013: 457.013,43 Euro für 14 Projekte
(zuzüglich 2.590,91 Euro Einmalzahlungen für Tarifierpassungen)

2012: 455.559,01 Euro für 14 Projekte

2011: 455.559,01 Euro für 14 Projekte

Allgemeines

Die Berliner Freizeitprojekte für Menschen mit und ohne Behinderung zeichnen sich durch ihre vielfältige Angebotsstruktur aus. Die Projekte bieten täglich unterschiedliche Freizeitangebote an. Die rege Inanspruchnahme der Projekte zeigt, wie groß der Bedarf der Menschen mit Behinderung in unserer Stadt ist.

Der Zusammenarbeit aller Projekte ist es zu verdanken, dass die Freizeitangebote für Menschen mit Behinderung als qualifiziert und umfassend wahrgenommen werden. Die Freizeitprojekte übernehmen gesellschaftliche Verantwortung, indem sie niemanden ausgrenzen und Barrieren abbauen.

In 2013 fanden 6 Vernetzungstreffen in den wechselnden Räumen der Berliner Freizeitprojekte statt. Dabei wurden fachliche Themen erörtert und Probleme diskutiert, sowie gemeinsame Veranstaltungen geplant. Die Federführung dieser wichtigen Vernetzungstreffen wurde vom Beschäftigungswerk - Arbeit für Berlin GmbH übernommen. Durch die Rotation der Treffen konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Räumlichkeiten und die Arbeit anderer Freizeitprojekte kennen lernen und wichtige Anregungen für die Weiterentwicklung der eigenen Arbeit erhalten. Die partnerschaftliche Herangehensweise stärkt die Arbeit der Projekte stetig und durch die gute Netzwerkarbeit wird die Qualität der Angebote regelmäßig verbessert.

An den Vernetzungstreffen wurden fachliche Themen besprochen, Fachvorträge gehalten und die barrierefreie Anpassung der gemeinsamen Internetseite weiter vorangetrieben. An der Entwicklung der externen Dokumentation haben sich die Freizeitprojekte konstruktiv beteiligt.

Weiterhin haben die Freizeitprojekte durch ihre breite Öffentlichkeitsarbeit auf Stadtteilstesten, Märkten und Messen einen Einblick in ihre Arbeit und in die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen mit Behinderung gegeben.

Ziele und Aufgaben

In den 14 Freizeitprojekten können sich Menschen mit den verschiedensten Behinderungen treffen, aber auch Menschen ohne Behinderung sind in den Projekten willkommen. Die Schwerpunkte der Projekte liegen im sozialintegrativen Bereich, im kulturellen Bereich, bei geringfügigen Bildungsangeboten und in der Gesundheitsprävention sowie bei Angeboten im Freizeitbereich. Dabei richten die Freizeitprojekte seit der Ratifizierung der UN-Konvention in Deutschland ihren Focus in jeder Hinsicht auf Inklusion.

Zielgruppen

Insgesamt werden in vier Projekten vorrangig Menschen mit geistiger Behinderung und in neun Projekten Menschen mit geistigen, körperlichen und mehrfachen Behinderungen betreut. Dazu

gehören auch sinnesbehinderte Menschen und Menschen die zusätzlich psychisch erkrankt sind. Ein weiteres Projekt in dem Angebotsbereich ist die Selbsthilfegruppe für Stotterer.

Leistungen 2013

Die Sachberichte enthalten wie in den Vorjahren prozentuale Angaben und Durchschnittswerte. In der Vergangenheit wurde dies aus fachlicher und sachlicher Notwendigkeit von den Projekten gewünscht. Die Auswertung lässt keine eindeutigen quantitativen Aussagen zu, sondern konzentriert sich in der Regel auf die inhaltliche Einschätzung der Projekte. Daraus können Richtwerte und Tendenzen abgeleitet werden.

In Freizeitprojekten fanden die verschiedensten Veranstaltungen und Kurse statt, die von den Besucherinnen und Besuchern sehr gut genutzt wurden. Die Gesamtzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Veranstaltungen und Kursen betrug ca. 47.000 gegenüber ca. 40.000 im Vorjahr. Nach den übermittelten geschätzten Zahlen (Besucherinnen und Besucher, Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Klientinnen und Klienten) kann eingeschätzt werden, dass über die Hälfte der Nutzer zwischen 28 und 59 Jahre alt sind.

In fast allen Projekten helfen Ehrenamtliche. Im Berichtszeitraum waren insgesamt 190 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer tätig, davon 100 weibliche. Aus nichtdeutscher Herkunft wurden 8 Ehrenamtliche benannt. Im Jahr 2012 wurden die Freizeitprojekte von 194 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer unterstützt.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Die Freizeitprojekte haben im Schnitt täglich bis ca. 18.00 oder 20.00 Uhr geöffnet. An den Wochenenden finden ebenfalls Veranstaltungen statt, so dass auch hier die Gäste die Möglichkeit haben, ihren „Freizeitclub“ zu besuchen. Außerdem bieten einige Freizeitprojekte auch gemeinsame Kurzreisen an.

Aufgrund ihrer Vernetzung sind die Freizeitangebote ein einzigartiges Modell und Angebot für Berlin. Mit ihren professionellen Angeboten und ihrer Breitendarstellung in der Öffentlichkeit geben sie eine gute Übersicht in die Fähigkeiten und Fertigkeiten von Menschen mit Behinderung. Die Zusammenarbeit mit den Angeboten der Tagesstruktur in Verbindung mit den Wohneinrichtungen und auf Bezirksebene ist bei den Freizeitangeboten ebenso hervorzuheben.

Es wird angestrebt zukünftig die Angebote im Behindertenbereich den Stadtteilzentren näher zu bringen, um auch hier die Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention zu fördern.

Angebotsbereich 4 – Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe

4.1 – Wohnungslosenhilfe

Finanzierung

2013: 2.927.448,71 Euro für 13 Projekte
(zuzüglich 20.411,23 Euro Einmalzahlungen für Tarifierpassungen)

2012: 2.854.920,21 Euro für 12 Projekte

2011: 2.982.402,38 Euro für 13 Projekte

Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf der „Personenbezogenen Dokumentation 2013 Kurzfassung“ für den Angebotsbereich Wohnungslosenhilfe vom 26.08.2014, die durch die Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste e.V. erstellt und mit dem zuständigen Fachbereich der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales abgestimmt worden ist.

I. Vorbemerkung zur Auswertung (2013)

Förderprogramm/Zielgruppe

Die Angebote richten sich vorwiegend an Menschen, die auf der Straße leben, wohnungslos sind oder an Menschen, denen der Verlust des Wohnraums droht. Inhalt der langfristig geförderten Projekte sind Beratungs- und Versorgungsleistungen mit dem Ziel der Integration der Menschen in die Regelversorgung – z. B. Unterbringung, Leistungen nach dem SGB II und XII.

Die Projekte wenden sich an Menschen, die aus dem Versorgungssystem herausgefallen, die noch integriert oder die bereits wieder integriert sind. Vor diesem Hintergrund gibt es immer wieder Überschneidungen, was die Definition der Zielgruppen angeht. Ordnungsbehördlich untergebrachte Menschen können ebenso erfasst sein wie Klientinnen und Klienten im Betreuten Wohnen gemäß § 67 SGB XII. Insofern sind diese bereits teilweise in den nachstehenden Daten enthalten.

Von Projekten mit einer großen Anzahl an Versorgungsleistungen, wie der Notübernachtung in der Franklinstraße und der Bahnhofsdienste Zoo und Ostbahnhof, sind nur die Daten der Klientinnen und Klienten erfasst, die Leistungen über die reine Notversorgung hinaus erhielten.

Beim Bahnhofsdienst Weitlingstraße werden die Klientinnen und Klienten im Rahmen der medizinischen Versorgung erhoben; hier würde die Erhebung der Klientinnen und Klienten zu einer Doppelung führen.

Dokumentation

Seit dem Jahr 2004 werden die durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales geförderten Einrichtungen und Dienste der Wohnungslosenhilfe in einer personenbezogenen Dokumentation erfasst und ausgewertet. Seitdem liegen für diese Zielgruppen jährliche Dokumentationen vor, mit denen die Arbeit der Dienste differenziert analysiert wird, und detaillierte Erkenntnisse über die Zielgruppen in den Jahresvergleichen gewonnen werden.

Die teilnehmenden Einrichtungen und Dienste führen die Erhebung IT-gestützt durch. Die Auswertung erfolgt mit dem Statistikprogramm SPSS.

Da der Zugang zum Hilfesystem von jedem Angebotstyp erfolgen kann und soll, war aufgrund der Aggregation der Daten eine Doppelzählung von Klientinnen und Klienten in den zurückliegenden Jahren nicht auszuschließen. Zur Erhöhung der Datenqualität wird ab dem Berichtsjahr 2012 durch einen Abgleich von Geburtsdatum, Geschlecht, Muttersprache, Staatsangehörigkeit und Haushaltsstruktur ermittelt, bei wie vielen Klientinnen und Klienten eine Doppelzählung ausgeschlossen werden kann.

Von insgesamt 12.026 personenbezogenen Datensätzen wurden 8.808 Datensätze (73,24%) mit einem verwertbaren Geburtsdatum auf Duplikate überprüft. Unter verwertbar ist eine vollständige Angabe von Tag, Monat und Jahr zu verstehen. In den 8.808 verwertbaren Datensätzen wurden 1.318 Duplikate (14,96%) mit Blick auf die geprüften Merkmale festgestellt. Geht man vom Negativfall aus und unterstellt, dass alle identischen Datensätze tatsächliche Duplikate sind, kann für 7.490 (85,04%) von 8.808 verwertbaren Datensätzen ausgeschlossen werden, dass es sich um dieselben Klientinnen und Klienten handelt. In Bezug auf die Gesamtheit aller 12.026 Datensätze konnte somit für 7.490 Datensätze (62,28%) ausgeschlossen werden, dass es sich um Duplikate handelt; 1.318 Datensätze (10,96%) waren Duplikate und 3.218 aller Datensätze (26,76%) waren für die Duplikatsprüfung nicht verwertbar.

Hinweis: Auch wenn zwei Datensätze identisch sind, kann es sich um unterschiedliche Personen handeln. Die Duplikatsprüfung liefert demnach Informationen darüber, für wie viele Klientinnen und Klienten gleiche Merkmale erfasst wurden. Eine weitere Auswertung personenbezogener Daten wie Name, Vorname, Wohnort und Telefonnummer ist nicht Ziel dieser Auswertung und widerspricht einer anonymisiert erhobenen Dokumentation.

Projekte

Es nahmen insgesamt 11 Projekte der Wohnungslosenhilfe an der Datenerhebung/Datenauswertung teil. Nicht teilgenommen hat das Projekt „Kältehilfe-Telefon/Webauftritt“ der GEBEWO pro gGmbH, in dem keine personenbezogenen Leistungen, sondern übergeordnete gesamtstädtische Koordinationsaufgaben erbracht werden.

Der Bahnhofsdienst Weitlingstraße wird gemeinsam mit der medizinischen Versorgung erfasst.

Beratungsstellen

- Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH/
Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.: Beratungsstelle Levetzowstraße
- GEBEWO pro gGmbH: Beratungsstelle Gneisenaustraße
- Beratung + Leben GmbH: Beratungsstelle Schottstraße

Straßensozialarbeit

- GANGWAY e.V.: Straßensozialarbeit

Medizinische Versorgung

- Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. : Arztmobil
- MUT Gesellschaft für Gesundheit mbH (bis 31.08.)/
GEBEWO pro gGmbH (ab 01.09.): Stralauer Platz
- MUT Gesellschaft für Gesundheit mbH (bis 31.08.) /
HVD Humanistischer Verband
Deutschlands (ab 01.09.): Ambulanz Weitlingstraße

Bahnhofsdienste

- Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH Zoologischer Garten
- IN VIA - Kath. Mädchensozialarbeit
für das EB Berlin e.V.: Ostbahnhof
- MUT Gesellschaft für Gesundheit mbH (bis 31.08.)/
HVD Humanistischer Verband
Deutschlands (ab 01.09.): Weitlingstraße

Notübernachtungen

- GEBEWO pro gGmbH: Notübernachtung Tieckstraße
- Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH/
- Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.: Notübernachtung Franklinstraße

Besonderheiten im Berichtszeitraum

In 2013 erfolgten jeweils zum 01.09.2013 zwei Trägerwechsel in den Projekten der medizinischen Versorgung „Ambulanz Weitlingstraße“ und „Stralauer Platz“. Beide Projekte standen bis einschließlich 31.08.2013 unter Trägerschaft der MUT Gesellschaft für Gesundheit mbH. Neuer Träger des Projekts „Ambulanz Weitlingstraße“ ist der HVD Humanistischer Verband Deutschlands.

Das Projekt am Stralauer Platz wurde von der GEBEWO pro gGmbH übernommen.

II. Soziodemographische Daten

Wie bereits in den Vorjahren veranschaulicht die Auswertung der personenbezogenen Daten 2013 ebenfalls deutlich die Problemlagen und den Hilfebedarf der Menschen, die die Dienste und Einrichtungen aufsuchten. Außerdem ist ein umfassender Vergleich zu den Vorjahresdaten möglich; so können Entwicklungen schnell erkannt und problematisiert werden.

In den Projekten der Wohnungslosenhilfe haben insgesamt 12.026 Klientinnen und Klienten davon 3.343 (27,8%) Frauen, Hilfsangebote⁴ wahrgenommen. Die Gesamtzahl der erfassten Klientinnen und Klienten ist im Berichtsjahr um 1.171 (von 10.855 auf 12.026) gestiegen. Die Anzahl der in den Projekten hilfesuchenden EU-Bürgerinnen und -Bürger ist leicht von 19,1 % (2012) auf 20,8% gestiegen.

Die Klientinnen und Klienten waren durchschnittlich 39,81 Jahre alt.

90,6 % der Männer sind allein stehend ohne Kind, während es bei den Frauen lediglich 68,6% sind. Lediglich 8,2 % der Klientinnen und Klienten gingen einer Erwerbstätigkeit nach. Das sind 0,5 % weniger als im Vorjahr.

34,1 % hatten bei Kontaktbeginn kein Einkommen, 40,7% erhielten Arbeitslosengeld II und 1,4% Sozialhilfe.

Während 77,8% der Männer (2012: 74,4%) aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen waren, waren es bei den Frauen lediglich 59,4% (2012: 55,4%). Wie in den Vorjahren auch liegt der Schluss nahe, dass Frauen eher bereits im Vorfeld drohender Wohnungslosigkeit eine Beratungsstelle aufsuchen.

Die ungesicherte existenzielle Situation der unter 21-jährigen hat sich statistisch gesehen verbessert. Verfügte noch in 2012 fast jeder Zweite (48,4%) bei Kontaktbeginn über keinerlei Einkommen, waren es in 2013 nur noch 41,9%. Bei den 21 bis unter 25-jährigen ist ebenfalls ein leichter Rückgang von 39,8% in 2012 auf 37,7% in 2013 zu verzeichnen.

79,5% (2012: 79,4%) der 21 bis unter 25-jährigen und 81,5% (2012: 77,7%) der unter 21-jährigen sind aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen.

Als die wichtigsten Problemfelder werden von den Fachkräften in der Rangfolge genannt:

- Wohnsituation (86,6%)
- Materielle Absicherung (52,6%)
- Arbeit und Ausbildung (49,9%)
- Umgang mit Behörden (45,6%)
- Gesundheit (28,0%)
- Psychosoziale Stabilität (26,8%)

Einige Beispiele der Leistungen, die von den Projekten 2013 erbracht und der Ergebnisse, die erzielt wurden:

⁴ Klient*innen, die ausschließlich reine Versorgungsleistungen wie Mahlzeiten/Getränke oder einen Übernachtungsplatz erhielten, sind in dieser Zahl nicht erfasst.

Klient*innen, die im Berichtsjahr verschiedene Angebote aufgesucht haben, wurden auch in diesem jeweils statistisch erfasst.

- Es wurden mehr als 31.500 Beratungen durchgeführt
- Über 7.500-mal wurden Wohnungslose medizinisch behandelt
- Über 28.000-mal haben Obdachlose einen Schlafplatz in den beiden Notübernachtungen erhalten
- Über 730.000-mal wurden Essen und/ oder Getränke ausgegeben
- Über 59.000-mal konnten Klientinnen und Klienten die Möglichkeit zur Körperpflege/ zum Duschen nutzen
- In 298 Fällen konnte die Wohnung erhalten werden (obwohl der Räumungstermin häufig schon feststand)
- 95 Wohnungslose wurden in eine Wohnung vermittelt.

1. Gesamtzahl der Klientinnen und Klienten in der Erhebung⁵

12.026 Klientinnen und Klienten suchten die an der Dokumentation beteiligten Einrichtungen im Jahr 2013 auf.

Männer: 8.671 (72,2%)

Frauen: 3.343 (27,8%)

Die nachfolgende Tabelle stellt die Entwicklung der absoluten Klientinnen und Klienten zahlen differenziert nach Männern und Frauen im Jahresverlauf von 2011 bis 2013 dar:

Jahr	Gesamtzahl	davon Männer	davon Frauen
2013	12.026	8.671	3.343
2012	10.855	7.658	3.167
2011	12.019	8.736	3.264

Gesamtklientel in der Erhebung 1

Keine Angaben zum Geschlecht 2013 : 12 = 0,01%

2. Alter

Das durchschnittliche Alter liegt in 2013 bei 39,81 Jahren.

Durchschnittsalter Männer: 40,35 Jahre

Durchschnittsalter Frauen 38,39 Jahre

⁵ Klient*innen, die ausschließlich reine Versorgungsleistungen wie Mahlzeiten/Getränke oder einen Übernachtungsplatz erhielten, sind in dieser Zahl nicht erfasst. Das betrifft die Bahnhofsdienste und die Notübernachtung Franklinstraße.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Altersentwicklung der Gesamtklientel differenziert nach Männern und Frauen im Jahresverlauf von 2011 bis 2013 in Form von Mittelwerten und Medianen dar.

Jahr	Gesamt - Mittelwert	Gesamt - Median	Männer - Mittelwert	Frauen - Mittelwert	Männer - Median	Frauen - Median
2013	39,8	38,0	40,35	38,39	39,0	36,0
2012	39,4	38,0	40,1	37,8	39,0	36,0
2011	39,7	38,0	40,2	38,3	39,0	36,0

Altersentwicklung Gesamtklientel 1

Keine Angaben zum Alter 2013: 17 = 0,14%

3. Staatsangehörigkeit in Prozent

70,2% der Klientinnen und Klienten haben die deutsche Staatsangehörigkeit.

Männer mit deutscher Staatsangehörigkeit: 71,7%

Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit: 66,3%

Die nachfolgende Tabelle stellt die prozentualen Anteile der Gesamtklientel differenziert nach Männern und Frauen mit Blick auf ihre Zugehörigkeit zu einer Staatsangehörigkeit (Deutsch, EU sowie Sonstige) im Jahresverlauf von 2011 bis 2013 dar.

Jahr	Gesamt - Gesamt-Deutsch	Gesamt - EU	Gesamt - Sonst.	m - Deutsch	w - Deutsch	m - EU	w - EU	m - Sonst.	w - Sonst.
2013	70,2	20,8	8,8	71,7	66,3	20,0	22,8	8,1	10,8
2012	71,8	19,1	8,9	72,9	69,4	18,6	20,1	8,4	10,3
2011	70,7	21,8	7,5	71,3	68,9	21,8	21,6	6,8	9,5

Übersicht zur Staatsangehörigkeit 1

Keine Angaben Staatsangehörigkeit 2013: 37 = 0,3%

4. Muttersprache in Prozent

32,8% der Klientinnen und Klienten kommen aus Familien mit Migrationshintergrund.

Männer mit Migrationshintergrund: 31,2%

Frauen mit Migrationshintergrund: 36,9%

Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht den prozentualen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtklientel differenziert nach Männern und Frauen im Jahresverlauf von 2011 bis 2013.

Jahr	Gesamt mit Migrationshintergrund	Männer mit Migrationshintergrund	Frauen mit Migrationshintergrund
2013	32,8	31,2	36,9
2012	31,4	30,1	34,4
2011	32,5	31,8	34,3

Klientel mit Migrationshintergrund 1

Keine Angaben zur Muttersprache: 30 = 0,2%

5. Haushaltsstruktur in Prozent

84,5% der Klientinnen und Klienten sind alleinstehend ohne Kind/er.

7,9 % leben in Haushaltsgemeinschaften mit Kindern.

Männer alleinstehend: 90,6 %

Frauen alleinstehend: 68,6 %

Die nachfolgende Tabelle zeigt die prozentualen Anteile der alleinstehenden Gesamtklientel differenziert nach Männern und Frauen im Jahresverlauf von 2011 bis 2013.

Jahr	Gesamt - alleinstehend	Männer -alleinstehend	Frauen - alleinstehend
2013	84,5	90,6	68,6
2012	83,1	89,5	67,8
2011	84,6	90,6	68,6

Haushaltsstruktur in Prozent 1

Keine Angaben Haushaltsstruktur 2013: 166 = 1,4%

6. Einkommen bei Kontaktbeginn

Bei Kontaktbeginn erhalten 40,7% der Klientinnen und Klienten Arbeitslosengeld II.

34,1% kein Einkommen; 5,8% finanzieren ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit; 1,4% beziehen Sozialhilfe.

Einkommen von Männern bei Kontaktbeginn: 41,0 % ALG II, 37,8 % kein Einkommen, 4,6 % Erwerbstätigkeit, 1,2% Sozialhilfe.

Einkommen von Frauen bei Kontaktbeginn: 40,0 % ALG II, 24,4 % kein Einkommen, 8,8 % Erwerbstätigkeit, 1,8 % Sozialhilfe.

Die nachfolgende Tabelle stellt die prozentualen Anteile der Gesamtklientel differenziert nach Männern und Frauen mit Blick auf ihr Einkommen bei Kontaktbeginn (Erwerbstätigkeit, ALG II, kein Einkommen, Sozialhilfe) im Jahresverlauf von 2011 bis 2013 dar.

	Gesamt 2013	Männer 2013	Frauen 2013
Erwerbstätigkeit	5,8	4,6	8,8
ALG II	40,7	41,0	40,0
kein Einkommen	34,1	37,8	24,4
Sozialhilfe	1,4	1,2	1,8
	Gesamt 2012	Männer 2012	Frauen 2012
Erwerbstätigkeit	6,8	5,9	9,0
ALG II	41,0	41,0	40,9
kein Einkommen	35,2	39,2	25,4
Sozialhilfe	1,4	1,2	2,0
	Gesamt 2011	Männer 2011	Frauen 2011
Erwerbstätigkeit	5,4	4,7	7,3
ALG II	34,0	33,5	35,3
kein Einkommen	40,2	44,5	28,3
Sozialhilfe	1,5	1,3	2,2

Gesamtklientel Einkommen 1

Keine Angaben Einkommen 2013: 555 = 4,6%

7. Erwerbstätigkeit

8,2 % aller Klientinnen und Klienten sind erwerbstätig.

Männer, die erwerbstätig sind: 6,5%.

Frauen, die erwerbstätig sind: 12,5%.

Die nachfolgende Tabelle stellt die prozentuale Entwicklung des Anteils erwerbstätiger Klientinnen und Klienten differenziert nach Männern und Frauen im Jahresverlauf von 2011 bis 2013 dar.

Jahr	Gesamt - erwerbstätig ja	Männer -erwerbstätig ja	Frauen - erwerbstätig ja
2013	8,2	6,5	12,5
2012	8,8	7,1	13,0
2011	7,1	6,0	9,9

Anteil erwerbsfähiger Klienten 1

Keine Angaben Erwerbstätigkeit 2013: 356 = 3,0%

8. Wohnsituation in Prozent

72,7% (2012: 68,8%) der Klientinnen und Klienten sind aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen.

Männer, die aktuell wohnungslos sind: 77,8%.

Frauen, die aktuell wohnungslos sind: 59,4%.

Die nachfolgende Tabelle stellt die prozentualen Anteile der aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen Gesamtklientel differenziert nach Männern und Frauen im Jahresverlauf von 2008 bis 2013 dar.

Jahr	Gesamt - aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen	Männer - aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen	Frauen - aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen
2013	72,7	77,8	59,4
2012	68,8	74,4	55,4
2011	70,2	74,9	57,5
2010	65,8	73,1	49,2
2009	59,1	67,2	43,0
2008	55,9	64,9	36,5

Wohnsituation Gesamtklientel 1

Keine Angaben Wohnungsnotfall 2013: 94 =0,8%

9. Krankenversicherung in Prozent

27,8 % aller Klientinnen und Klienten sind nicht krankenversichert.

Männer ohne Krankenversicherung: 30,1%

Frauen ohne Krankenversicherung: 21,9%.

Die nachfolgende Tabelle stellt die prozentualen Anteile der nicht krankenversicherten Gesamtklientel differenziert nach Männern und Frauen im Jahresverlauf von 2008 bis 2013 dar.

Jahr	Gesamt nicht krankenversichert	Männer nicht krankenversichert	Frauen nicht krankenversichert
2013	27,8	30,1	21,9
2012	28,2	30,3	23,2
2011	37,9	41,1	29,4
2010	32,3	37,1	23,6
2009	32,9	37,4	22,4
2008	29,4	34,3	18,9

Klientel ohne Krankenversicherung 1

Keine Angaben Krankenversicherung 2013: 284 = 2,4%

III. Probleme in Rangfolge

Die fünf am häufigsten genannten Probleme bei Männern sind die Wohnsituation (7.473), Arbeit, Ausbildung (4.522), materielle Absicherung (4.282), Umgang mit Behörden (3.683) und Sucht (2.541).

Die fünf am häufigsten genannten Probleme bei Frauen sind die Wohnsituation (2.927), materielle Absicherung (2.030), Umgang mit Behörden (1.788), Arbeit, Ausbildung (1.466) und psychosoziale Stabilität (1.073).

In der Rangfolge der Probleme der Gesamtklientel liegt die Wohnsituation an erster Stelle (10.408), gefolgt von Problemen mit der materiellen Absicherung (6.315), mit Arbeit und Ausbildung (5.988), mit dem Umgang mit Behörden (5.474) und der Gesundheit (3.364).

IV. Darstellung der wichtigsten Leistungen und Ergebnisse

Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Übersicht personenbezogener und nicht personenbezogener Leistungen aller Projekte im Berichtsjahr 2013. Zu den personenbezogenen Leistungen zählen Beratungen, Rückmeldungen einer erfolgreichen Vermittlung an soziale Dienste, Erhalt der Wohnung, Vermittlung einer Wohnung und medizinische Behandlungen. Nicht personenbezogen erfasst werden reine Versorgungsleistungen wie Übernachtungen, die Ausgabe von Warm/ Kaltmahlzeiten bzw. Getränken, Kleiderausgaben sowie Körperpflegen/ Duschen. In dieser Übersicht werden sämtliche Leistungen der Projekte, auch die der Notübernachtungen und Bahnhofsdienste, aufgeführt.

	Gesamt	davon an Männer	davon an Frauen
Beratungen	31.577	20.364*	11.174*
Rückmeldung einer erfolgreichen Vermittlung an soziale Dienste	10.769	8.173*	2.594*
Erhalt der Wohnung	298	146	152
Vermittlung einer Wohnung	96	61	35
medizinische Behandlung	7.592	6.544*	1.002*
Übernachtungen	28.186		
Ausgabe von Warm/Kaltmahlzeiten bzw. Getränke	730.360		
Kleiderausgaben	49.619		
Körperpflege/Duschen	59.305		

Darstellung wichtigster Leistungen 1

*Die Differenz der geschlechterspezifischen Zahlen zur Gesamtsumme resultiert aus fehlenden Angaben bei Geschlecht.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Die Fortsetzung von Beratungsleistungen in hoher Quantität unterstreicht den großen Bedarf an niedrigschwelligen sozialen Diensten zur Integration in die Regelversorgung als Teil des Gesamthilfesystems der Berliner Wohnungslosenhilfe.

Die Arbeit der Projekte war weiterhin geprägt von den fachlichen Schwerpunkten der Prävention und der Vermittlung/ Integration in die Regelversorgung sowie bei der Unterstützung von Wohnungserhalt und Wohnraumsuche.

Die insgesamt angespannte Lage am Berliner Wohnungsmarkt hat jedoch deutliche Auswirkungen auf das Hilfesystem der Berliner Wohnungslosenhilfe. Die Entwicklung eines sinkenden Versorgungsgrades mit Wohnraum setzte sich fort und bestätigte den Trend der weiterhin gestiegenen Wohnungsmieten insbesondere im unteren Preissegment, das den Anforderungen der AV-Wohnen von sozialhilferechtlich angemessenen Unterkunftskosten entspricht. Die Folge ist die gestiegene Konkurrenz einer Vielzahl von Zielgruppen um Wohnraum in diesem Preissegment bei einem gleichzeitig sinkenden Angebot.

In der ambulanten medizinischen Versorgung erfolgte aufgrund der wirtschaftlichen Eckdaten von MUT GmbH ein Trägerwechsel. Das Projekt „ambulante medizinische Versorgung“ der MUT GmbH wurde auf die beiden Träger GEBEWO pro gGmbH und Humanistischer Verband Deutschland LV

Berlin e.V./ HVD übertragen. Der HVD übernahm zudem die Trägerschaft des Bahnhofsdienstes Lichtenberg. Im Umstellungsprozess war die Aufteilung der medizinischen Versorgung auf zwei Träger schwierig. Der Betrieb hat sich inzwischen konsolidiert. Die Versorgung der Zielgruppe konnte auf dem Niveau des Vorjahres sichergestellt werden.

Die Zuwanderung im Rahmen der EU-Erweiterung sowie die zunehmende Zahl an Flüchtlingen stellen eine weitere Herausforderung im Teilsegment Notübernachtung dar. Beide Zielgruppen nehmen die Einrichtungen der Berliner Wohnungslosenhilfe in Anspruch, insbesondere die bezirklichen Angebote der Kältehilfe. Die Entwicklung des EU-Binnenmarktes zeigte sich jedoch auch in den Beratungs- und Versorgungseinrichtungen des ISP. Aufgrund nicht vorhandener oder wenig entwickelter Sozialsysteme europäischer Mitgliedsstaaten fragten vermehrt EU-Zuwandererinnen und -Zuwanderer in den Einrichtungen und Diensten nach. Problematisch ist die Integration des Personenkreises vor dem Hintergrund der EU- und Bundesgerichts-Rechtsprechung. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren fortsetzt. Auch weiterhin hohe Flüchtlingszahlen werden zu erhöhtem Zulauf im niedrighschwelligem Hilfesystem der Wohnungslosenhilfe führen. Auch vorübergehende Engpässe in der Fertigstellung von Flüchtlingsunterkünften sorgen für erhöhte Nachfrage bei Notübernachtungen und in der medizinischen Versorgung.

Der erweiterte Personenkreis wohnungsloser Menschen mit Hilfebedarf führt zu einer quantitativ und qualitativ erhöhten Auslastung sowohl bei den Beratungsangeboten als auch den Notübernachtungen. Es kommt in der Folge zu zeitweiligen Verdrängungseffekten zu Lasten der klassischen Zielgruppen. Besonders deutlich wird diese Entwicklung in allen Schnittstellen der Wohnungslosenhilfe zu anderen Hilfesystemen (Familien mit Kindern, alleinstehende Frauen mit Kindern, Menschen mit Bedarf an gesundheitlicher Versorgung/ Menschen mit psychischen Problemlagen, Menschen mit Klärungsbedarf von Status- und Aufenthaltsfragen sowie Leistungsansprüchen).

Vor diesem Hintergrund sind die gesamtstädtischen Bedarfe der Berliner Wohnungslosenhilfe sogar noch gestiegen. Dieser Entwicklung ist deutlich entgegenzusteuern, um wieder ein bedarfsdeckendes Angebot vorzuhalten.

4.2 - Straffällige, Haftentlassene

Finanzierung

2013: 655.639,16 Euro für 4 Projekte
(zuzüglich 19.039,08 Euro Einmalzahlungen für Tarifierpassungen)

2012: 680.864,88 Euro für 4 Projekte

2011: 678.500,00 Euro für 4 Projekte

Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf der „Personenbezogenen Dokumentation 2013 - Kurzfassung“ für den Angebotsbereich Straffälligenhilfe vom 30.06.2014, die durch die Gesellschaft für Beratung Bildung Innovation mbH erstellt und mit dem zuständigen Fachbereich der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales abgestimmt worden ist.

Förderprogramm/ Zielgruppe

Der Berliner Senat fördert niedrigschwellige Angebote der Straffälligenhilfe seit Ende der 70er Jahre.

Dokumentation

Seit dem Jahr 2004 werden die durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales geförderten Einrichtungen und Dienste der Straffälligenhilfe in einer personenbezogenen Dokumentation erfasst und ausgewertet.

Die Dokumentation klienten- und leistungsspezifischer Daten basiert auf einem für die Straffälligen- und Haftentlassenenhilfe entwickelten Datensatz der Bundesarbeitsgemeinschaft der Straffälligenhilfe. Die drei Einrichtungen der Berliner Straffälligen- und Haftentlassenenhilfe haben ihre Dokumentationsprogramme vervollkommenet und stabilisiert.

Seitdem liegen für diese Zielgruppen jährliche Dokumentationen vor, mit denen es möglich ist, die Arbeit der Dienste differenziert zu analysieren und detaillierte Erkenntnisse über die Zielgruppen in den Jahresvergleichen zu gewinnen.

Die teilnehmenden Einrichtungen und Dienste führen die Erhebung IT-gestützt durch. Die Auswertung erfolgt mit dem Statistikprogramm SPSS.

Eine Doppelzählung von Klienten innerhalb des Angebotsbereichs Straffälligenhilfe ist nicht völlig auszuschließen, kann aber wegen der vermutlich geringen Fallzahlen im Weiteren vernachlässigt werden.

3.321 Klientinnen und Klienten wurden in 2013 hinsichtlich soziodemographischer und leistungsbezogener Kriterien erfasst. Zusammenhänge zwischen verschiedenen Datensätzen, insbesondere in Bezug auf Alter, Geschlecht, Haushaltsstruktur u. Ä. wurden berechnet („Kreuztabellen“) und im Bericht „Integriertes Sozialprogramm – ISP. Angebotsbereich: Straffälligenhilfe. Personenbezogene Dokumentation 2013“ beschrieben. In dieser Zusammenfassung werden diese auszugsweise und komprimiert vorgestellt.

Ergebnisse

Die dargestellten Ergebnisse dokumentieren eine hohe Inanspruchnahme vor allem an Beratungsangeboten im Zuge der Entlassungsvorbereitung auch in den JVA und im Rahmen der Gestaltung der Alltagsprozesse nach Haftende, einschließlich der Ermöglichung des Zugangs zum sozialen Hilfesystem in den Beratungsstellen außerhalb der JVA. Diese Inanspruchnahme bezieht sich hauptsächlich auf Existenz sichernde Maßnahmen und die Klärung aktueller Probleme. Allerdings reicht die Problemvielfalt darüber hinaus von Suchtproblemen über das Erfordernis psychischer Stabilisierung bis zu Problemen mit Angehörigen. Derartig komplexe Problemlagen behalten ihre Bedeutung auch nach der Haftentlassung bei der Eingliederung in den sozialen Alltag.

Projekte

Im Berichtsjahr 2013 befanden sich drei Freie Träger (im Vorjahr vier) mit Informations-, Beratungs- und Vermittlungsangeboten für inhaftierte und straffällige Menschen und deren Angehörige in der Förderung:

Beratungsstelle (PNR 011), Freie Hilfe Berlin e.V.

Zentrale Beratungsstelle (PNR 192) Straffälligen- u. Bewährungshilfe e.V.

Drinnen und Draußen (PNR 196), Berliner Stadtmission soziale Dienste gGmbH

Das vierte im letzten Jahr geförderte Projekt (die Beratungsstelle JVA Moabit (PNR 012), Universalstiftung H. Ziegner) wird seit 2013 im Rahmen des Justizvertrages gefördert und fällt daher nicht mehr unter die aktuelle Berichterstattung.

Zu den Kernleistungen gehören die Beratung und Information von Straffälligen und Haftentlassenen sowie deren Angehörigen sowohl in den eigenen Räumen, als auch aufsuchend im Strafvollzug. Des Weiteren werden bei Bedarf Klientinnen und Klienten an Fachdienste vermittelt.

Die vorgestellten Leistungen der drei Einrichtungen der Straffälligen- und Haftentlassenenhilfe werden seit Jahren kontinuierlich erbracht. Diese Beratungsstellen sind eine stabile und für die Klientinnen und Klienten verlässliche Säule bei der Vorbereitung auf die Haftentlassung und der Wegbereitung ins soziale Hilfesystem.

Soziodemographische Daten

Gesamtzahl der Klientinnen und Klienten

Im Jahr 2013 suchten 3.321 Hilfesuchende die drei an der Dokumentation beteiligten Einrichtungen auf.

Männer: 2.896 (87,2%)

Frauen: 425 (12,8%)

In 2013 ist der Frauenanteil um 0,4 Prozentpunkte gestiegen (12,4% in 2012).

Die folgende Tabelle weist die Anzahl der Klientinnen und Klienten insgesamt und nach Geschlecht getrennt im Vergleich zu den Vorjahren aus:

Jahr	Gesamtzahl	Männer	Frauen
2013	3.321	2.896	425
2012	3.913	3.420	487
2011	4.066	3.472	593

Gesamtklientelübersicht 1

Fehlende Werte Geschlecht 2013: 0 Fälle = 0,0%

Alter

Das durchschnittliche Alter lag in 2013 bei 37,51 Jahren. Das durchschnittliche Alter verteilt sich auf die beiden Geschlechter wie folgt:

Männer: 37,7 Jahre

Frauen: 36,26 Jahre

Die folgende Tabelle weist das Durchschnittsalter und den Altersmedian der Klientinnen und Klienten insgesamt und jeweils nach Geschlecht getrennt im Vergleich zu den Vorjahren aus:

Jahr	Gesamt Mittelwert	Gesamt Median	Männer Mittelwert	Frauen Mittelwert	Männer Median	Frauen Median
2013	37,51	35	37,7	36,26	35	35
2012	37,45	36	37,52	37,07	36	36
2011	37,55	35	37,64	37,04	35	36

Übersicht Durchschnittsalter 1

Fehlende Werte Alter 2013: 34 Fälle = 1,02%

Staatsangehörigkeit in Prozent

74,4% der Hilfesuchenden hatten die deutsche Staatsangehörigkeit. Der Anteil der Klientinnen und Klienten mit deutscher Staatsangehörigkeit beträgt nach den Geschlechtern getrennt:

Männer: 74,1% deutsche Staatsangehörigkeit

Frauen: 76,5% deutsche Staatsangehörigkeit

Der Anteil der Klienten mit deutscher Staatsangehörigkeit ist etwas zurückgegangen; insgesamt um 1,3 Prozentpunkte, bei den Männern um 1,1 und bei den Frauen um 4,2 Prozentpunkte.

Die folgende Tabelle weist die Anteile der Staatsangehörigkeit der Klientinnen und Klienten in den Kategorien „Deutsch“, „EU“ und „Sonstige“ insgesamt und jeweils nach Geschlecht getrennt im Vergleich zu den Vorjahren aus:

Jahr	Gesamt-Deutsch	Gesamt EU	Gesamt Sonstig	m Deutsch	w Deutsch	m EU	w EU	m sonst.	w sonst.
2013	74,4	5,3	19,6	74,1	76,5	4,9	8,2	20,3	14,8
2012	75,7	4,3	19,0	75,2	80,7	4,1	5,7	19,8	13,6
2011	75,6	4,2	19,5	75,1	78,0	4,0	5,4	20,0	16,6

Übersicht Staatsangehörigkeit 1

Fehlende Werte Staatsangehörigkeit 2013: 3 Fälle = 0,09%

Muttersprache in Prozent

Die Muttersprache von 69,9% der Klientinnen und Klienten ist Deutsch. Die Anteile der Klientinnen und Klienten mit Deutsch als Muttersprache verteilen sich auf die beiden Geschlechter wie folgt:

Männer: 69,8% deutsche Muttersprache

Frauen: 71,2% deutsche Muttersprache

Der Anteil der Hilfesuchenden mit deutscher Muttersprache ist 2013 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt gleich geblieben (0,1 Prozentpunkte Zuwachs). Bei den Männern hat der Anteil um 0,1 Prozentpunkte zugenommen, bei den Frauen um 5 Prozentpunkte abgenommen.

Die folgende Tabelle weist die Anteile der Klientinnen und Klienten mit Deutsch als Muttersprache insgesamt und nach Geschlecht getrennt im Vergleich zu den Vorjahren aus:

Jahr	Gesamt Deutsch	Männer Deutsch	Frauen Deutsch
2013	69,9	69,8	71,2
2012	70,5	69,7	76,2
2011	70,1	69,5	73,4

Übersicht Muttersprache 1

Fehlende Werte Muttersprache 2013: 1 Fall = 0,0%

Haushaltsstruktur in Prozent

79% der Hilfesuchenden sind alleinstehend ohne Kind(er). 13,4% leben in Hausgemeinschaft mit Kind(ern) (2012: 12,5%). Die Verteilung auf die beiden Geschlechter sieht wie folgt aus:

Männer: 81,6% alleinstehend ohne Kind

Frauen: 59,6% alleinstehend ohne Kind

Der Anteil an Haushalten ohne Kind(ern) ist im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 1,5 Prozentpunkte gesunken. Bei den Frauen ist dieser Anteil um 4,1 Prozentpunkte gestiegen, bei den Männern um 2,2 Prozentpunkte gefallen.

Die folgende Tabelle weist die Anteile der Klientinnen und Klienten mit dem Status „ohne Kind(er)“ (alleinstehend) insgesamt und nach Geschlecht getrennt im Vergleich zu den Vorjahren aus:

Jahr	Gesamt ohne Kind(er)	Männer ohne Kind(er)	Frauen ohne Kind(er)
2013	79	81,5	59,6
2012	80,5	83,8	55,5
2011	77,8	81,5	53,7

Übersicht Klientel ohne Kinder 1

Fehlende Werte Haushaltsstruktur 2013: 360 Fälle = 10,8%

Einkommen bei Kontaktbeginn in Prozent

Bei Kontaktbeginn erhalten **34,6%** der Klientinnen und Klienten ALG II. Kein Einkommen haben **9,5%**. **6,3%** finanzieren ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit. **0,9%** beziehen Sozialhilfe. Die Anteile an den genannten Kategorien verteilen sich auf die beiden Geschlechter wie folgt:

Männer

- 32,9% ALG II
- 7,9% kein Einkommen
- 6,2% Erwerbstätigkeit
- 1,0% Sozialhilfe

Frauen

- 46,4% ALG II
- 19,9% kein Einkommen
- 7,4% Erwerbstätigkeit
- 0,7% Sozialhilfe

Der Anteil der Hilfesuchenden, die kein Einkommen haben, ist wie im Vorjahr bei den Frauen deutlich höher als bei den Männern, allerdings ist dieser Anteil um 0,4 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Bei den Männern ist die Anzahl der Personen ohne Einkommen um 5,2 Prozentpunkte gesunken. Der Anteil der Frauen, welche ALGII beziehen, ist im Vergleich zum Vorjahr um 3 Prozentpunkte gesunken.

Die folgende Tabelle weist die Anteile der Klientinnen und Klienten für die vier Einkommensbezugsquellen „Erwerbstätigkeit“, „ALG II“, „keine Einkommen“ und „Sozialhilfe“ insgesamt und nach Geschlecht getrennt im Vergleich zu den Vorjahren aus:

Einkommensquelle	Gesamt 2013	Männer 2013	Frauen 2013
Erwerbstätigkeit	6,3	6,2	7,4
ALG II	34,6	32,9	46,4
kein Einkommen	9,5	7,9	19,9
Sozialhilfe	0,9	1,0	0,7
Einkommensquelle	Gesamt 2012	Männer 2012	Frauen 2012
Erwerbstätigkeit	5,7	5,3	8,7
ALG II	34,0	31,8	49,4
kein Einkommen	14,0	13,1	20,3
Sozialhilfe	1,2	1,2	1,1
Einkommensquelle	Gesamt 2011	Männer 2011	Frauen 2011
Erwerbstätigkeit	6,3	5,9	8,7
ALG II	33,5	32,0	42,3
kein Einkommen	14,6	12,7	25,7
Sozialhilfe	1,1	1,1	1,0

Übersicht Einkommensquellen 1

Fehlende Werte Einkommen 2013: 56 Fälle = 1,7%

Erwerbstätigkeit in Prozent

53,3% aller Klientinnen und Klienten sind erwerbstätig. Die Verteilung der Anteile nach Geschlechtern sieht wie folgt aus:

Männer

49,7% Erwerbstätigkeit

Frauen

77,6% Erwerbstätigkeit

Die folgende Tabelle weist die Anteile der Klientinnen und Klienten, die erwerbstätig sind, insgesamt und nach Geschlecht getrennt im Vergleich zu den Vorjahren aus:

Jahr	Gesamt erwerbstätig ja	Gesamt erwerbstätig nein	Männer erwerbstätig ja	Frauen erwerbstätig ja
2013	53,3	46,7	49,7	77,6
2012	16,5	83,5	17,5	10,1
2011	21,9	78,1	23,7	11,0

Übersicht Erwerbstätigkeit 1

Fehlende Werte Erwerbstätigkeit 2013: 1 Fall = 0,0%

Insgesamt befinden sich deutlich mehr Klientinnen und Klienten in einer Erwerbstätigkeit als im Vorjahr (Steigerung um 36,8 Prozentpunkte). Hierbei nahm vor allem bei den Klientinnen der Anteil um 67,5 Prozentpunkte zu. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang der Rückgang der fehlenden Werte auf 0,0%.

Wohnsituation in Prozent

4,1% der Hilfesuchenden sind aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen. Die Verteilung der Anteile nach Geschlecht zeigen die folgenden Werte:

Männer

3,9% wohnungslos

Frauen

5,9% wohnungslos

Der Anteil der Hilfesuchenden, die aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen waren, ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Prozentpunkte zurückgegangen. Bei den Frauen nahm dieser Anteil um 0,5 Prozentpunkte zu, bei den Männern ist er um 1,2 Prozentpunkte ab.

Die folgende Tabelle weist die Anteile der Klientinnen und Klienten, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, insgesamt und nach Geschlecht getrennt im Vergleich zu den Vorjahren aus:

Jahr	Gesamt aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen	Männer aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen	Frauen aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen
2013	4,1	3,9	5,9
2012	5,3	5,2	5,4
2011	4,3	4,1	5,5

Fehlende Werte Wohnungsnotfall 2013: 16 Fälle = 0,5%

Krankenversicherung in Prozent

3,7% der Klientinnen und Klienten sind nicht krankenversichert. Die Verteilung der Anteile nach Geschlecht zeigen die folgenden Werte:

Männer: 3,2% nicht krankenversichert
 Frauen: 7,8% nicht krankenversichert

Der Anteil der Klientinnen und Klienten ohne Krankenversicherung ist leicht gestiegen (um 0,6 Prozentpunkte). Der Anteil der Männer ohne Krankenversicherung ist im Vergleich zum Vorjahr um 1 Prozentpunkt angestiegen. Der Anteil der Frauen ohne Krankenversicherung, der in den beiden Vorjahren im Vergleich zum Anteil der Männer sehr hoch war, ist in 2013 um 1,3 Prozentpunkte gesunken. Der Unterschied zwischen den Anteilen der Geschlechter beträgt in 2013 noch 4,6 Prozentpunkte. Die folgende Tabelle weist die Anteile der Klientinnen und Klienten, die nicht krankenversichert sind, insgesamt und nach Geschlecht getrennt im Vergleich zu den Vorjahren aus:

Jahr	Gesamt nicht krankenversichert	Männer nicht krankenversichert	Frauen nicht krankenversichert
2013	3,7	3,2	7,8
2012	3,1	2,2	9,1
2011	6,4	1,8	33,3

Übersicht Krankenversicherung 1

Fehlende Werte Krankenversicherung 2013: 8 Fälle = 0,2%

Probleme in Rangfolge

Insgesamt gibt es 7.134 Nennungen zu behandelten Problemen. Die folgende Tabelle weist die sechs am häufigsten genannten Probleme nach Geschlecht getrennt aus. Auf der linken Seite wird die Rangfolge der Probleme der Männer und auf der rechten Seite daneben die Rangfolge der Probleme der Frauen wiedergegeben. Die Rangfolge ergibt sich aus der Häufigkeit der Nennungen.

	Problem	Männer	Problem	Frauen
1.	anhängiges Strafverfahren / strafrechtliche Sanktionen	1.281	anhängiges Strafverfahren / strafrechtliche Sanktionen	211
2.	Wohnsituation	781	Fremdenfeindlichkeit	177
3.	Schulden	675	Wohnsituation	158
4.	Fremdenfeindlichkeit	633	Haftsituation	89
5.	Umgang mit Behörden	563	Schulden	85
6.	Arbeit/Ausbildung	483	Umgang mit Behörden	83

Übersicht Problemrangfolge 1

Bei beiden Geschlechtern sind 5 der 6 häufigsten Problemfelder gleich, allerdings mit unterschiedlicher Rangfolge. Der Problembereich „anhängiges Strafverfahren / strafrechtliche Sanktionen“ ist bei beiden Geschlechtern das am häufigsten genannte Problem.

Auffällig ist, dass der Problembereich mit dem Rang 6 bei den Männern (Arbeit/ Ausbildung) in der Rangfolgenbildung für beide Geschlechter nicht vorkommt. Das liegt daran, dass die Werte für die Problembereiche „Arbeit/ Ausbildung“ und „Haftsituation“ bei den Männern nahe bei einander liegen (483 bzw. 456), bei den Frauen der Problembereich „Haftsituation“ im Vergleich zum Problembereich „Arbeit/Ausbildung“ aber deutlich höher ist, so dass insgesamt der Problembereich „Haftsituation“ den höheren Rang einnimmt.

Die folgende Tabelle weist die sechs am häufigsten genannten Probleme insgesamt aus.

	Problem	Gesamt
1.	anhängiges Strafverfahren / strafrechtliche Sanktionen	1.492
2.	Wohnsituation	939
3.	Fremdenfeindlichkeit	810
4.	Schulden	760
5.	Umgang mit Behörden	646
6.	Haftsituation	546

Übersicht häufige Probleme 1

Die 6 Hauptproblembereiche in 2013 sind die gleichen wie in 2012, allerdings in veränderter Reihenfolge. ‚Fremdenfeindlichkeit‘ und ‚Schulden‘ sowie ‚Umgang mit Behörden‘ und ‚Haftsituation‘ haben jeweils die Plätze getauscht. Der Anteil der Klientinnen und Klienten mit Problemen im Rahmen der Fremdenfeindlichkeit ist weiterhin hoch und ist von Rang 4 auf Rang 3 gestiegen. Fremdenfeindlichkeit scheint sich somit zu verstetigen.

Darstellung der Leistungen und Ergebnisse

Die folgende Tabelle weist die Leistungen und Ergebnisse insgesamt und nach den Geschlechtern aufgeteilt aus.

Leistungen / Ergebnisse	Gesamt	Männer	Frauen
Beratungen innerhalb der Beratungsstelle	11.028	10.174	854
Vermittlungen an Spezialdienste	304	278	26
Beratungen Angehöriger	61	36	25
Beratungen innerhalb der Strafvollzugsanstalten	2.167	1.965	202

Anzahl der Vermittlungen an Spezialdienste innerhalb der Strafvollzugsanstalten	159	159	0
Inanspruchnahme von Hilfen zur finanziellen Existenzsicherung	228	208	20
Inanspruchnahme von spezialisierten Hilfeangeboten	1.515	1.293	222
Wohnung vermittelt	295	281	14
Wohnungsverlust abgewendet	30	26	4
Arbeitsplatzverlust abgewendet	2	2	0
Vermittlung in Arbeitsverhältnisse (sozialversicherungspflichtig)	20	19	1
Vermittlung in Beschäftigung (z.B. MAE und ABM)	5	5	0
Vermittlung in Aus- und Weiterbildungsmaßnahme	21	20	0
Sonstiges	1.771	1.503	268

Darstellung der Leistungen u. Ergebnisse 1

Fachliche Bewertung und Ausblick

Die erhobenen Daten und Ergebnisse dokumentieren eine kontinuierlich hohe Inanspruchnahme vor allem an Beratungsangeboten im Zuge der Entlassungsvorbereitung in den Justizvollzugsanstalten und in den Beratungsstellen nach Haftentlassung. Sie verdeutlichen den weiterhin großen Bedarf an niedrigschwelligen sozialen Diensten zur Integration in die Regelversorgung.

Die 2012 im ISP beendete Finanzierung der Beratungsstelle für Straffällige - Universal – Stiftung Helmut Ziegner konnte nach konzeptioneller Veränderung der fachlichen Schwerpunktsetzung durch die Senatsverwaltung für Justiz fortgeführt werden.

Die Auswertung der sozio-demografischen Daten gibt Erkenntnisse über eine Vielzahl von schwierigen Lebenslagen der Zielgruppe. Besonders negativ bemerkbar macht sich auch hier der knappe Bestand an sozialhilferechtlich angemessenem Wohnraum.

Dadurch verlängern sich Haftzeiten, da sie nicht mehr vorzeitig zur Bewährung ausgesetzt werden. Dies erschwert in der Folge die Integration bzw. Resozialisierung in ein straffreies Leben. Diese Entwicklung stellte die Beratungsdienste weiterhin vor große Schwierigkeiten.

Die oben beschriebene Wohnraumproblematik wird auch in den kommenden Jahren die Beratungsarbeit zunehmend bestimmen.

4.3.3 - Übergreifende Belange der Schuldner- und Insolvenzberatung

Finanzierung

2013: 70.727,45 Euro für ein Projekt

2012: 50.672,00 Euro für ein Projekt

2011: 70.500,86 Euro für ein Projekt

Allgemeiner Überblick

Das Projekt P 198 „Übergreifende Belange von Schuldner- und Insolvenzberatung“ ist ein Einzelprojekt. Der Förderumfang (Fehlbedarfsfinanzierung) umfasst eine Personalstelle für eine/n juristische/n Mitarbeiter/in bei der Landesarbeitsgemeinschaft Schuldner- und Insolvenzberatung Berlin e.V. (LAG SIB e.V.) sowie dazugehörige Sachmittel und betrug 2013 insgesamt 70.727,45 Euro. Die gegenüber dem Vorjahr erhöhte Fördersumme ergibt sich durch wieder regulär ausgeschöpfte Personalmittel – siehe Stichpunkt Leistungen 2013.

Die Förderung des Projekts ist verbunden mit einer Zielvereinbarung, in der konkrete Angaben zu Zielgruppen, Zielsetzung und Aufgaben enthalten sind.

Ziele und Aufgaben

Die LAG SIB e.V. ist kompetenter Ansprechpartner in Bezug auf die Praxisauswirkungen der Umsetzung der Insolvenzordnung und damit verbundener Rechtsgebiete. Sie versteht sich als Interessenvertreter für die von Ver- und Überschuldung betroffenen Bürger des Landes Berlin.

Im Arbeitsfeld Schuldner- und Insolvenzberatung haben viele Rechtsfragen erheblichen Einfluss auf die tägliche Arbeit. Durch die Tätigkeit eines/ einer juristischen Mitarbeiters/ Mitarbeiterin innerhalb des Vereins werden zentrale Fragestellungen bezüglich der Insolvenzordnung und der damit in Zusammenhang stehenden Rechtsvorschriften gebündelt, fachkompetent bearbeitet und entsprechende Informationen kontinuierlich an die Fachberater/innen der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen vermittelt.

Darüber hinaus werden Aktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit der LAG SIB e.V. koordiniert, die engagierte Mitarbeit in Bundes- und Landesgremien abgesichert sowie im Rahmen der Qualitätsentwicklung der Schuldner- und Insolvenzberatung fachjuristische Begleitung und organisatorische Unterstützung geleistet.

Ziele

Ziele und Aufgaben des Projekts lassen sich in folgenden Stichpunkten zusammenfassen:

- Sicherstellung einer hohen Beratungskompetenz in den Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen,
- Weiterentwicklung der (gesetzlichen) Rahmenbedingungen von Schuldner- und Insolvenzberatung.
- Aufgaben

- kontinuierliche Infos zu Rechtsprechung und Gesetzgebung („Fachberatung für die Fachberater“),
- Koordinierung, Durchführung von bzw. Mitarbeit bei Fortbildungen, Arbeitsgruppen,
- Gestaltung bzw. Mitwirkung bei der Umsetzung von Querschnittsaufgaben (z.B. Qualitätsmanagement, Statistik),
- Erstellen von Positionspapieren, Gutachten, Analysen und Diskurse in Vorbereitung auf Gesetzesreformen bzw. zu deren Auswirkungen,
- (Mit)Ausarbeitung, Koordinierung aller LAG-Aktivitäten (z.B. fachliche Rundbriefe, Ratgeberbroschüren, Veranstaltungen, Webseite, Gremienarbeit),
- Öffentlichkeitsarbeit, Maßnahmen zur Prävention, Vernetzung mit Kooperationspartnern.

Zielgruppen

Zielgruppe des Projekts sind in erster Linie alle Mitgliedsorganisationen der LAG SIB e.V. (anerkannte Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen).

Überdies sind zu nennen: Senats- und Bezirksverwaltungen, Fachgremien auf Landes- und Bundesebene, andere Beratungsdienste / Träger, Politik, Verbände und die Öffentlichkeit.

Leistungen 2013

Ab September 2012 wurde eine Nachfolgerin auf der mit diesem Projekt geförderten Personalstelle eingestellt, so dass die o.g. Aufgaben wieder vollständig erfüllt werden konnten.

Zur aktuellen Rechtsprechung und zu Gesetzesveränderungen wurden Fachinformationen aufbereitet und an die Mitgliedsorganisationen weitergeleitet. Der Webauftritt der LAG SIB e.V. wurde überarbeitet und Presseanfragen beantwortet.

Im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sind Mailversand von Rundbriefen etc. sowie die Nutzung des internen Forums, wo Dokumente von allen Mitgliedsorganisationen online abgerufen werden können, inzwischen eine Selbstverständlichkeit.

Besondere Schwerpunkte im Jahr 2013 betrafen folgende Themen:

Gesetzesreformen

Insbesondere im ersten Halbjahr 2013 war die zum 1.1.2013 in Kraft getretene Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung Thema. Das Vollstreckungsverfahren wurde an vielen Stellen grundlegend geändert, so dass sich hieraus ein erheblicher Informations- und Beratungsbedarf bei den Mitgliedsorganisationen ergab. Insgesamt wurden hierzu drei Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt.

Im zweiten Halbjahr 2013 stand die Reform des Verbraucherinsolvenzverfahrens im Mittelpunkt, die am 1.7.2014 vollständig in Kraft trat. Auch hier war die juristische Information und Unterstützung für die Mitgliedsorganisationen sehr wichtig. Arbeitspapiere und -hilfen wurden neu erstellt.

Ein weiteres bedeutendes Thema war das zum 1.8.2013 in Kraft getretene Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung. Weil die Geltendmachung von Ansprüchen für den umfassenden Schuldenerlass bis zum Jahresende 2013 befristet war, muss-

ten die Fachberaterinnen und Fachberater der Beratungsstellen sehr kurzfristig intensiv informiert und unterstützt werden.

Weiterführung des Projektes Gütesiegel für soziale Schuldnerberatung in Berlin

Konzeption und Vorbereitungen für ein Qualitätssiegel standen weiterhin auf der Tagesordnung. Das fertig gestellte Musterqualitätshandbuch der LAG SIB wurde den Mitgliedern von der Juristin in einem Workshop vorgestellt und auf der anschließenden Mitgliederversammlung im März verabschiedet. Im Frühjahr wurde eine weitere Gruppe von Qualitätsmittlern ausgebildet und im Herbst fand die erste der jährlich zu absolvierenden Auffrischungsschulungen für die Qualitätsmittler statt.

Ende 2013 konnte das „Qualitätssiegel soziale Schuldnerberatung“ an die erste der teilnehmenden Beratungsstellen vergeben werden.

Zum Entwurf eines Teilberichts der wissenschaftlichen Begleitung dieses Projekts erfolgte eine umfangreiche Stellungnahme. Des Weiteren verfasste die juristische Mitarbeiterin einen Artikel über das Siegel und dessen Hintergrund, der in der Zeitschrift BAG SB-Info Heft 11/12 2013 veröffentlicht wurde.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Die Arbeit der LAG SIB e.V. hat einen hohen Stellenwert im Zusammenhang mit fachlicher Professionalität rund um das Thema Schuldner- und Insolvenzberatung – auch bundesweit. Durch den anhaltend hohen Bedarf an Schuldner- und Insolvenzberatung, der mit den vorhandenen Kapazitäten nur zum Teil abgedeckt werden kann, sind die Ressourcen der Fachberaterinnen und Fachberater in den SIB-Stellen nahezu ausgeschöpft. Die Arbeit der juristischen Mitarbeiterin innerhalb des Vereins ist deshalb für alle Beraterinnen und Berater der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen unverzichtbar für deren fachliche Unterstützung und notwendige Qualifizierung.

Außerdem ist auch die sehr gute und beiderseitig nutzbringende Zusammenarbeit mit der Senatsfachverwaltung hervorzuheben. Es besteht enger Kontakt sowohl durch regelmäßige Gespräche mit dem Vorstand der LAG SIB e.V. als auch in kontinuierlichen Arbeitsgruppen oder themenbezogen darüber hinaus. Insbesondere für die Bewertung und Auswirkungseinschätzung von Gesetzesvorhaben ist die Rückkopplung zwischen Landesverwaltung und LAG SIB e.V. sehr wichtig, um fundierte und praxisrelevante Stellungnahmen in den Gesetzgebungsprozess einfließen lassen zu können.

Zum Thema Qualitätsentwicklung in der Schuldner- und Insolvenzberatung arbeitet die LAG SIB e.V. kontinuierlich weiter und leistet vorbildliches.

Die Fortführung des Projekts wird aus allen o.g. Gründen uneingeschränkt befürwortet.

Angebotsbereich 5 - Migrantensozialdienste

Finanzierung

2013: 649.675,92 € für vier Projekte
(zuzüglich 4.105,82 Euro Einmalzahlungen für Tarifierpassungen)

2012: 643.496,- € für vier Projekte

2011: 651.300,- € für vier Projekte

Allgemeines

Migrantensozialdienste (MSD) sind Angebote der Migrationssozialarbeit, hervorgegangen aus dem von Bund und Ländern langjährig gemeinsam finanzierten Programm „Sozialberatung für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen - Ausländersozialberatung“ (ausgelaufen mit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes zum 1.1.2005). Dabei handelt es sich um 4 Projekte an insgesamt 9 Standorten. Die Standorte liegen in Kreuzberg, Mitte (Wedding), Schöneberg, Lichtenberg, Neukölln und Tempelhof (Marienfelde).

Die Migrantensozialdienste (Projekte P 300 bis 303) werden im Rahmen des ISP seit 2011 als gesamtstädtische Projekte der sozialen Versorgung gefördert, so dass die Kontinuität der Arbeit auf der Grundlage der vereinbarten Konzeption und Leistungsbeschreibungen für diesen Angebotstyp auch im Jahr 2013 gewährleistet werden konnte.

Im Berichtszeitraum 2013 wurden eine Projektgruppensitzung sowie verschiedene Arbeitsgespräche zu den MSD durchgeführt. Besprochen wurden allgemeine Themen zum Bewilligungsverfahren sowie fachliche Themen aus der aktuellen Projektarbeit. Es wurden Abstimmungen zur Arbeitsplanung und zum Standardisierten Berichtswesen vorgenommen.

Ziele und Aufgaben

Migrationssozialarbeit hat die Aufgabe, Migrantinnen und Migranten in Krisen und schwierigen Lebenssituationen zu begleiten und Unterstützungsangebote zu organisieren. Gemäß der zugrundeliegenden Rahmenkonzeption handelt es sich bei den MSD um spezialisierte fachliche Dienste der regulären sozialen Versorgung in der Einwanderungsgesellschaft.

Die MSD haben das Ziel, die individuellen Ressourcen und Kompetenzen von Menschen mit Migrationshintergrund im Umgang mit Integrationsanforderungen zu stärken, ihre Teilhabe an allen gesellschaftlichen Hilfesystemen zu verbessern sowie zur Entwicklung interkultureller Kompetenz in Einrichtungen sozialer und gesundheitlicher Versorgung beizutragen.

Die 5 Module der Konzeption bilden die Aufgaben- und Leistungsbestandteile:

- Bedarfsorientierte Einzelfallberatung und -begleitung von Menschen mit Migrationshintergrund, primär in Clearingfunktion
- Anregung und Unterstützung interkultureller Öffnungsprozesse von Diensten und Einrichtungen sowie der Netzwerkpartner, primär in den vorherrschenden Arbeitsfeldern, beispielsweise durch fallbezogene Co-Beratung
- Niedrigschwellige Elternarbeit

- Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement sowie
- Netzwerk-, Gremien- und Sozialraumarbeit

Zielgruppen

Zielgruppen sind bereits länger in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund einschließlich der Flüchtlinge und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler ab dem 27. Lebensjahr mit Beratungs- und Förderbedarf, Jugendliche mit Migrationshintergrund, soweit nicht jugendspezifische Probleme im Vordergrund stehen, Beschäftigte sozialer Dienste und Einrichtungen sowie Beschäftigte in Einrichtungen der Migrationssozialarbeit und von Migrantenorganisationen.

Leistungen 2013

Soziodemografische Daten der Zielgruppe

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 3.455 Personen von den MSD betreut. Damit hat sich dieser Wert erneut leicht erhöht. Der Anteil der Frauen ist auf 58% leicht gesunken.

Alter

Die größte Altersgruppe bildeten wiederum die 45 bis unter 65-Jährigen mit 1.396 Personen (40%), dicht gefolgt von den 27 bis unter 45-Jährigen mit 1.217 Personen (35%).

Übersicht über die häufigsten Herkunftsländer je Migrantensozialdienst (2013)

P 300 ⁶	Anzahl Personen	P 301 ⁷	Anzahl Personen	P 302 ⁸	Anzahl Personen	P 303 ⁹	Anzahl Personen
Türkei	1180	Russ. Föderation / Kasachstan	190	Russ. Föderation / Kasachstan	113	Polen	299
Bosnien-Herzegowina	96	Afrikanische Staaten	25	Türkei	82	Rumänien	98
Kroatien	89	Libanon	23	Ukraine	18	Ukraine	12
Serbien / Montenegro	70	Türkei	11	Irak	15	Türkei	22
Sonstige	571	Sonstige	./.	Lettland	15	Sonstige	./.
Gesamt	2006		249		243		431

Übersicht Herkunftsländer 1

Damit kamen in 2013 wie in den Vorjahren die meisten Klientinnen und Klienten der MSD-Projekte aus der Türkei (1.295), gefolgt von verschiedenen Herkunftsländern der ehemaligen Sowjetunion

⁶Arbeiterwohlfahrt LV Berlin e.V.; Standorte Kreuzberg, Mitte (Wedding), Schöneberg

⁷Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.; Standort Neukölln

⁸Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.; Standorte Lichtenberg, Kreuzberg, Tempelhof (Marienfelde)

⁹Polnischer Sozialrat e.V.; Standort Kreuzberg

(303) und Polen (299). Die Projekte wurden je nach Standort und vorgehaltenen Sprachkompetenzen unterschiedlich frequentiert. Aufgrund dieser Streuung konnten heterogene Zielgruppen von Ratsuchenden erreicht werden.

Migrationshintergrund

Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an den betreuten Personen ist leicht gestiegen auf 2.484 Personen (72%). Es folgten die Eingebürgerten mit 460 Personen (13%). Der Anteil der „Sons-tigen“ (Personen mit einer Gestattung, Duldung oder Fiktionsbescheinigung) ist auf 190 Personen (5%) gesunken.

Familienstand

Der Anteil der verheirateten Personen ist auf 1.656 (48 %) leicht gesunken. Der Anteil der Geschiedenen und getrennt Lebenden ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen (insgesamt 776 Personen/ 23%).

Berufliche Situation

Die größte Gruppe bildeten wie im Vorjahr mit 1.408 Personen (43%) die arbeitslosen Migrantinnen und Migranten. Rentnerinnen und Rentner sowie erwerbsunfähig waren 578 Personen (17 %), berufstätig waren 535 (16%).

Haushaltsstruktur

Die größte Gruppe (1.019 Personen / 29 %) lebte mit Partnerinnen/ Partnern mit Kind/ Kindern zusammen. Hier ist eine deutliche Steigerung gegenüber 2012 zu verzeichnen. Alleinstehende ohne Kinder bilden mit 795 Personen (23%) die nächste Gruppe, dicht gefolgt von den mit Partnerinnen und Partnern ohne Kinder Zusammenlebenden (792 / 23%).

Lebensunterhalt bei Kontaktbeginn

Die größte Gruppe bezog 2013 Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII (1.593 Personen/ 48%) und ist damit leicht gestiegen. Rente/ Pension erhielten 499 Personen/ 15 % (leicht gesunken).

Leistungsdaten

2.628 Personen (76% der Klientinnen und Klienten) waren wiederum Selbstmelder. Das spricht für einen hohen Bekanntheitsgrad und gute Erreichbarkeit der Dienste. 234 Personen (7%) wurden von Verbänden und Vereinen an die MSD verwiesen.

Beratungsinhalte

Die Beratungsinhalte im Jahr 2013 waren ähnlich gewichtet wie im Jahr 2012. Themenschwerpunkte bildeten in 2013 Verbraucherfragen und materielle Hilfen (je 13%). Das betraf 1.837 bzw. 1.828 Personen. Von steigendem Interesse waren Fragen zu Gesundheitsthemen (1.692 Personen/ 12%) sowie zum Arbeitslosengeld II (1.372 Personen/ 10%). Häufig werden mehrere Themen gleichzeitig nachgefragt, die Problemlagen sind anhaltend komplex.

Leistungen

73% aller für 2013 angegebenen Klientinnen und Klienten bezogenen Beratungen (6.711) erfolgten persönlich, 20% (1.876) auf telefonischem Wege. Fallbezogene Co-Beratungen und Fachberatungen machten jeweils 4% bzw. 2% aus.

Querschnittsthemen im ISP

Die MSD-Beraterinnen und Berater entwickeln vielfältige Aktivitäten, um die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an allen Hilfesystemen zu verbessern und interkulturelle Öffnungsprozesse zu initiieren und zu begleiten. Die Aktivitäten aller MSD-Projekte als ihr Beitrag zur Unterstützung von Diensten und Einrichtungen sowie Netzwerkpartnern auf dem Gebiet der Interkulturellen Öffnung wurden fortgeführt und ausgebaut. Einen breiten Raum nahm dabei neben der Fachberatung die Fallbezogene Co-Beratung ein. Beraterinnen und Berater haben sich auch im Rahmen von Experteninterviews beispielsweise an der Initiative für kultursensible Arbeit der Pflegestützpunkte beteiligt und an Veranstaltungen mitgewirkt. Auch war die interkulturelle Öffnung der trägereigenen Dienste wieder ein Thema. Bei zwei Projekten lag ein Schwerpunkt bei der bezirksübergreifenden Vernetzungsarbeit mit Migrantenselbstorganisationen bzw. -verbänden. Fragen des Abbaus von institutionellen Barrieren für EU-Bürger, vor Allem aus Rumänien und Bulgarien, beim Zugang zu den Regeldiensten beschäftigten die Projekte zunehmend.

Die MSD haben sich auch in den Bereichen der Querschnittsthemen „Inklusion“ und „Antidiskriminierung“ engagiert, soweit Kapazitäten bestanden. Dazu gehörten u.a. Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund sowie Kooperation mit Vereinen, die sich um die Belange von behinderten Menschen mit Migrationshintergrund kümmern. Dazu gehörten auch gemeinsame Teamsitzungen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Behindertenhilfe sowie Teilnahme an Fachforen.

Querschnittsaufgaben

Alle MSD-Projekte haben ein kontinuierliches Qualitätsmanagementsystem in ihren Leitbildern verankert und waren über regelmäßige Sprechzeiten sowie auch telefonisch erreichbar. Alle Projekte bezogen die Nutzerinnen und Nutzer bei ihrer Leistungsplanung und –erbringung mit ein. Alle Projekte beschäftigten ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und unterstützten die ehrenamtliche Arbeit durch besondere Angebote. Es fehlen jedoch zunehmend Ressourcen, um das freiwillige Engagement adäquat im Rahmen einer Anerkennungskultur fachlich zu begleiten. Der kontinuierlichen Netzwerk-, Gremien- und Sozialraumarbeit mit den Kooperationspartnern kommt weiterhin für die Interkulturelle Öffnung aber auch für den fachlichen Austausch große Bedeutung zu.

Fachliche Bewertung und Ausblick

Die Klientenzahlen in den MSD-Projekten sind weiterhin gestiegen, komplexe Problemlagen waren vorherrschend. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren einer gleichbleibend hohen Beanspruchung ausgesetzt, die Kapazitätsgrenzen waren teilweise überschritten. Ergänzende niedrigschwellige Angebote im bezirklichen Umfeld, die partiell hätten entlasten könnten, stehen in immer geringerem Maße zur Verfügung. Generell war eine Zunahme von Hilfesuchenden aus der Europäischen Union (insbesondere Rumänien, Bulgarien Griechenland und Spanien) zu verzeichnen, die die MSD als Anlaufstellen nutzten.

Ein zentrales Beratungsthema waren auch im Berichtsjahr 2013 die steigenden Wohnungsmieten und die zunehmenden Verdrängungsprozesse in den Innenstadtbezirken, mit denen sich Leistungsbeziehende von ALG II und Grundsicherung sowie auch Seniorinnen und Senioren konfrontiert sahen. Das führte zu einer weiteren Verschlechterung der prekären Situation der betreuten Menschen infolge von Kostensenkungs- und Umzugsaufrufen der Job-Center.

In Abhängigkeit vom jeweiligen Standort wurden auch die Themenbereiche Rente, materielle Hilfen und Existenzsicherung, Gesundheit, Überschuldung, Bildungs- und Teilhabepaket, Bundesvertriebenrecht, Behinderung und Krankheit sowie Flüchtlingsfragen besonders nachgefragt.

Als weitere anhaltende strukturelle Problemlagen wurden benannt:

- Es besteht kontinuierlicher Bedarf an fallbezogener und an Team-Supervision.
- In der Clearingfunktion der MSD bestehen häufig Schwierigkeiten, an bezirkliche Fachdienste zu verweisen, wenn ein entsprechendes – insbesondere interkulturell geöffnetes Angebot – nicht vorhanden ist.
- Teilweise ergeben sich Kapazitätsprobleme bei der Weitervermittlung von Klientinnen und Klienten aufgrund steigenden Bedarfs an niedrigschwelligen Angeboten im bezirklichen Umfeld.
- Beim Aufbau einer strukturellen Kooperation mit einzelnen Job-Centern bestehen unverändert Schwierigkeiten.
- Partiiell sind keine ausreichenden Personalressourcen für den Clearing- und Verwaltungsbereich vorhanden.
- Die personellen Ressourcen der MSD sind in Anbetracht steigender Nachfrage von neuen Zielgruppen und der zunehmenden Komplexität der Problemlagen insgesamt zu knapp bemessen.
- Es fehlen Ressourcen, um die ehrenamtlich Beschäftigten professionell zu begleiten und deren Engagement angemessen anerkennen zu können.

Weiterhin bestand hohe Kontinuität in der Projektarbeit, der Verlässlichkeit der Angebote und der Erreichbarkeit für die Zielgruppen. Die MSD-Projekte waren und sind bestrebt, im Rahmen vorhandener Ressourcen und durch Ausbau von Kooperationen und Netzwerkarbeit den festgestellten Problemlagen und Entwicklungen zu begegnen - soweit das im Rahmen der Projektarbeit mit den begrenzten Ressourcen realisierbar ist.

Dazu wurden exemplarisch folgende wesentliche Vorhaben und Aktivitäten für 2014 benannt:

- Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale Berlin erweitern, mehrsprachige Veranstaltungsformate erproben
- Weitere strukturelle Verbesserung der Kooperation mit den Jobcentern
- Akquise von Versichertenältesten mit Migrationshintergrund
- Verbesserung des Umgangs mit dem Datenschutz
- Fortbildungen für Stadtteilmütter zum Thema Einbürgerung
- Abbau der Zugangshürden zu Fachdiensten für Analphabeten
- Initiativen für eine bessere Zusammenarbeit von Pflegestützpunkten, Behindertenhilfe und Migrationsdiensten

- Ausbau spezifischer Angebote für ältere Migrantinnen und Migranten sowie alleinerziehende Müttern
- Weiterentwicklung von Angeboten für Mütter mit behinderten Kindern
- Organisation von Angeboten für syrische Flüchtlinge / aktive Flüchtlingsarbeit
- Planung von Veranstaltungsreihen zu Schule und Bildung

Die Leistungsangebote der MSD zeichnen sich durch einen mehrdimensionalen und ganzheitlichen Arbeitsansatz aus. Die Personalstellen sind in der Regel in Zentren eingebunden und werden häufig anteilig aus verschiedenen Programmen finanziert. Die MSD arbeiten eng mit bundesgeförderten Migrationsberatungsstellen für erwachsene Zuwanderer (MBE) und Jugendmigrationsdiensten (JMD), aber auch im Verbund mit Allgemeinen Sozialen Diensten und Gemeinwesen orientierten Projekten zusammen. Sie zeichnen sich durch hohe fachliche Kompetenz und Mehrsprachigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Durch bereichsübergreifende stadträumliche Vernetzung werden Synergieeffekte erzielt und eine stabilisierende Funktion in sozial belasteten Quartieren erreicht. Die MSD arbeiten nach einer modernen, im Jahr 2009 endabgestimmten, modularen Konzeption, die für flexibles Handeln an den Standorten Raum lässt.

Die Beiträge der MSD zur Interkulturellen Öffnung sind vielfältig und werden jährlich standortbezogen erfasst. Der Bedarf von Ämtern und Einrichtungen nach fallbezogener Co-Beratung und fachlichem Austausch ist weiterhin groß. Die Aktivitäten der MSD zur Unterstützung interkultureller Öffnungsprozesse beziehen sich auf Dienste und Einrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft sowie Netzwerkpartner - primär in den Arbeitsfeldern der in der Einzelfallberatung vorherrschenden Themen und unter Berücksichtigung der vorhandenen personellen Ressourcen. Auch zu anderen Querschnittsthemen im ISP engagieren sich die MSD-Projekte im Rahmen vorhandener Ressourcen. Alle MSD-Projekte kooperieren mit Migrantenselbstorganisationen.

Die Förderung von Migrantensozialdiensten im ISP als gesamtstädtische Angebote der Migrationssozialarbeit wird weiterhin als unverzichtbar angesehen. Es besteht nach wie vor großer Bedarf an spezialisierten fachlichen Diensten dieses Angebotstyps für die Zielgruppen.

Angebotsbereich Spitzenverbandsförderung (Zentrale Aufgaben)

Wesentlichen Aufgaben und Ziele im Angebotsbereich Zentrale Aufgaben

Die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege im Land Berlin bestehen aus Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V., Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V., Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V., Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V., Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. und Jüdische Gemeinde zu Berlin.

Durch die Spitzenverbandsförderung auf Grundlage des § 5 Abs. 3 SGB XII unterstützt die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales die Freie Wohlfahrtspflege bei der:

- aktiven Gestaltung der sozialen Arbeit im Land Berlin,
- Mitwirkung an der Herstellung einer zeit- und bedarfsgerechten gesundheitlichen und sozialen Versorgung,
- Verhinderung und Reduzierung sozialer Benachteiligung, Ausgrenzung und Not,
- interkulturellen Öffnung, Förderung der ehrenamtlichen Arbeit und des gesellschaftlichen Engagements sowie weiteren Querschnittsthemen und
- sozialpolitischen Begleitung und Beförderung der Umsetzung landespolitischer Maßnahmen.

Die weitere Konkretisierung ergibt sich aus Anlage 1 des Vertrages.¹⁰

Erstellung der Jahresplanung im Angebotsbereich Zentrale Aufgaben

In der Arbeitsgruppe des Kooperationsgremiums für die Spitzenverbandsförderung werden verbandsübergreifende sowie die verbandsbezogene Arbeitsschwerpunkte im Rahmen der Spitzenverbandsförderung zu verfolgenden Ziele abgestimmt (§ 3 Abs. 8 Kooperationsvereinbarung ISP).

Hierzu wurden den Spitzenverbänden von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales fachpolitische Ziele zugeleitet mit der Bitte um Berücksichtigung im Rahmen der Jahresplanung.

Die im Rahmen einer Projektförderung von der Senatsverwaltung vergebene Spitzenverbandsförderung korrespondiert mit den traditionellen Fachgebieten der sozialen und gesundheitlichen Arbeit, wie z. B. Altenhilfe, Behindertenhilfe, Gesundheitsvorsorge, Migration, Suchthilfe, Wohnungslosenhilfe etc. und übergeordneten Arbeitsfeldern wie Organisationsentwicklung, Qualitätsmanagement, Interkulturelle Öffnung und unterstützende Infrastruktur. Diese Arbeitsfelder sind in den Organisationseinheiten bzw. Geschäftsfeldern der Spitzenverbände mit Bezug auf die verbandlichen Aktivitäten abgebildet.

Für jedes Geschäftsfeld bzw. jede Organisationseinheit erstellen die Spitzenverbände eine sog. Scorecard (Geschäftsfelder, Einzelübersicht, Jahresvorhaben, Stellenplanung). Diese beruhen auf Rahmenplanungen und Rahmenvorgaben des Landes und berücksichtigen bundes- und landesrechtliche Vorgaben, aktuelle Entwicklungen und strategische Vorgaben der Spitzenverbände. Die

¹⁰ Anlage 1 zum RFV formuliert allgemeine wohlfahrtspflegerische Ziele der Verbände. Sie widerspiegelt den gegenwärtigen Zielkatalog der Verbände und ist für die Zukunft offen.

Bearbeitung geeigneter verbandsübergreifender Themenstellungen wird zwischen den Verbänden abgestimmt, um Synergieeffekte zu erzielen und den effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden Ressourcen zu gewährleisten.

Im Jahr 2013 wurde, mit Bezug zu den o. g. allgemeinen wohlfahrtspflegerischen Zielen, den Spitzenverbänden im Kooperationsgremium Soziales und in der AG Spitzenverbandsförderung, die erstmals im Jahr 2012 angekündigte übergreifende Abfrage im Rahmen der Umsetzung baulicher und technischer Barrierefreiheit bei Projekten des Förderprogramms ISP vorgestellt und deren Beteiligung am weiteren Verfahren erbeten.¹¹

Finanzierung der Projekte im Angebotsbereich Zentrale Aufgaben

Insgesamt wurden im Rahmen der Förderung der Spitzenverbandsarbeit im Bereich der sog. Zentralen Aufgaben Fördermittel in Höhe von 3.300.000,00 € eingesetzt. Hierfür wurden insgesamt sechs Förderprojekte der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Berlin gefördert. Die Zuwendungen werden als Projektförderungen vergeben, die in Form einer Festbetragsfinanzierung eine bedarfsbezogene finanzielle Förderung von Personalkosten vorsieht. Die Verbände bringen Eigenmittel in Form von sog. Pauschalen Sachkosten (in Anlehnung an eine Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) ein.

Gefördert Projekte:

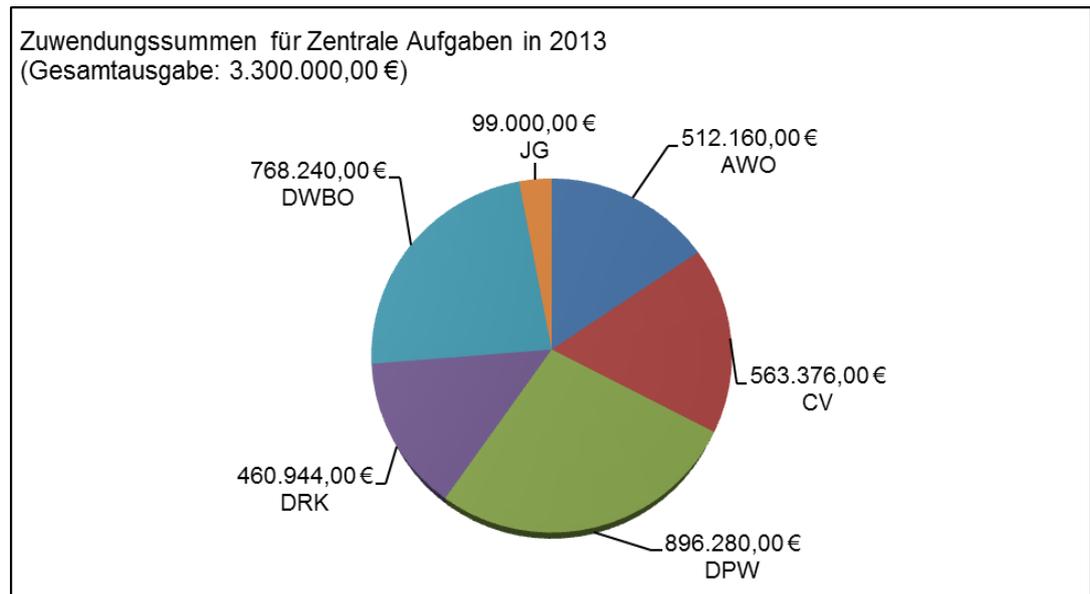
- Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. (AWO)
- Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. (CV)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V. (DPW)
- Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V. (DRK)
- Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. (DWBO)
- Jüdische Gemeinde zu Berlin (JG)

AWO	CV	DPW	DRK	DWBO	JG
512.160,00 €	563.376,00 €	896.280,00 €	460.944,00 €	768.240,00 €	99.000,00 €

Übersicht Mittelverteilung 1

Quelle: Landesamt für Gesundheit und Soziales, Stand: 28.05.2014

¹¹ Zu weiteren Grundlagen und Verfahren der Spitzenverbandsförderung wird auf die Jahresberichte zum ISP für die 2011 und 2012 verwiesen.



Quelle: Landesamt für Gesundheit und Soziales, Stand: 28.05.2014

Über die o. g. Fördermittel hinaus, erhielt das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz Fördermittel in Höhe von 27.810,65 Euro für die ergänzende statistische Auswertung von Daten und Einzeldiensten in den Angebotsbereichen 3 (Behindertenhilfe) und 4.1 und 4.2 (Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe). Diese Mittel wurden an die Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste e.V. und die BBI Gesellschaft für Beratung Bildung Innovation mbH vergeben.

Sachberichtslegung und Projektgruppe im Angebotsbereich Zentrale Aufgaben

Die anstehenden Aufgaben des Angebotsbereiches Zentrale Aufgaben werden im Rahmen der Arbeitsgruppe Spitzenverbandsförderung besprochen (vgl. § 5 Rahmenfördervertrag in Verbindung mit § 3 Abs. 8 Kooperationsvereinbarung Integriertes Sozialprogramm).

Die von den Wohlfahrtsverbänden für jedes Geschäftsfeld eingereichte Sachberichtserstattung wurde vom zuständigen Fachbereich der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales überprüft. Die Darstellung der verbandlichen Aktivitäten ist äußerst umfangreich und würde den Rahmen dieses Berichtes überschreiten. Etwaiger Ergänzungs- und Erläuterungsbedarf wurde von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales jedem Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege mitgeteilt.

Ergänzend wurde auf Basis der Sachberichtserstattung, und den von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales den Wohlfahrtsverbände hierzu übermittelten Hinweisen, zwei weitere Fragen mit Rückblick auf das Jahr 2013 und zur Aussicht für kommende Jahre gestellt. Die Fragen lauteten:

- Welche beiden Maßnahmen, Entwicklungen, Initiativen etc. im Bereich der Spitzenverbandsförderung (Zentrale Aufgaben), die durch den Wohlfahrtsverband erfolgreich ausgeführt, begleitet und/oder initiiert wurde, sind für den Rückblick auf das Jahr 2013 besonders hervorzuheben?
- Welche/s Problem, Hindernis, Maßnahme etc. im Bereich der Spitzenverbandsförderung (Zentrale Aufgaben), war für den Wohlfahrtsverband die größte Herausforderung im Jahr 2013 und steht ggf. auch in darauffolgenden Jahren auf der Tagesordnung?

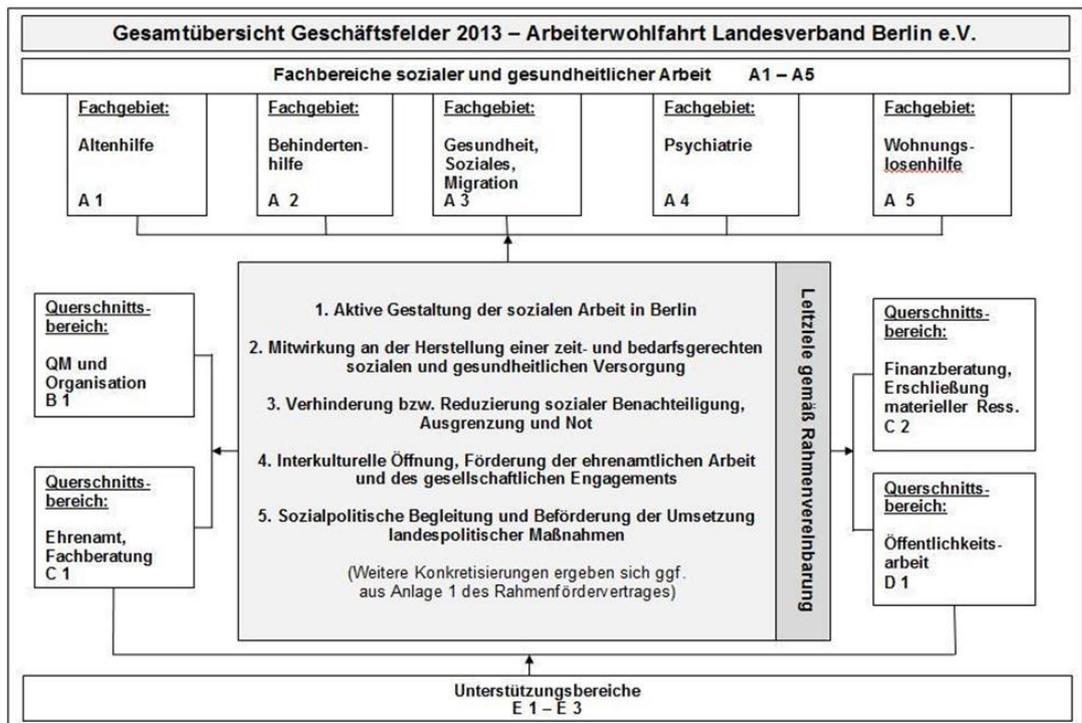
Im Rahmen der Projektübersicht sind die für jeden Spitzenverband im Jahr festgelegten Geschäftsfelder in Form eines Organigramms aufgeführt. Aus Gründen der Barrierefreiheit erfolgt für jede Übersicht zu den Geschäftsfeldern eine kurze schriftliche Einleitung.

Darüber hinaus wurde für jeden teilnehmenden Wohlfahrtsverband auf Basis der eingereichten Rückmeldungen eine Ergänzung der Leistungsbilanz vorgenommen (jeweils im Anschluss an die grafische Übersicht zu den Geschäftsfeldern).

Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. (AWO)

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit des AWO Landesverband Berlin umfassten im Jahr 2013 die Fachgebiete Altenhilfe, Behindertenhilfe, Gesundheit/Soziales/ Migration, Psychiatrie und Wohnungslosenhilfe. Die Querschnittsbereiche bildeten u. a. Qualitätsmanagement/Organisation, Ehrenamt/Fachberatung, Finanzberatung/Erschließung materieller Ressourcen und Öffentlichkeitsarbeit ab.

Inklusive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 10,63 Stellen; Vorjahr: ca. 10,41 Stellen) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Personalkosten in Höhe von 512.160,00 € (Vorjahr: 509.370,00 €) übernommen.



Quelle: Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.

Für alle Fach- und Querschnittsbereiche ist ein ausführlicher Sachbericht eingereicht worden. Auf dessen Grundlage ist für das Jahr 2013 festzustellen, dass mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (ca. 0,25 bis 1,43 Stellenanteile pro Fachbereich) umfangreiche Steuerungs-, Informations-, Koordinations-, Beratungsdienst- und Vertretungsleistungen wahrgenommen wurden.

Die AWO benannte nachfolgende im Jahr 2013 erfolgreich ausgeführte, begleitete und/ oder initiierte Maßnahmen, Entwicklungen und Initiativen bzw. Probleme und Hindernisse, die auch für die Arbeit im Jahr 2014 ff eine Herausforderung darstellen und im Rahmen der Spitzenverbandsarbeit besonders hervorzuheben sind:

- Im Bereich Migration war ein Schwerpunkt der Arbeit, u. a. die Situation der Roma in Berlin (aufgrund der stark zunehmenden Einwanderung aus Südosteuropa) sowie die vielfältigen Problemlagen, die sich aus der verstärkten Binnenwanderung innerhalb der EU ergeben.

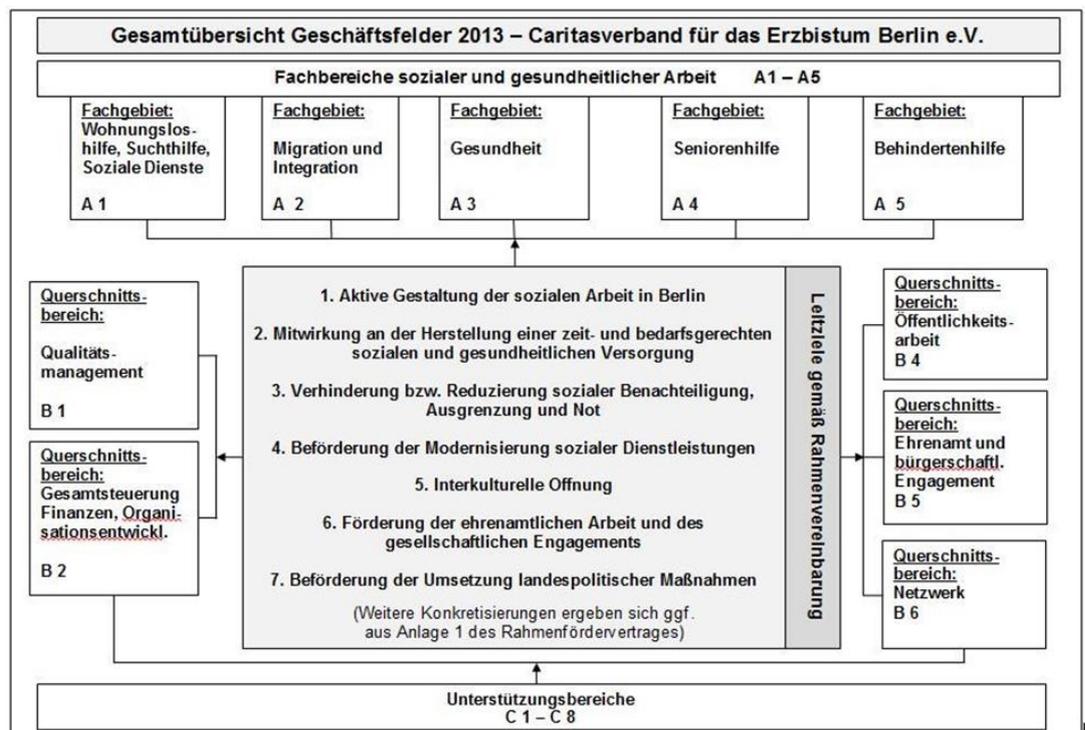
Zugang zu Arbeit, Spracherwerb, Wohnraum und zur gesundheitlichen Versorgung zu erhalten, ist für diesen Personenkreis oft mit großen Schwierigkeiten verbunden.

- Ein weiteres großes Thema war die Unterbringung von Flüchtlingen in Berlin. Hier ist eine starke Zunahme zu beobachten.
- Im Bereich der Behindertenhilfe und der Psychiatrie, standen im zurückliegenden Jahr die Verhandlungen zum Berliner Rahmenvertrag und zur Fortschreibung der Vergütungen sowie Fragen zur Inklusion, Integration und zur Interkulturellen Öffnung im Mittelpunkt der Arbeit. Eine sehr gelungene Veranstaltung hierzu war im Oktober ein Vortrag mit anschließender Diskussion unter dem Titel „AWO für alle – Öffnung für Vielfalt statt sachwidrige Ethnisierungen“.
- Die Stabstelle Qualitätsmanagement des AWO Landesverbandes unterstützte auch in 2013 die Mitglieder bei der Einführung eines QM-Systems. Besonders hervorzuheben sind hier die FSD-Stiftung sowie der Bereich Arbeit mit Menschen mit Behinderungen des AWO Kreisverbandes Südwest. In Zusammenarbeit mit dem AWO Kreisverband Südost, wurden (und werden weiterhin) die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen und die kooperativen Mitglieder Julateg und Dilab unterstützt.
- Themen, die die AWO auch in den kommenden Jahren noch begleiten werden, sind die großen Probleme bei der Wohnraumversorgung als auch der Fachkräftemangel. Vom Fachkräftemangel sind besonders der Altenhilfebereich sowie die Kinder- und Jugendhilfe betroffen. Hierzu erfolgte eine Auseinandersetzung mit dem Positionspapier zur Weiterentwicklung der Altenpflegeausbildung sowie der AWO Position gegen eine generalistische Pflegeausbildung.
- Der AWO Landesverband ist seit Mai 2013 Mitglied im Berliner Bündnis für Fachkräftesicherung in der Altenpflege. U. a. fand auch anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahlen eine große Podiumsdiskussion mit Bundestagskandidaten zum Thema „Gute Pflege ist ein Menschenrecht“ statt.
- Eine Verstärkung von sozialen Problemen entsteht seit einiger Zeit durch von Mitsteigerungen verursachten drohenden Wohnungsverlusts. Das Konkurrenzgefüge unter Wohnungslosen, Deutsche/ EU-Bürgerinnen und -Bürger, Migrantinnen und Migranten, Alten, Armen und Suchtkranken nimmt im Kampf um bezahlbaren Wohnraum dramatisch zu. Diesen Kampf verlieren die sozial Schwächsten. In Wohnungslosen-Einrichtungen (besonders Tagestreffs und Beratungsstellen) war im vergangenen Jahr eine hohe Fallzahlsteigerung von EU-Bürgerinnen und -Bürgern zu verzeichnen. Die Wohnraumversorgung in Berlin wird deshalb den Fachbeirat Soziales der AWO Berlin unter dem Titel „Soziales Wohnen“ auch in 2014 weiter intensiv beschäftigen.
- Weiter besteht eine große Herausforderung für den AWO Landesverband und seiner ihm angeschlossenen Träger, in der immer stärker wachsenden Schere zwischen der Forderung nach Tarifbezahlung und regelmäßiger Erhöhung für alle Beschäftigten auf der einen Seite und der Nichtrealisierbarkeit der Refinanzierung dieser Erhöhungen. Während im Entgeltbereich zumindest eine teilweise Finanzierung der Tariferhöhungen erfolgt, wird im gesamten Zuwendungsbereich die Erhöhung immer noch nicht oder nur zu einem Bruchteil erstattet. Dies stellt alle Träger immer mehr unter Druck, da entsprechende Eigenmittel in der Regel nicht vorhanden sind und sich auch nicht erschließen lassen. Eine weitere Reduktion der Wochenarbeitszeit oder von Stellenanteilen, und damit verbunden Leistungsminderungen sind unvermeidbar.

Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. (CV)

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit des CV umfassten im Jahr 2013 die Fachgebiete Wohnungslosenhilfe/Suchthilfe/Soziale Dienste, Migration/Integration, Gesundheit, Seniorenhilfe und Behindertenhilfe. Die Querschnittsbereiche bildeten u. a. Qualitätsmanagement, Gesamtsteuerung Finanzen/ Organisationsentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit, Ehrenamt/Bürgerschaftliches Engagement und Netzwerk ab.

Inklusive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 8,65 Stellen; Vorjahr ca. 12,50 Stellen) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Personalkosten in Höhe von 563.376,00 € (Vorjahr: 563.376,00 €) übernommen. Aufgrund seiner tarifvertraglichen Verpflichtungen übernahm der CV einen darüber hinausgehenden Anteil in Höhe von 55.941,40 € (Vorjahr: 65.543,19 €).



Quelle: Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.

Für alle Fach- und Querschnittsbereiche ist ein ausführlicher Sachbericht eingereicht worden. Auf dessen Grundlage ist für das Jahr 2013 festzustellen, dass mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (ca. 0,30 bis 1,00 Stellenanteile pro Fachbereich) umfangreiche Steuerungs-, Informations-, Koordinations-, Beratungsdienst- und Vertretungsleistungen wahrgenommen wurden. Die Reduzierung der o. g. Stellenanteile erklärt sich aus dem Wegfall der Stellenanteile für die Bereichsleitung und Reduzierung der Stellenanteile für die Netzwerkarbeit.

Der CV benannte nachfolgende im Jahr 2013 erfolgreich ausgeführte, begleitete und/oder initiierte Maßnahmen, Entwicklungen und Initiativen bzw. Probleme und Hindernisse, die auch für die Arbeit im Jahr 2014 ff eine Herausforderung darstellen und im Rahmen der Spitzenverbandsarbeit besonders hervorzuheben sind:

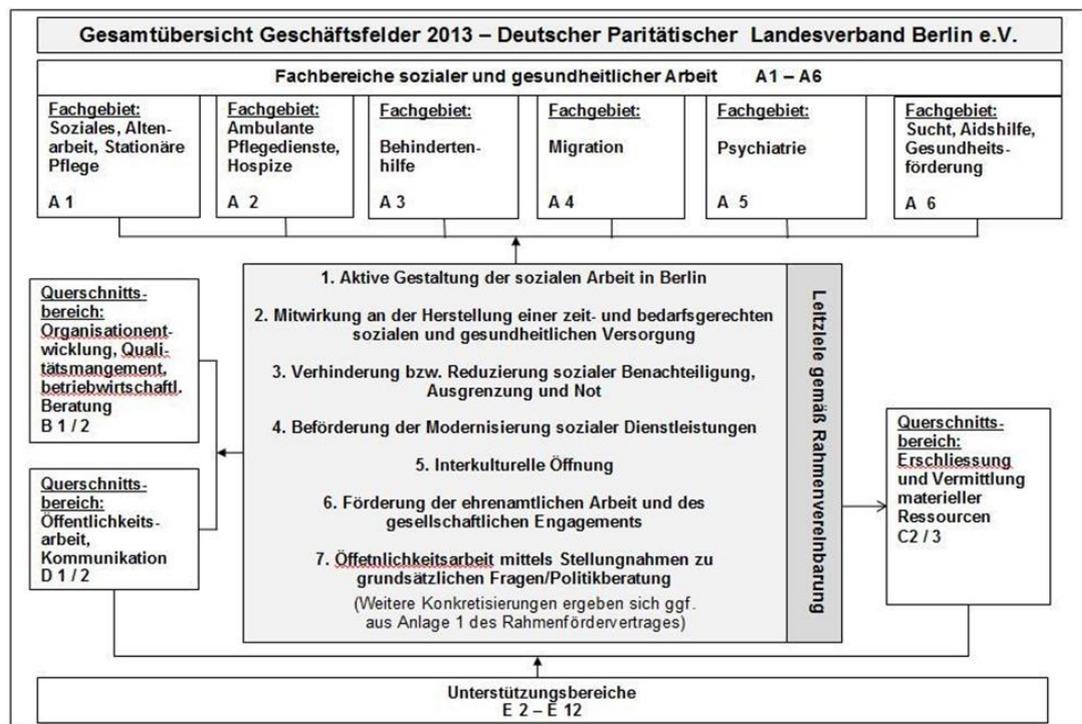
- Der CV hat im März 2013 seine sozialpolitische Position veröffentlicht und diese zum Anlass von Gesprächen mit Senats- und Bezirksvertretern genommen, um die Ideen und Lösungsvorschläge der Caritas zur sozialen Gestaltung Berlins einzubringen. Der CV konnte sich damit stärker als sozialpolitischer Akteur ausweisen und profilieren.
- Neben Themen in den einzelnen Arbeitsfeldern sind für die Caritas eine stärkere fachliche Qualifizierung und mehr politisches Engagement im Bereich der Suchthilfe und eine intensivere Vernetzung mit der Psychiatrie von besonderer Bedeutung. Deshalb wurde im September 2013 die Stelle einer Fachreferentin für Suchthilfe/Psychiatrie neu besetzt. Im Jahr 2013 wurde ein Projekt zur Stärkung eines übergreifenden Qualitätsmanagements in der Caritas im Erzbistum Berlin gestartet.
- Hochfrequentiert waren im Jahr 2013 erneut die niedrigschwelligen, über das ISP finanzierten Angebote wie die Beratungsstelle Levetzowstraße und die Notübernachtung Franklinstraße sowie die rein spendenfinanzierte Medizinische Ambulanz für Wohnungslose des CV am Bahnhof Zoo. Ein besonderes Problem stellte 2013 die medizinische Versorgung von wohnungslosen EU-Bürgern sowie Menschen aus anderen Ländern dar, die nicht versichert sind. Über einen gemeinsamen Fachtag des Deutschen Caritasverbandes und des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin am 6. Juni 2013 konnte insbesondere die Thematik der medizinischen Versorgung von wohnungslosen EU-BürgerInnen erfolgreich in der Öffentlichkeit, bei den Behörden und in der Politik auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene platziert werden.
- Über die problematische Entwicklung auf dem Berliner Wohnungsmarkt haben die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege ein gemeinsames Positionspapier mit der Landesarmutskonferenz unter dem Titel „Wohnraumversorgung in Berlin – Eine Strategie für alle!“ entwickelt. Große Handlungsbedarfe zeigten sich 2013 bei den Themen: Vermeidung der Unterbringung von (Familien mit) Kindern in Notunterkünften und Einrichtungen der Kältehilfe sowie die Problematik der adäquaten Unterbringung sterbender Obdachloser und ihre würdevolle Bestattung.
- Am 24. November 2013 hat der CV 80 „Flüchtlinge vom Oranienplatz“ auf Bitten des Senats im Rahmen der Kältehilfe untergebracht. Einige Wochen zuvor wurden die „Flüchtlinge vom Pariser Platz“ in den Wohnungen der katholischen Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft untergebracht und durch die Caritas unterstützt. Auch bei der Aufnahme der syrischen Flüchtlinge in Berlin hat die Caritas Unterstützung geleistet. Die Aufnahme der westafrikanischen „Oranienplatz-Flüchtlinge“ durch die Caritas, die Initiative zum Runden Tisch und die Impulse zur Klärung humanitärer Fragen der Flüchtlinge durch die Diözesancaritasdirektorin haben ein großes öffentliches, mediales und politisches Echo ausgelöst. Die Caritas wurde hierdurch in der Öffentlichkeit als gesellschaftspolitische Gestalterin wahrgenommen. So öffneten sich neue Handlungsräume in der Sozialpolitik. Die Caritasaktivitäten im Bereich der Flüchtlinge führten zudem zu einem positiven Presseecho im Hinblick auf die Kirche als wesentliche gesellschaftliche Kraft für humanitäres Engagement. Die Caritas hat den Senat in vielerlei Fragen rund um die Flüchtlinge unterstützt und beraten. Diese Arbeit wurde 2014 intensiv fortgesetzt.
- Der CV konnte 2013 auf bislang wenig beachtete Themen wie häusliche Gewalt und Suizidprävention bei Jugendlichen aufmerksam machen und dazu innovative Projekte in die Versorgungslandschaft Berlins einbringen. Aus dem Frauenhaus des CV heraus entstand das Projekt „Jetzt mal anders – Paarberatung bei häuslicher Gewalt“. Für das Projekt [U25] – Online Suizidprävention hat der CV die Ausbildung und Begleitung der so

genannten Peer-Berater übernommen. Peer-Berater sind Jugendliche, die gleichaltrige suizidgefährdete Jugendliche onlinebasiert beraten. Seit Anfang 2013 wurden insgesamt 20 Peer-Berater, zwischen 16 und 20 Jahren alt, in einem viermonatigen Lehrgang ausgebildet.

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V. (DPW)

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit des DPW umfassten im Jahr 2013 die Fachgebiete Soziales/Altenarbeit/stationäre Pflege, Ambulante Pflegedienste/Hospize, Behindertenhilfe, Migration, Psychiatrie und Sucht-/Aidshilfe/Gesundheitsförderung. Die Querschnittsbereiche bildeten u.a. Organisationsentwicklung/ Qualitätsmanagement/ betriebswirtschaftliche Beratung, Öffentlichkeitsarbeit/Kommunikation, Erschließung und Vermittlung materieller Ressourcen ab.

Inklusive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 22 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 17,62 Stellen; Vorjahr: ca. 17,24 Stellen) sowie mehrere Honorarkräfte (Honorarkosten 53.053,63 €; Vorjahr: 27.563,50 €) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Personal- und Honorarkosten in Höhe von insgesamt 896.280,00 € (Vorjahr: 896.280,00 €) übernommen.



Quelle: Deutscher Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V.

Für alle Fach- und Querschnittsbereiche ist ein ausführlicher Sachbericht eingereicht worden. Auf dessen Grundlage ist für das Jahr 2013 festzustellen, dass mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (ca. 0,45 bis 0,90 Stellenanteilen pro Fachbereich und ca. 1,15 bis 1,80 Stellenanteilen pro Querschnittsbereich) umfangreiche Steuerungs-, Informations-, Koordinations-, Beratungsdienst- und Vertretungsleistungen wahrgenommen wurden.

Der DPW benannte nachfolgende im Jahr 2013 erfolgreich ausgeführte, begleitete und/ oder initiierte Maßnahmen, Entwicklungen und Initiativen bzw. Probleme und Hindernisse, die auch für die Arbeit im Jahr 2014 ff eine Herausforderung darstellen und im Rahmen der Spitzenverbandsarbeit besonders hervorzuheben sind:

- Wie bereits im Jahr 2012 hat sich der Verband auch im Jahr 2013 mit dem gesamten Spektrum der Gesundheits- und Sozialpolitik befasst, die schon im letzten Jahr genannten

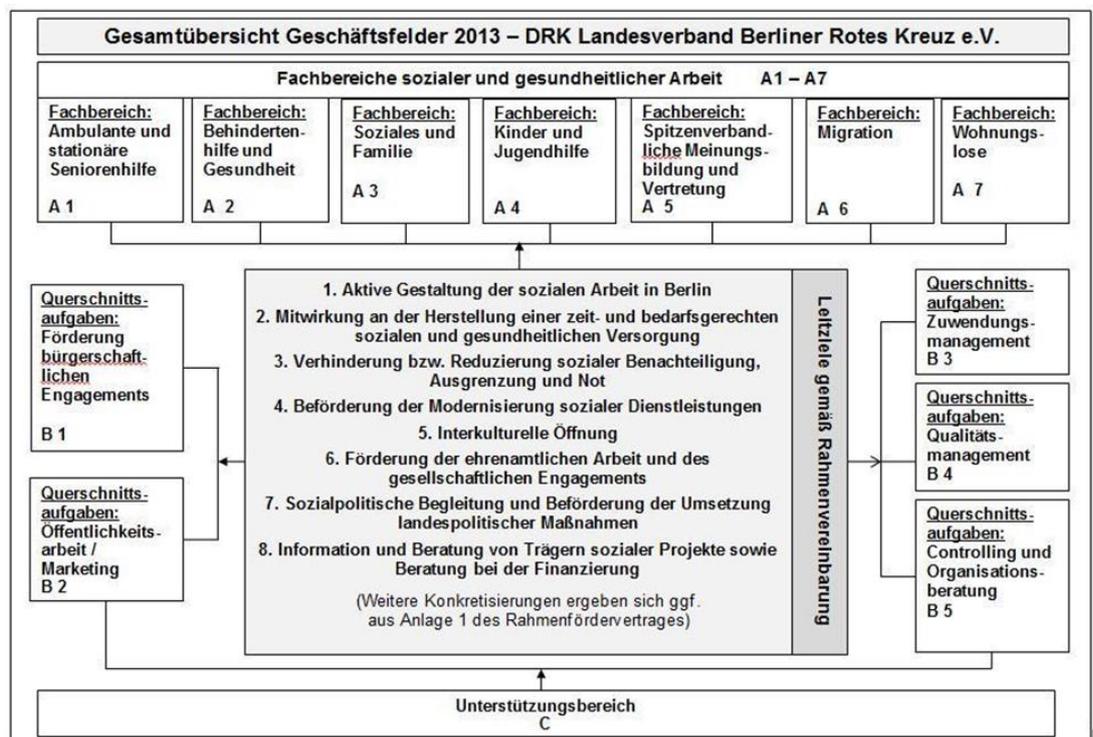
Themen wie Inklusion und demographische Entwicklung stehen weiterhin auf der Tagesordnung. Besonders hervorheben für das Jahr 2013 wird eine Untersuchung des Verbandes zum Ehrenamt und freiwilligen Engagement.

- Für einen Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege ist die zivilgesellschaftliche Beteiligung grundlegendes Element seiner Arbeit. Daher wurde im Jahr 2013 eine wissenschaftliche Untersuchung zum Engagement im Paritätischen Landesverband in Berlin in Auftrag gegeben. Mit Unterstützung von Wissenschaftlern der Universität Halle-Wittenberg wurde die Studie „Engagement in der Freien Wohlfahrtspflege. Engagementpotenziale und Rahmenbedingungen in den Mitgliedsorganisationen, Einrichtungen und Diensten des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin“ erstellt. Die Untersuchung steht in der Nachfolge einer ersten Auftragsstudie des Verbandes zum gleichen Thema im Jahr 2005. Auf Grundlage der Erfahrungen der ersten Studie konnten in der aktuellen Studie die Fragestellungen und Methoden präziser angewendet und Vergleichsergebnisse erzielt werden, mit quantitativen und qualitativen Instrumenten der empirischen Sozialforschung wurden 700 Mitglieder und externe Experten befragt, die Rücklaufquote betrug 85 Prozent. Mit dieser ungewöhnlich hohen Beteiligung verfügt der Verband über besonders fundierte Daten, spezifische Entwicklungen können somit erstmals präzise und wissenschaftlich abgesichert für den Verband betrachtet werden. Wesentliche Ergebnisse der noch nicht veröffentlichten Studie in Kürze:
- Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder (83 Prozent) sieht die Einbindung ehrenamtlicher Arbeit als existentiell und konstitutiv für ihre Arbeit an. Die Anzahl der Engagierten ist bei 90 Prozent der Mitglieder stabil geblieben oder leicht gestiegen, die Mitglieder erwarten eine Fortsetzung der Entwicklung. Von den Engagierten sind 10 Prozent in Gremien, 90 Prozent im praktischen und organisatorischen Bereich tätig, davon sechs Prozent in Freiwilligendiensten. Das kontinuierliche Engagement überwiegt deutlich mit 80 Prozent, 20 Prozent sind gelegentlich oder punktuell engagiert.
- Die gezielte Steuerung von Engagementsinsatz in den Organisationen hat erheblich zugenommen und ist wesentlich stärker ausgeprägt als in der Studie aus dem Jahr 2005 erkennbar. Drei Viertel der Mitglieder können hauptamtlich Zuständige dafür einsetzen – wenn auch mit zu knappem Zeitbudget. Das Qualitätsmanagement hat sich stark entwickelt, allerdings wird auch eindringlich vor einer „Bürokratisierung“ ehrenamtlicher Arbeit gewarnt. Größte Herausforderung bleibt die Gewinnung von jüngeren Engagierten.
- Die Mitglieder sind mit der Unterstützung des Paritätischen im Ehrenamtsbereich sehr zufrieden, betonen die Wichtigkeit der Fortbildung für Ehrenamtliche, die Kontinuität der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit und der politischen Lobbyarbeit. Wichtiges Thema bleibt der Auslagenersatz für Ehrenamtliche, insb. die Finanzierung von Fahrkarten für Ehrenamtliche. Hier wird mit geringem finanziellen Aufwand eine entscheidende Wirkung erzielt, gerade einkommensschwache Ehrenamtliche können eingebunden werden.
- Weitere wesentliche Herausforderungen für den Verband waren die zunehmende Wohnraum-verknappung und die Kündigung des Berliner Rahmenvertrages (BRV) für Hilfen in Einrichtungen einschließlich Diensten im Bereich Soziales. Für soziale und gesundheitliche Angebote werden bezahlbare Wohnungen und Gewerbeflächen benötigt, der rasante Kostenanstieg und das knappe Angebot führen zu erheblichen Problemen. Der Abschluss eines neuen Rahmenvertrages ist dringend erforderlich, um den Trägern eine verlässliche Planungsgrundlage für ihre Betreuungsleistungen zu sichern.

Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V. (DRK)

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit des DRK umfassten im Jahr 2013 die Fachgebiete ambulante und stationäre Seniorenhilfe, Behindertenhilfe und Gesundheit, Soziales und Familie, Kinder und Jugendhilfe, Spitzenverbandliche Meinungsbildung und Vertretung, Migration sowie Wohnungslose. Die Querschnittsbereiche bildeten u. a. die Förderung bürgerschaftlichen Engagements, Öffentlichkeitsarbeit/Marketing, Zuwendungsmanagement, Qualitätsmanagement sowie Controlling und Organisationsberatung ab.

Inklusive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 9,09 Stellen; Vorjahr: rd. 8,80 Stellen) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Personalkosten in Höhe von 460.944,00 € (Vorjahr: 460.944,00 €) übernommen.



Quelle: Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V.

Für alle Fach- und Querschnittsbereiche ist ein ausführlicher Sachbericht eingereicht worden. Auf dessen Grundlage ist für das Jahr 2013 festzustellen, dass mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (ca. 0,15 bis 1,00 Stellenanteilen pro Fachbereich und ca. 0,25 bis ,1,25 Stellenanteilen pro Querschnittsbereich) umfangreiche Steuerungs-, Informations-, Koordinations-, Beratungsdienst- und Vertretungsleistungen wahrgenommen wurden.

Der DRK benannte nachfolgende im Jahr 2013 erfolgreich ausgeführte, begleitete und/oder initiierte Maßnahmen, Entwicklungen und Initiativen bzw. Probleme und Hindernisse, die auch für die Arbeit im Jahr 2014 ff eine Herausforderung darstellen und im Rahmen der Spitzenverbandsarbeit besonders hervorzuheben sind:

- Die in 2012, durch das Präsidium, eingeleitete Initiative zum Ausbau von Kindertagesstätten-plätzen führte im November 2013 zu der Gründung einer

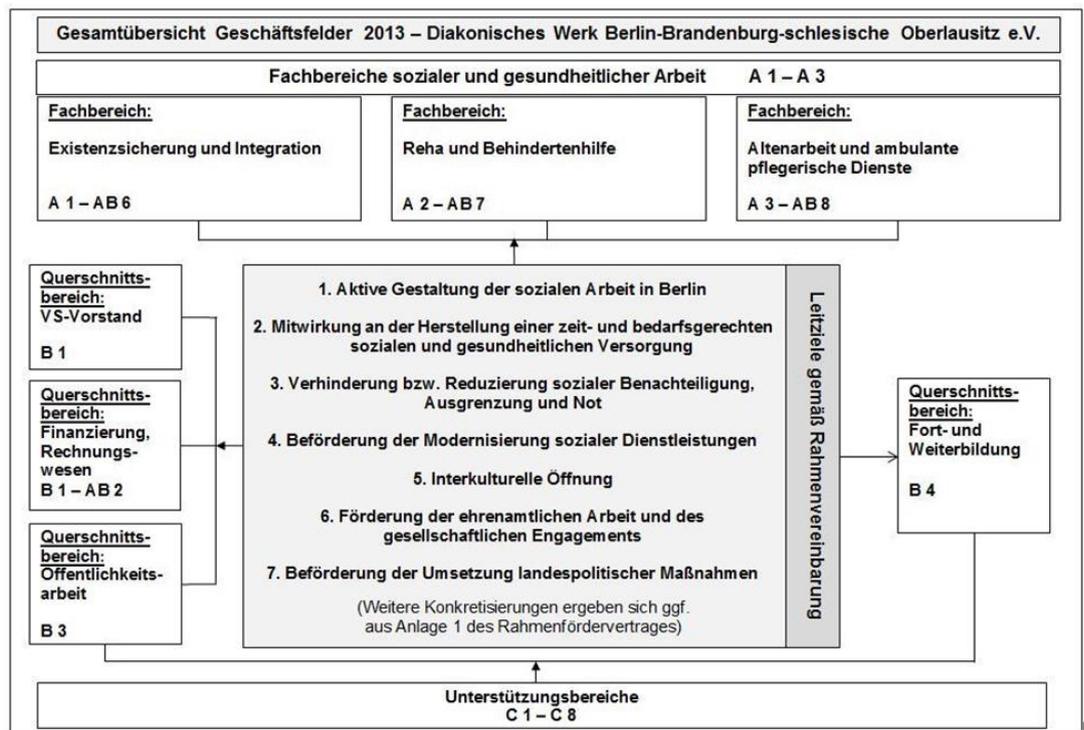
gemeinsamen Trägergesellschaft von 6 Berliner DRK – Kreisverbänden und dem Landesverband. In dieser Trägerschaft sollen mit der Bezeichnung „DRK Kinder-Tages-Betreuung-gGmbH Berlin“ darüber hinaus auch Angebote der Jugendhilfe erfolgen. Im August 2014 wird in dieser Trägerschaft eine Kindertagesstätte in Kooperation mit der DRK Schwesternschaft Berlin am Standort der DRK Kliniken Berlin I Westend eröffnet. Mit dem Angebot unterstützt und fördert der DRK die bundesweite DRK-Strategie 2011-2020 „Kindertagesbetreuung: Befähigung von Kindern, Partnerschaft mit Familien“.

- Aufgrund der demographischen Entwicklung in Deutschland und in Berlin verdient der Bereich Pflege besondere Aufmerksamkeit. Mit dem Ziel des Ausbaus ambulanter Dienstleistungen sowie der Entwicklung innovativer und vor allem bezahlbarer Wohnangebote mit Service wurde das bereits in 2010 realisierte Projekt „Villa Albrecht“ nach 3-jährigem Betrieb als sehr positiv eingeschätzt. Es wurde somit zum Modell für einen Architektenwettbewerb verwendet, um an einem weiteren Standort ein vergleichbares Angebot entwickeln zu können. Der Architektenwettbewerb wurde in 2013 erfolgreich abgeschlossen. Das Projekt wird in 2014/2015 entwickelt, um spätestens 2016 in die bauliche Realisierung zu kommen.
- In den sozialen Beratungsstellen des Verbandes war 2013 ein dominierendes Thema die Unterstützung von Menschen in prekären Lebenslagen und niedrigem Einkommen bei der Beschaffung von angemessenem Wohnraum.
- Das DRK beteiligte sich an Veranstaltungen und Gesprächen mit diesem thematischen Schwerpunkt (s. a. Positionen der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und der Landesarmutskonferenz Berlin zur Wohnraumversorgung in Berlin – Eine Strategie für alle! Sep. 13). Steigende Mieten in den innerstädtischen Stadtbezirken bewirken nicht nur einen Verdrängungsprozess von Menschen mit geringem Einkommen, sondern sie erschwert auch die Anmietung von Gewerbeflächen für soziale Projekte. So ist es dem Landesverband 2013, trotz intensiver Bemühungen, nicht gelungen, geeignete Räume für eine weitere Notunterkunft im innerstädtischen Bereich anzumieten. Dieses Thema wird auch im kommenden Jahr das DRK in Berlin und seinem Kooperationspartner, den Internationalen Bund, intensiv beschäftigen.

Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. (DWBO)

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit des DWBO umfassten im Jahr 2013 die Fachgebiete Existenzsicherung und Integration, Reha und Behindertenhilfe, Altenarbeit und ambulante pflegerische Dienste. Die Querschnittsbereiche bildeten Vorstand, Finanzierung/ Rechnungswesen, Öffentlichkeitsarbeit und Fort- und Weiterbildung ab.

Inklusive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 21 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 12,94 Stellen; Vorjahr: ca. 14,25 Stellen) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden von der Sen GS Personalkosten in Höhe von 768.240,00 € (Vorjahr: 768.240,00 €) übernommen.



Quelle: Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.

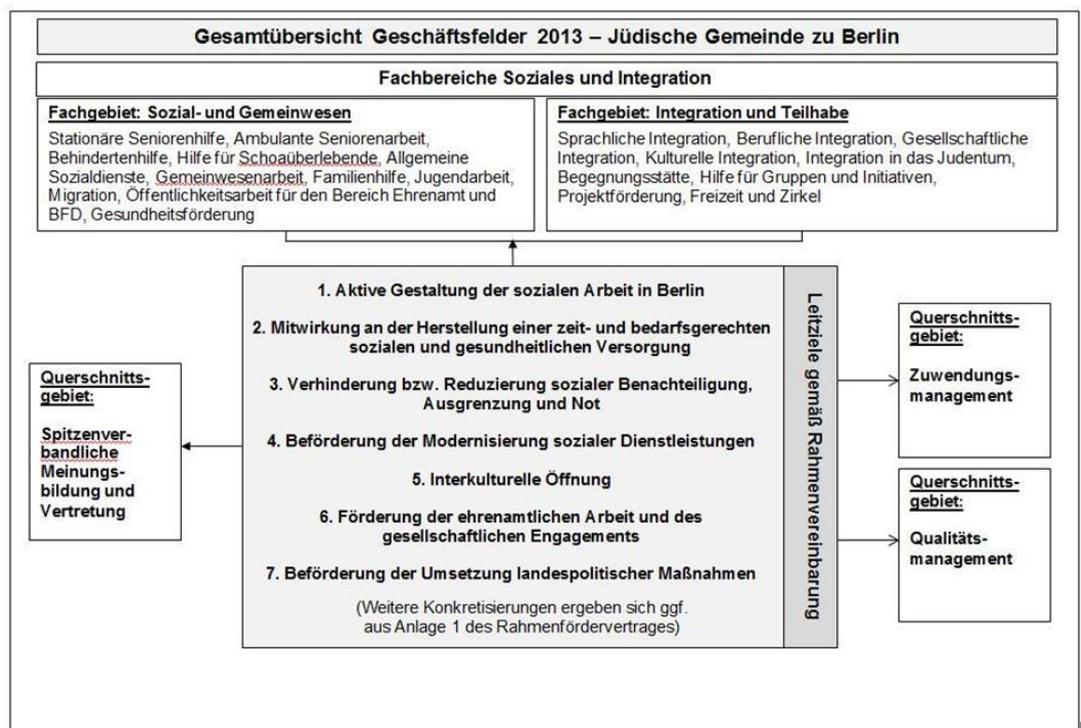
Für alle Fach- und Querschnittsbereiche ist ein ausführlicher Sachbericht eingereicht worden. Auf dessen Grundlage ist für das Jahr 2013 festzustellen, dass mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (ca. 1,25 bis 2,35 Stellenanteilen pro Fachgebiet; Ausnahme VS-Vorstand und Finanzierung/Rechnungswesen mit 0,10 mit 0,50 Stellenanteilen) umfangreiche Steuerungs-, Informations-, Koordinations-, Beratungsdienst- und Vertretungsleistungen wahrgenommen wurden.

Eine Rückmeldung des DWBO zu besonders hervorzuhebenden Entwicklungen und Initiativen für das Jahr 2013 sowie bedeutsamen Problemen und Maßnahmen im Jahr 2014 ff ging nicht rechtzeitig für eine Veröffentlichung im Rahmen dieser Berichterstattung ein.

Jüdische Gemeinde zu Berlin (JG)

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit der JG umfassten im Jahr 2013 die Fachgebiete Sozial- und Gemeinwesen sowie Integration und Teilhabe. Die Querschnittsbereiche bildeten Spitzenverbandliche Meinungsvertretung und Vertretung sowie Zuwendungs-/ Qualitätsmanagement ab.

Inklusive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 6 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 6 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 2,26 Stellen; Vorjahr: 1,90 Stellen) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Personalkosten in Höhe von 99.000 (Vorjahr: 80.965,80 €) übernommen.



Quelle: Jüdische Gemeinde zu Berlin

Für alle Fach- und Querschnittsbereiche ist ein ausführlicher Sachbericht eingereicht worden. Auf dessen Grundlage ist für das Jahr 2013 festzustellen, dass mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (ca. 0,20 bis 0,92 Stellenanteilen) umfangreiche Steuerungs-, Informations-, Koordinations-, Beratungsdienst- und Vertretungsleistungen wahrgenommen wurden.

Die JG benannte nachfolgende im Jahr 2013 erfolgreich ausgeführte, begleitete und/oder initiierte Maßnahmen, Entwicklungen und Initiativen bzw. Probleme und Hindernisse, die auch für die Arbeit im Jahr 2014 ff eine Herausforderung darstellen und im Rahmen der Spitzenverbandsarbeit besonders hervorzuheben sind:

Allgemeines:

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin bietet berlinweit Beratung für ältere Menschen aus der Jüdischen Gemeinde an, die zum Teil Überlebende der Shoa und deren Angehörige sind. Der weitaus größte Anteil der Gemeindemitglieder besteht aus Zuwanderern im Seniorenalter aus den GUS-Staaten. Eine Zuwanderung von jungen Menschen aus Israel ist neuerdings zu beobachten.

Fachbereich Sozial- und Gemeinwesen

- Nach statistischen Werten stieg die Zahl der zu beratenden Klienten gegenüber 2012, da die zu beratenden Klienten aus Altersgründen höheren Betreuungsbedarf benötigen. Deshalb findet ein erheblicher Teil der Beratungstätigkeit in der eigenen Häuslichkeit statt und fordert gesteigerten Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- Zusätzliche Problematik entsteht durch die steigende Unterbringung in Einrichtung des Wohnens mit Service unter kultursensiblen Gesichtspunkten und den Fragen rund um die Rente.
- Die Einführung des neuen Bundesfreiwilligendienstes, einschl. der damit einhergehenden Koordinationsaufgaben erforderte neue interne Strategien. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der ehrenamtlichen Tätigkeit und dem Ausbau der Begleitdienste, erfolgten Schulungen der Ehrenamtlichen und Informationsveranstaltungen für die Freiwilligen.
- Weiterhin plant die Sozialabteilung den Ausbau der Beratung für jüngere Gemeindemitglieder und Initiierung von Projekten in diesem Bereich.
- Ebenfalls stehen Fragen in den nächsten Jahren zur Frauenförderung an, bzw. Projekte zur Frauenberatung u. den weiteren Ausbau zu Themen in der Behinderten- bzw. Suchtarbeit. Diese Aufgabenstellung und Bearbeitung der verschiedenen Projekte werden allerdings bis weit in das Jahr 2014 reichen.

Fachbereich Integration und Teilhabe

- Aufbau generationsübergreifender Module, die in der inhaltlichen Konzeption für die Zielgruppe der jüdischen Zuwanderer aus den GUS-Staaten, auch im Sinne der nachholenden Generation ausgerichtet ist.
- Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe durch Maßnahmen zur aktiven Partizipationsbereitschaft der Zuwanderer unter anderem in Form von soziokulturellen Veranstaltungen mit allgemein gesellschaftsrelevanter und jüdischer Thematik, als Beitrag zur Förderung des interkulturellen Austauschs
- Einführung und Ausbau des Bundesfreiwilligendienstes sowie Förderung des Ehrenamtes und Aktivitäten im Rahmen der Anerkennungskultur.
- Eine weitere Herausforderung zur Wahrung der Chancengleichheit ist die Weiterentwicklung der Angebote im Familienzentrum. Im Fokus steht der Bildungsbereich für Jugendliche und Erwachsene im Sinne der Förderung. Unter dem Aspekt des Forderns steht insbesondere die Aufforderung zur aktiven Teilnahme der Zuwanderer an der Umsetzung von Maßnahmen im soziokulturellen Bereich auch weiterhin im Vordergrund.
- Die Förderung von Maßnahmen zu beruflichen Einstiegs- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Unterstützung bei beruflichen Anerkennungsverfahren von ausländischen Berufsabschlüssen sind und bleiben auch in Zukunft aktuelle Herausforderungen.

Ergänzende Förderung der Deutschen Klassenlotterie Berlin (DKLB)

Auch im Jahr 2013 erhielten die Spitzenverbände eine Förderung durch die DKLB für die sog. „Kernaufgaben der freien Wohlfahrtspflege“ sowie für „soziale Beratungs- und Betreuungsprojekte und sonstige soziale Projekte“. Sie sind von den zuvor beschriebenen sog. „Zentralen Aufgaben“ getrennt zu betrachten.

Die Fördermittel wurden mit Entscheidung des Stiftungsrates der DKLB vom 20.09.2012 bewilligt. Sie werden anhand des politisch gewollten und vom Parlament akzeptierten sog. „Ligaschlüssel“ vergeben. Dieser wurde geschaffen, um einen finanziellen Ausgleich innerhalb der Anforderung an die Arbeit der Spitzenverbänden zu bewirken, da die zur Verfügung stehenden Mittel keinesfalls für den aus fachlich-inhaltlicher Sicht erforderlichen Bedarf ausreichen.

In diesem Zusammenhang werden dem Stiftungsrat stets auch fachliche Empfehlungen der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales für die Vergabe der Mittel vorgelegt.

Die Zuteilung der Fördermittel der DKLB erfolgte folgendermaßen:

Der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. erhielt für die Kernaufgaben der freien Wohlfahrtspflege, u. a. für die Geschäftsfelder Kinder, Familie, Kindertagesstätten und sonstige Unterstützungsbereiche, Fördermittel der DKLB in Höhe von 366.658,00 €. Weitere 143.950,00 € wurden für allgemeine soziale Beratungs- und Betreuungsprojekte sowie sonstige soziale Projekte bereitgestellt. Diese umfassten u. a. Mittelvergaben für Seniorenfreizeitstätten, Begegnungsstätten und allgemeiner sozialer Beratung.

Der Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. erhielt für allgemeine soziale Beratungs- und Betreuungsprojekte sowie sonstige soziale Projekte insgesamt 561.668,80 € aus Mitteln der DKLB. Diese umfassten u. a. Mittelvergaben für Frauenhaus, Migrationsdienste, Schwangerschaftsberatungsstellen und allgemeiner sozialer Beratung.

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V. erhielt eine Förderung in Höhe von 398.621,56 € u. a. für die Geschäftsfelder „Geschäftsstelle Bezirke, Familie, Frauen, Mädchen, Schule und Kindertagesstätten“ aus Mitteln der DKLB. Weitere 494.942,44 € wurden für sonstige soziale Projekte bereitgestellt. Diese umfassten u. a. Mittelvergaben für Mitgliedsorganisationen zur Ausrichtung von Tagungen, Beschaffung technischer Ausstattung oder Unterstützungen bei sonstigen sozialen Notlagen.

Der DRK Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V. erhielt für allgemeine soziale Beratungs- und Betreuungsprojekte sowie sonstige soziale Projekte insgesamt 459.547,20 € aus Mitteln der DKLB. Diese umfassten u. a. Mittelvergaben für Seniorenangebote, Fortbildungsarbeit und allgemeine soziale Dienste.

Das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. erhielt eine Förderung in Höhe von 293.072,00 € u. a. für die Geschäftsfelder „Kindertageseinrichtungen und sonstige Unterstützungsbereiche“ aus Mitteln der DKLB. Weitere 472.840,00 € wurden für „allgemeine soziale Beratungs- und Betreuungsprojekte sowie sonstige soziale Projekte“ bereitgestellt.

Das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. erhielt für die Kernaufgaben der freien Wohlfahrtspflege, u. a. für die Unterstützungsbereiche, Fördermittel der DKLB in Höhe von 95.616,00 €. Weitere 670.296,00 € wurden für allgemeine soziale Beratungs- und Betreuungsprojekte sowie sonstige soziale Projekte bereitgestellt. Diese umfassten u. a. Wohnungslosenhilfe,

Ehe- und Lebensberatung, Bahnhofsmissionen, Hilfe für Überschuldete und allgemeinen Sozialdienst.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin erhielt für allgemeine soziale Beratungs- und Betreuungsprojekte sowie sonstige soziale Projekte insgesamt 98.700,00 € aus Mitteln der DKLB. Diese umfassten u. a. die Unterstützung der Fachbereiche Sozial- und Gemeinwesen sowie Integration und Teilhabe.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass drei Wohlfahrtsverbände Fördermittel der DKLB für „Kernaufgaben der freien Wohlfahrtspflege“ in Höhe von 860.895,56 € (Vorjahr: 1.058.351,56 €) enthalten, welche Inhalte der Spitzenverbandsarbeit enthalten. Weitere Mittel in Höhe von 2.429.104,44 € wurden an alle sechs Wohlfahrtsverbände für „allgemeine soziale Beratungs- und Betreuungsprojekte sowie sonstige soziale Projekte“ vergeben.

Kurzes Fazit zur Durchführung der Projekte und Ausblick zu künftigen Aufgaben im Bereich Zentrale Aufgaben

Im Förderbereich Zentrale Aufgaben bestand im Jahr 2013 eine gute Kooperation mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege. Die im Rahmen der Erfolgskontrolle 2012 übermittelten Hinweise an die Spitzenverbände, wurden im Sachbericht für das Jahr 2013 größtenteils umgesetzt. Hierbei galt es insbesondere, die Aufzählung einzelner Tätigkeiten mit Informationen zur konkreten Zielerreichung zu verbessern.

Im Rahmen des Schwerpunktthemas „Abfrage im Rahmen der Umsetzung baulicher und technischer Barrierefreiheit bei Projekten des Förderprogramms ISP“, ist wiederholt eine direkte Beteiligung der Spitzenverbände eingefordert worden. Vorgespräche hierzu gab es sowohl in der AG Spitzenverbandsförderung als auch im Kooperationsgremium Soziales.

Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales geht nach wie vor davon aus, dass die Spitzenverbände, selbstverständlich unter Wahrung der verbandlichen Autonomie, ein Interesse an einer weiteren Maßnahmenplanung in Bezug auf die genannte Abfrage haben.

Im Jahr 2013 ist die Teilnahme einer LIGA-Vertreterin oder eines LIGA-Vertreters der Spitzenverbände an Auswertung der Abfrageergebnisse und der anschließenden Prioritätenfestlegung leider nicht erfolgt.

Für den Abgleich mit Förderungen der Deutschen Klassenlotterie Berlin, ist eine Auflistung der „allgemeine soziale Beratungs- und Betreuungsprojekte sowie sonstiger sozialer Projekte“ im Jahr 2013 als Grundlage für die fachliche Prüfung und zur Verhinderung von Mehrfach- und/oder Doppelfinanzierungen erforderlich gewesen. Diese Informationen wurden von der LIGA in vorbildlicher Weise im Rahmen der Maßnahmenplanung für das Jahr 2014 übermittelt.

Für den Bereich der „Kernaufgaben der freien Wohlfahrtspflege“ ist die Erstellung eines Sachberichtes der dort geförderten Geschäftsfelder, in Anlehnung an das Verfahren bei den „Zentralen Aufgaben“, erforderlich gewesen. Auch hier ist von den Spitzenverbänden in guter Weise berichtet worden.

Grundsätzlich ist auf Wunsch des Beauftragten für den Haushalt ab 2014 erneut eine Einbeziehung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft bei familienbezogenen Fragen zu prüfen.

Im Jahr 2013 fanden am 12.03.2013 und 10.09.2013 Sitzungen der Arbeitsgruppe Spitzenverbandsförderung statt. Themen waren u. a. die Ermittlung der Barrierefreiheit in ISP-Projekten, Abgleich DKLB-Förderung und Informationen zur Prüfung des Rechnungshofes sowie organisatorische Verhandlungen im Rahmen der Antragstellung.

Kontakt
:Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
- II B 30 –
Herr Greif
Oranienstr. 106
10969 Berlin
Tel (030) 9028-2903

**Anlage:
Förderung ISP 2013 – Projektübersicht mit Bewilligungssummen**

(bewilligte Zuwendungen einschl. zusätzlicher Mittel für Tarifanpassungen)

Nr.	Angebotsbereich	Träger	Projekt-Nr.	Zweck/ Projekt	Zuwendung 2013 € (bewilligt) *
	Spitzenverbandsförderung	Arbeiterwohlfahrt LV Berlin e. V.		Zentrale Aufgaben	512.160,00
		Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.		Zentrale Aufgaben	563.376,00
		Deutsches Rotes Kreuz LV Berliner Rotes Kreuz e. V.		Zentrale Aufgaben	460.944,00
		Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V.		Zentrale Aufgaben	768.240,00
		Jüdische Gemeinde zu Berlin		Zentrale Aufgaben	99.000,00
		Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Berlin e. V.		Zentrale Aufgaben	896.280,00
		Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V.		Auswertung	27.810,65
		gesamt			3.327.810,65
1	Altenhilfe				
1.1.1	Mobilitätshilfedienste	BBI GmbH	P 041	Dokumentation/ Koordination	29.678,00
		Deutsches Rotes Kreuz Berlin Süd-West Behindertenhilfe gGmbH	P 110	Mobilitätshilfedienst	121.750,00
		Deutsches Rotes Kreuz LV Berlin	P 111	Rehatechnische Unterweisung f. Mobi-Helfer	8.584,20
		Diakonie-Stationen Steglitz und Lankwitz gGmbH	P 214	Mobilitätshilfedienst	129.477,00
		Diakonie-Stationen Steglitz und Lankwitz gGmbH	P 217	Mobilitätshilfedienst	95.035,50
		domino e. V.	P 036	Mobilitätshilfedienst	43.590,32
		Fördererverein Heerstr. Nord e. V.	P 022	Mobilitätshilfedienst	124.050,00
		Humanistischer Verband Deutschlands Landesverband Berlin e. V.	P 018	Mobilitätshilfedienst	119.476,00
		Johanniter-Unfall Hilfe e. V. Regionalverband Berlin	P 210	Mobilitätshilfedienst	118.614,00
		Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	P 023	Mobilitätshilfedienst	133.940,14

Nr.	Angebotsbereich	Träger	Projekt-Nr.	Zweck/ Projekt	Zuwendung 2013 € (bewilligt) *
1.1.1		Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	P 029	Mobilitätshilfedienst	117.688,55
		Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	P 031	Mobilitätshilfedienst	108.191,00
		Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	P 033	Mobilitätshilfedienst	148.368,40
		Unionhilfswerk Sozialeinrichtungen gGmbH	P 028	Mobilitätshilfedienst	100.777,39
		Unionhilfswerk Sozialeinrichtungen gGmbH	P 034	Mobilitätshilfedienst	115.845,74
		Volkssolidarität LV Berlin e. V.	P 030	Mobilitätshilfedienst	122.670,50
		Volkssolidarität LV Berlin e. V.	P 035	Mobilitätshilfedienst	52.421,08
		1.1.1 gesamt			
1.1.2	Psychogeriatrische Projekte	Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e. V.	P 204	Pflege in Not	114.825,75
		Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e. V.	P 277	Fachstelle f. pflegende Angehörige	48.000,00
		Humanistischer Verband Deutschlands Landesverband Berlin e. V.	P 038	Menschenkind	77.714,44
		1.1.2 gesamt			
1.1.3	Landesseitige Pflegestützpunkte	Albatros gemeinnützige Gesellschaft für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen mbH	P 040	Pflegestützpunkt Pankow	141.366,96
		Albatros gemeinnützige Gesellschaft für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen mbH	P 251	Pflegestützpunkt Marzahn-Hellersdorf	141.441,87
		Albatros gemeinnützige Gesellschaft für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen mbH	P 257	Pflegestützpunkt Reinickendorf	140.585,77
		Albatros gemeinnützige Gesellschaft für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen mbH	P 275	Pflegestützpunkt Treptow-Köpenick	154.996,12
		Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e. V.	P 236	Pflegestützpunkt Friedrichshain-Kreuzberg	136.580,00
		Diakonisches Werk Steglitz und Teltow-Zehlendorf e. V.	P 234	Pflegestützpunkt Steglitz-Zehlendorf	136.580,00
		Evangelisches Geriatriezentrum Berlin gGmbH	P 238	Pflegestützpunkt Mitte	136.580,00
		Evangelisches Johannesstift Altenhilfe gGmbH	P 235	Pflegestützpunkt Spandau	136.580,00
		Humanistischer Verband Deutschlands Landesverband Berlin e. V.	P 256	Pflegestützpunkt Neukölln/Berliner Seniorentelefon	144.900,00

Nr.	Angebotsbereich	Träger	Projekt-Nr.	Zweck/ Projekt	Zuwendung 2013 € (bewilligt) *
1.1.3		Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	P 259	Pflegestützpunkt Tempelhof-Schöneberg	143.041,77
		Unionhilfswerk Sozialeinrichtungen gGmbH	P039	Pflegestützpunkt Wilmersdorf	136.580,00
		Volkssolidarität LV Berlin e. V.	P 250	Pflegestützpunkt Lichtenberg	136.580,00
		1.1.3 gesamt			
1.1.4	Beratungsstelle der Jüdischen Gemeinde	Jüdische Gemeinde zu Berlin	P 709	Beratungsstelle für Ältere und Menschen mit Behinderungen	35.892,69
1.1.5	Kompetenzzentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe	AWO Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg e. V.	P 261	Kompetenzzentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe	90.000,00
		Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.	P 263	Kompetenzzentrum Interkulturelle Öffnung d. Altenhilfe	100.626,00
		1.1.5 gesamt			
1.2.1	Hospize	Hospiz- und Palliativverband Berlin e. V.	P 555	Geschäftsstelle Hospiz	19.810,00
		Unionhilfswerk Sozialeinrichtungen gGmbH	P 271	Zentrale Anlaufstelle Hospiz	42.952,08
		1.2.1 gesamt			
				1 gesamt	3.905.791,27
2	Ehrenamt und Selbsthilfe				
2.1.1	Selbsthilfeprojekte	Berliner Frauenbund 1945 e. V.	P 520/521	Selbsthilfeprojekt für Senioren	56.561,85
2.1.5		Berliner Arbeitslosenzentrum BALZ e. V.	P 227	Koordination und Anleitung v. Selbsthilfegruppen	22.934,64
		Berliner Frauenbund 1945 e. V.	P 533	Selbsthilfeprojekt für Frauen	30.396,11
				2.1 gesamt	109.892,60
2.2.1	Ehrenamtliche Besuchsdienste/ allgemeine ehrenamtliche Tätigkeiten	Weg der Mitte gemeinnütziger e. V. für ganzheitliche Gesundheit	P 074	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	4.860,00
		Miteinander Wohnen e. V.	P 079	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	7.200,00
		Steglitzer ambulante soziale Dienste e. V.	P 173	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	18.000,00

Nr.	Angebotsbereich	Träger	Projekt-Nr.	Zweck/ Projekt	Zuwendung 2013 € (bewilligt) *
		Diakoniestiftung LAZARUS Berlin	P 231	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	2.160,00
		Caritas Konferenzen Deutschlands DV Berlin e. V.	P 522/527	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	2.060,00
		Ev. Dreifaltigkeitskirchengemeinde Berlin-Lankwitz	P 526	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	2.823,48
		Evangelischer Kirchenkreisverband Berlin Nord-West	P 531	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	4.680,00
2.2.1 gesamt					41.783,48
2.2.2	Ehrenamtliche Besuchsdienste/ allgemeine ehrenamtliche Tätigkeiten	Deutsche Rheuma-Liga LV Berlin e. V.	P 073	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsdienste	7.633,69
		Freunde alter Menschen e. V.	P 081	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsdienste	17.970,00
		Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	P 082	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsdienste	22.822,70
		Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V.	P 084	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsdienste	36.579,10
		DRK Kreisverband Berlin City e. V.	P 119	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsdienste	15.689,31
		Leben mit Tieren e. V.	P 523	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsdienste	6.000,00
		Sozialverband Deutschland - Landesverband Berlin-Brandenburg e. V.	P 532	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsdienste	21.949,30
		Jüdische Gemeinde zu Berlin	P 708	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsdienste	17.460,00
2.2.4		Humanistischer Verband Deutschlands Landesverband Berlin e. V.	P 077	Besuchsdienst für Hilfsbedürftige	7.200,00
2.2.5		Unionhilfswerk Sozialeinrichtungen gGmbH	P 085	allgem. ehrenamtliche Tätigkeiten	25.628,78
		AWO Arbeiterwohlfahrt Nordost e. V.	P 174	allgem. ehrenamtliche Tätigkeiten	7.200,00
2.2.2 bis 2.2.5 gesamt					186.132,88
				2 gesamt	227.916,36
3	Angebote für Menschen mit Behinderung				
3.1.2	Übergreifende Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung	Albatros gemeinnützige Gesellschaft für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen mbH	P 260	Mobidat-Datenbank	35.363,30

Nr.	Angebotsbereich	Träger	Projekt-Nr.	Zweck/ Projekt	Zuwendung 2013 € (bewilligt) *
3.1.5		Lebenshilfe gGmbH Berlin	P 266	Lotse Berlin (Mitte-Nord)	45.621,52
3.1.6		aktion weitblick betreutes Wohnen gGmbH	P 267	Lotse Berlin (Süd-West)	50.673,95
		Lebenshilfe gGmbH Berlin	P 268	Lotse Berlin (Süd-Ost/Ost)	45.196,65
		Fürst-Donnersmarck-Stiftung zu Berlin	P 269	Lotse Berlin (West)	45.622,00
		Zukunftssicherung Berlin e. V. für Menschen mit geistiger Behinderung	P 226	Treffpunkt f. Menschen m. Behinderung	5.000,00
		3.1 gesamt			
3.2.1	Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung	Beschäftigungswerk - Arbeit für Berlin GmbH	P 089	KIB Bizetstraße	64.291,75
		Lebenshilfe gGmbH Berlin	P 091	Elternberatung	30.564,36
		Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	P 092	Beratung f. Menschen m. Behinderung	40.099,67
		Gesellschaft zur Förderung der Gehörlosen in Berlin e. V.	P 095	Beratung u. Betreuung f. Menschen m. Behinderung	137.916,87
		Sozialwerk der Hörgeschädigten Berlin e. V.	P 098	Beratung von Schwerhörigen	86.641,13
		Arbeiterwohlfahrt LV Berlin e. V.	P 177	Arbeit mit Menschen mit Behinderung	50.355,27
		Alzheimer Angehörigen Initiative e. V.	P 252	Beratung f. Menschen mit Behinderung	15.908,05
		Förderverein d. Gehörlosen in den neuen Bundesländern e. V.	P 274	Beratung f. Menschen mit Behinderung	22.898,70
		Netzwerk behinderter Frauen Berlin e. V.	P 551	Beratung f. Menschen mit Behinderung	16.570,06
		Eltern für Integration e. V. Berlin	P 542	Selbsthilfeprojekt für Behinderte	12.885,00
3.2.2		ASL e. V.	P 258	Beratung v. Menschen mit Behinderung	50.116,82
		3.2. gesamt			
3.3.1	Freizeitangebote für Menschen mit Behinderung	Integral e. V.	P 057	Freizeitangebot f. Menschen m. Behinderung	74.515,88
		Beschäftigungswerk - Arbeit für Berlin GmbH	P 065	Begegnungszentrum	25.942,70
		Beschäftigungswerk - Arbeit für Berlin GmbH	P 066	KIZ Marzahn/SHG-Zentrum	19.373,96

Nr.	Angebotsbereich	Träger	Projekt-Nr.	Zweck/ Projekt	Zuwendung 2013 € (bewilligt) *
		berliner STARThilfe e. V.	P 101	Freizeitmaßnahmen f. Menschen m. Behinderung	27.582,00
		Ramba Zamba e. V.	P 102	Künstler. Arbeitsgruppen	20.885,96
		Spastikerhilfe Berlin e. V.	P 103	Freizeitarbeit f. Menschen m. Behinderung	67.190,27
		Vereinigung für Jugendhilfe e. V.	P 104	Freizeitclub f. Menschen m. Behinderung	15.502,94
		Stiftung Rehabilitationszentrum Berlin-Ost	P 105	Integrativ. Freizeitprojekt f. Menschen m. Behinderung	35.733,91
		aktion weitblick betreutes wohnen gGmbH	P 121	Freizeitclub Treitschkestr.	34.988,58
		AWO Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Südost e. V.	P 178	Treffpunkt Thomasstr. 69	101.981,68
		Zukunftssicherung Berlin e. V. für Menschen mit geistiger Behinderung	P 237	Freizeitmaßnahmen f. Menschen m. Behinderung	11.746,46
		Verein für Rehabilitation Behinderter e. V. Die REHA - Wohnen u. Freizeit	P 276	Freizeitcafe	10.868,85
		Cocas e. V. Berlin	P 510	Treffpunkt Menschen m. Behinderung	10.664,13
		Stotterer-Selbsthilfe Ost	P 511	Gruppentreffen/-arbeit	2.627,02
3.3.1 gesamt					459.604,34
				3 gesamt	1.215.329,44
4	Wohnungslosen-und Straffälligenhilfe				
4.1.1	Wohnungslosenhilfe	GEBEWO pro gGmbH	P 006	Beratungsstelle f. Wohnungslose	259.124,53
		Beratung + Leben GmbH	P 194	Beratungsstelle f. Wohnungslose	174.334,30
		Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH	P 195	Beratungsstelle f. Wohnungslose	532.463,32
					965.922,15
4.1.2		Gangway e. V.	P 013	Straßensozialarbeit	445.359,45
4.1.3		Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.	P 272	Medizinische Versorgung d. Wohnungslosen/ Arztmobil	99.420,00
		MUT Gesellschaft für Gesundheit mbH	P 254	Medizinische Versorgung d. Wohnungslosen/ Lichtenberg - Ostbahnhof	85.200,00

Nr.	Angebotsbereich	Träger	Projekt-Nr.	Zweck/ Projekt	Zuwendung 2013 € (bewilligt) *
		Gebewo pro gGmbH	P 254/2	Medizinische Versorgung am Strahlauer Platz	36.812,81
		HVD Berlin-Brandenburg e.V.	P 109/2	Medizinische Versorgung Weitlingstr.	13.479,19
4.1.3 gesamt					234.912,00
4.1.4		Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH	P 191	Bahnhofsdienst Zoo	246.364,84
		HVD Berlin-Brandenburg e.V.	P 109/1	Bahnhofsdienst	32.000,00
		IN VIA Kath. Mädchensozialarbeit für das Erzbistum Berlin e. V.	P 124	Bahnhofsdienst Ostbahnhof	141.831,40
		4.1.4 gesamt			
4.1.5		Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH	P 189	Notübernachtung Franklinstr.	745.869,72
		GEBEWO pro gGmbH	P 190	Notübernachtung f. Frauen	125.785,34
		4.1.5 gesamt			
4.1.7		GEBEWO pro gGmbH	P 239	Kältehilfe/Datenbank	9.815,04
		4.1 gesamt			
4.2.1	Straffälligen- und Haftentlassenenhilfe	Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH	P 184/196	Beratungsstelle f. Straffällige und Haftentlassene	192.663,77
		Freie Hilfe Berlin e. V.	P 011	Beratungsstelle f. Straffällige und Haftentlassene	308.344,61
		Universal - Stiftung Helmut Ziegner	P 012	Beratungsstelle f. Straffällige und Haftentlassene	25.897,15
		Straffälligen u. Bewährungshilfe e. V.	P 192	Beratungsstelle f. Straffällige und Haftentlassene	147.772,71
		4.2.1 gesamt			
4.3.1	Schuldner- und Insolvenzberatung	LAG SIB Berlin e. V.	P 198	Übergreifende Belange der Schuldnerberatung	70.727,45
4 gesamt					3.693.265,63
5.1.1	Migrantensozialdienste	Arbeiterwohlfahrt LV Berlin e. V.	P 300	Migrantensozialdienst	502.076,28

Nr.	Angebotsbereich	Träger	Projekt-Nr.	Zweck/ Projekt	Zuwendung 2013 € (bewilligt) *
		Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V.	P 301	Migrantensozialdienst	43.493,78
		Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.	P 302	Migrantensozialdienst	85.212,00
		Polnischer Sozialrat e. V.	P 303	Migrantensozialdienst	22.999,68
		5 gesamt			653.781,74
				Summe Angebotsbereiche 1-5-	bereiche 1-5 13.133.787,69